BERLINER
WISSENSCHAFTS-VERLAG

Recht
im BWV

Berliner
Wissenschafts-Verlag

www.bwv-verlag.de

INHALT

Recht | Rechtsgeschichte 2

Ostrecht 15

Öffentliches Recht 20

Zivilrecht 33

Strafrecht 35

Energierecht 37

Mobilitätsrecht 50

Technikrecht 54

Menschenrechte | Völkerrecht 55

Asylrecht 60

Wirtschaftsrecht 64

Zeitschriften 70

eLibrary des BWV 72

Autorenverzeichnis 73

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

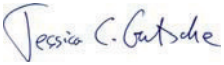
hinter der blinden Justitia verbirgt sich, wie sollte es anders sein, der wichtigste Programmschwerpunkt des Berliner Wissenschafts-Verlags: Rechtswissenschaft und Rechtsgeschichte. Auf über 60 Seiten stellen wir Ihnen die Novitäten der Jahre 2016–2018 vor.

Prominent vertreten ist wie immer das Ostrecht, ein Themenbereich, den der BWV seit Jahrzehnten pflegt und ausbaut. Wir sind stolz darauf, Ihnen gleich zwei Preisträgerinnen des deutsch-russischen Juristenpreises präsentieren zu können: Liudmila Keul (S. 15) und Anke Allenhöfer (S. 17).

Einen jüngeren, doch stetig wachsenden Programmschwerpunkt bildet das Energierecht. Ulrich Smeddinck, Projektleiter der interdisziplinären Forschungsplatform ENTRIA, widmet sich der Standortwahl für ein Atommüll-Endlager nicht nur aus rechtlicher Sicht (StandAG-Kommentar, S. 48), sondern auch interdisziplinär: „Emotionen bei der Realisierung eines Endlagers“ (S. 44).

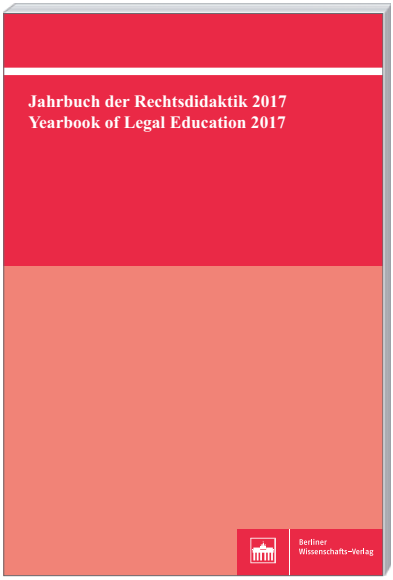
Besonders freuen wir uns, Ihnen in diesem Jahr zwei wichtige Praxiskommentare vorlegen zu können. Rechtsanwalt Ulrich Koehler teilt seine langjährige Erfahrung im Umgang mit dem europäischen Asylzuständigkeitssystem (S. 60). Frank Nolden, Achim Kurz und Sebastian Schmuck geben Gesetzesanwendern Hilfestellung im sachsen-anhaltinischen Hochschulalltag (S. 24).

Viel Spaß beim Stöbern wünschen Ihnen



Dr. Thomas Schaber
(Verlagsleitung)

Jessica C. Gutsche
(Programmleitung)



Bernhard Bergmans (Hrsg.)

Jahrbuch der Rechtsdidaktik

Yearbook of Legal Education

Das Jahrbuch der Rechtsdidaktik ist das erste Periodikum im deutschsprachigen Raum, das sich mit wissenschaftlichem Anspruch dem Lehren und Lernen des Rechts und der Rechtswissenschaft in Theorie und Praxis auf allen Bildungsstufen und -programmen widmet.
Im Mittelpunkt stehen dabei die fachdidaktischen Spezifika, aber diese sind in die Erkenntnisse aller anderen bildungsbezogenen Wissenschaften eingebettet, sodass das Jahrbuch selbstverständlich interdisziplinär ausgerichtet ist. Die wissenschaftliche Offenheit äußert sich auch in seiner konsequent internationalen Ausrichtung zur Vermeidung der gerade dem Rechtsbereich immanenten nationalen Fokussierung.
Als Forum und Quelle des Informations- und Meinungsaustauschs zur Rechtsdidaktik bietet das Jahrbuch allen Lesern wichtige Anregungen für die kontinuierliche Verbesserung der Vermittlung juristischer Qualifikationen sowohl auf individuell-operativer als auch auf allgemein-strategischer Ebene.

ISSN Print: 2367-0657
ISSN Online: 2367-0665

Jahrbuch der Rechtsdidaktik 2017
Yearbook of Legal Education 2017

2018, 362 S., 16 s/w Abb., 15 s/w Tab., kart., dt./engl./span., 47,– €, 978-3-8305-3840-0
eBook PDF 47,– €, 978-3-8305-4004-5

Jahrbuch der Rechtsdidaktik 2016
Yearbook of Legal Education 2016

2017, 316 S., 38 s/w Abb., 12 farb. Abb., 7 s/w Tab., kart., dt./engl., 45,– €, 978-3-8305-3775-5
eBook PDF 40,– €, 978-3-8305-2217-1

BISHER ERSCHIENEN

Rechtslehre: Jahrbuch der Rechtsdidaktik 2015
Yearbook of Legal Education 2015

2016, 276 S., 4 s/w Abb., 1 Tab., kart., dt./engl., 39,90 €, 978-3-8305-3685-7
eBook PDF 35,90 €, 978-3-8305-2152-5

Rechtslehre: Jahrbuch der Rechtsdidaktik 2013/2014
Yearbook of Legal Education 2013/2014

2015, 322 S., 12 s/w Abb., 2 Tab., kart., dt./engl., 44,– €, 978-3-8305-3621-5
eBook PDF 39,99 €, 978-3-8305-2108-2

Rechtslehre: Jahrbuch der Rechtsdidaktik 2012

2013, 142 S., 11 s/w Abb., 6 Tab., kart., dt., 32,– €, 978-3-8305-3278-1
eBook PDF 29,– €, 978-3-8305-2185-3

Rechtslehre: Jahrbuch der Rechtsdidaktik 2011

2012, 250 S., 30 s/w Abb., kart., dt., 34,– €, 978-3-8305-3103-6
eBook PDF 30,– €, 978-3-8305-2184-6

Annabelle Voßberg

Die „Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft“ in der Bundesrepublik Deutschland 1986–2011

Spuren und Linien offener und traditioneller Rechtsentwicklung in 615 Beiträgen der KritV

1986 wurde die Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (KritV) nach 42-jähriger Erscheinungspause von Rechtswissenschaftlern verschiedener juristischer Fakultäten Deutschlands und der Schweiz neu aufgelegt. Die neuen Herausgeber hatten den Anspruch, ein Forum für inter- und intradisziplinär offene Rechtswissenschaft und Theorie-Praxis-Dialog zu schaffen. Ob die KritV diesen Zielen im ersten Vierteljahrhundert seit der Neubegründung gerecht wurde, untersucht Annabelle Voßberg anhand der zwischen 1986 und 2011 erschienenen 615 Beiträge. Ihr Erkenntnisinteresse richtet sich dabei auch auf inhaltliche Fragen und versucht, Spuren und Entwicklungslinien im Recht aufzuspüren: Lässt die KritV im Untersuchungszeitraum ein Aufbrechen der dogmatischen Grenzen von Rechtswissenschaft erkennen? Hat sich das Recht in einem Differenzierungsprozess von der alten Kategorisierung dreier traditioneller Rechtsbereiche abgewandt und verselbständigt? Löst sich das Steuerungsmedium Recht auf und gibt anderen gesellschaftlichen, also paralegalen Steuerungsmedien den Vortritt?

2018, 406 S., 6 s/w Abb., 4 s/w Tab., geb., 79,– €, 978-3-8305-3686-4
eBook PDF 71,– €, 978-3-8305-2202-7
(Gesellschaft versus Recht)
ISSN Print: 2509-4416
ISSN Online: 2509-4424

Gesellschaft versus Recht

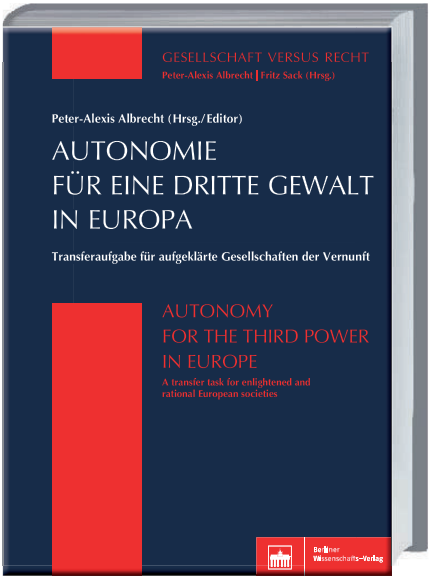
Diese Publikationsreihe fördert Forschung, die das Spannungsverhältnis von Gesellschaft, Recht und Ökonomie behandelt.

Die Logik der Monopolisierung und Konzentration in der sich globalisierenden Ökonomie überlagert den traditionellen Rechtscode zunehmend. Recht wird aus der Perspektive der Ökonomie tendenziell als Störfaktor angesehen.
Der traditionelle Rechtscode fand im Dualismus Recht und Unrecht seinen Ausdruck. Der Code der Ökonomie ist hingegen gekennzeichnet vom Dualismus Kosten und Nutzen.
Globalisierte und unilaterale Transformationen bewirken indes ökonomische, politische, soziale und kulturelle Zerfallsprozesse: Staaten deregulieren, ungezügelter neoliberaler Markt-Fundamentalismus weitet sich aus. Die Folge sind weltweite Verunsicherungen, die zu Rechtserosion und Rechtsvernichtung führen. Das ist der Boden, auf dem sich ein Teufelskreis von wachsender Unsicherheit und wachsendem Sicherheitsstreben entwickelt. Eine Menschenrechte verzehrende Präventions- und Sicherheitsgesellschaft ist dessen Preis.
Rechtssoziologie und Rechtswissenschaft dokumentieren und analysieren diese Zerfallsprozesse.

DIE HERAUSGEBER

Prof. Dr. Dr. h. c. Peter-Alexis Albrecht,
Institut für Kriminalwissenschaften
und Rechtsphilosophie, Frankfurt am Main.

Prof. Dr. Dr. h. c. Fritz Sack,
Leiter des Instituts für Sicherheits-
und Präventionsforschung.



MIT BEITRÄGEN VON

Orlando Afonso | Peter-Alexis Albrecht | Eric Alt | Gerhard Altvater | Joaquin Bayo-Delgado | Ulrich Baltzer | Hans-Ernst Böttcher | Stefan Braum | António Cluny | Ion Copoeru | Christoph Frank | Thomas Groß | Horst Häuser | Edgar Isermann | Mareike Jeschke | Elisabeth Kreth | Carsten Löbbert | Klaus Pförtner | Giovanni Salvi | Till Steffen | Sir John Thomas

AUS DEM INHALT

Eine Zuführung zu Versuchen, in einem Zeitfenster von 10 Jahren Autonomie europäischer Justizsysteme zu stärken | Das Frankfurter Symposion von 2008: Zur richterlichen Unabhängigkeit in Europa | Strengthen the Judiciary's Independence in Europe! | Eckpunkte für ein Modell der Autonomie der Justiz (Hamburger Symposion) | Brandenburgische Erwägungen für eine Stärkung der Autonomie der Dritten Gewalt | Sicherungen für die Autonomie der Dritten Gewalt in Europa | Sicherungsmechanismen für Autonomie und Unabhängigkeit der Justiz | Justizielle Autonomie in Europa | Institutionelle Autonomie der Dritten Gewalt als eine Funktion machtskeptischer Gewaltenteilung

Peter-Alexis Albrecht (Hrsg./ed.)

Autonomie für eine dritte Gewalt in Europa

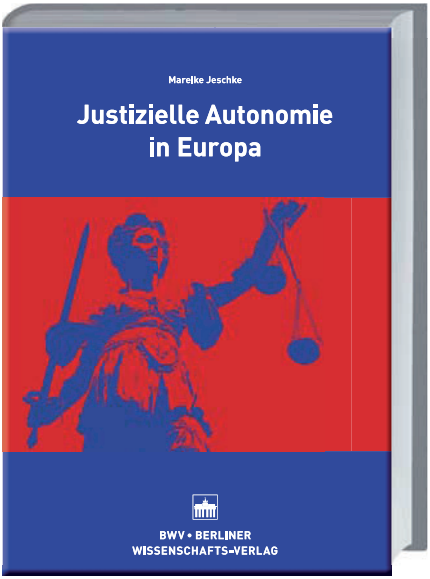
Transferaufgabe für aufgeklärte Gesellschaften der Vernunft

Autonomy for the Third Power in Europe

A transfer task for enlightened and rational European societies

Die *persönliche* Unabhängigkeit ist deutschen Richterinnen und Richtern durch die Verfassung garantiert. Aber was nutzt Unabhängigkeit, wenn die Bedingungen, unter denen Gerechtigkeit hergestellt werden soll, von der machtnahen exekutiven Gewalt vorherrschend bestimmt werden?
In Deutschland fehlt die *institutionelle* Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Dritten Gewalt als Umsetzung des Prinzips der Gewaltenteilung und der *Balance of Power.* 25 Länder der EU bemühen sich um *justizielle Autonomie,* Deutschland tut das nicht. Dabei ist Augenhöhe mit Exekutive und Legislative Voraussetzung für die Wirksamkeit des unparteiischen Kontrollauftrags der gesamten Dritten Gewalt. Auch fehlt der Richterschaft die angemessene Partizipation am Gewalten-Organ „Justizsystem" – vielerorts in Europa.
Dieser auf Erfahrungswissen europäischer Richter basierende Sammelband gibt Einblick in Stand und Details der Verwirklichung justizieller Autonomie in zahlreichen europäischen Ländern. Das zeigt sich herausragend und ermutigend dort, wo demokratisches Selbstbewusstsein historisch gewachsen und souverän entfaltet ist. Derartige Erkenntnisse sollten denen Hoffnung geben, die sich für die Autonomie der Dritten Gewalt in Europa engagiert einsetzen – leider oft ungehört.

i. Vb. 2018, 978-3-8305-3801-1
eBook PDF 978-3-8305-4005-2
(Gesellschaft versus Recht)
ISSN Print: 2509-4416
ISSN Online: 2509-4424



Mareike Jeschke

Justizielle Autonomie in Europa

Die richterliche Unabhängigkeit ist ein grundlegendes Prinzip der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Nur eine unabhängige justizielle Kontrolle ermöglicht wirksamen Freiheitsschutz vor öffentlichem und privatem Machtmissbrauch und eine wirksame Kontrolle der anderen Staatsgewalten. Als Grundbedingung jedes modernen Rechtsstaats beinhaltet sie auch die Aufforderung an die Justizverwaltung, Strukturen zu schaffen, in denen ein Richter dieser Verpflichtung auf eine starke und wirksame justizielle Kontrolle der anderen Gewalten Folge leisten kann.
Die vorliegende Arbeit möchte die in diesem Zusammenhang geführte Debatte um eine Selbstverwaltung der Justiz um eine europäische Dimension erweitern. Im Anschluss an die Arbeit der Bund-Länder-Kommission „Judicial System“ werden Erfahrungen europäischer Justizverwaltungen mit Selbstverwaltungsstrukturen im Gerichtsalltag ausgewertet. Diese Ergründung von Umsetzungsbedingungen für Selbstverwaltungsstrukturen kann als Informationsgrundlage der deutschen Richterschaft, der Justizministerien, der Landesparlamente und der Gesellschaft genutzt werden, um ihnen durch eine fundierte Erkenntnisbasis eine Entscheidung für oder gegen strukturelle organisatorische Veränderungen der Länderjustizsysteme zu ermöglichen.

2016, 340 S., geb., 59,– €
978-3-8305-3568-3
eBook PDF 52,90 €, 978-3-8305-2113-6
(Gesellschaft versus Recht)
ISSN Print: 2509-4416
ISSN Online: 2509-4424

DIE AUTORIN

Mareike Jeschke, geb. 1982, studierte Rechtswissenschaft an der Universität Frankfurt am Main 2015. Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kriminalwissenschaften und Rechtsphilosophie der Universität Frankfurt am Main. 2012–2014 Rechtsreferendariat am OLG Frankfurt am Main. Seit 2015 Richterin am Landgericht Hanau.

AUS DEM INHALT

Einleitung | Die Kommission „Judicial System“ und das Erkenntnisinteresse an justizieller Unabhängigkeit in Europa | Die Geschichte der Kommission | Herausarbeitung der „Fragen- und Themensammlung für die Gespräche mit Vertretern der Justiz europäischer Länder“ | Fortgang der Kommission: Die einzelnen Ländergespräche | Analyse der Ländergespräche auf der Basis der ausgewählten Themenkomplexe | Themenkomplex 1: Entwicklung und Erfahrungen mit autonomen Organisationsstrukturen der Justiz | Themenkomplex 2: Personalwesen | Themenkomplex 3: Effizienz und Qualitätssicherung | Themenkomplex 4: Justiz und Öffentlichkeit | Themenkomplex 5: Staatsanwaltschaft | Anhang: Protokolle

RECHT | RECHTSGESCHICHTE

Michael Wagner-Kern

Präventive Sicherheitsordnung

Zur Historisierung der Sicherungsverwahrung

Die Studie verknüpft Trutz von Trothas Befunde über den postmodernen Sicherheitsstaat – zusammengeführt in von Trothas Analysemodell der „präventiven Sicherheitsordnung“ (PSO) – mit zwei Dimensionen der Sicherungsverwahrung in Deutschland: ihrem grundsätzlich unbefristeten Charakter und dem Programm einer nachträglichen Sicherungsverwahrung.

Das PSO-Konzept dient so als Interpretationsfolie für die Entstehung und Analyse der Sicherungsverwahrung. Der zeit(rechts)geschichtlich und strafrechtssoziologisch ausgerichtete Fokus auf die Sicherungsverwahrung reflektiert die Frage, inwieweit die Erschaffung dieser Maßregel – durch das Gewohnheitsverbrechergesetz zum 1. Januar 1934 in das Strafgesetzbuch eingeschrieben – als Ausdruck einer primär ideologisch geprägten NS-Kriminalpolitik oder aber, was oft behauptet wird, in erster Linie als bloße Umsetzung längerer Reformüberlegungen aus der Weimarer Zeit aufzufassen ist. Der Text macht die heutige Sicherungsverwahrung als das Produkt staats- und machtgeleiteter Kontrollkonzepte sichtbar, deren Bezugsgrößen in der Vergangenheit des Gewohnheitsverbrechergesetzes und seiner historisch nie erfolgten Revision liegen. Erkennbar wird ein historisches Maßregelrecht der Gegenwart.

2016, 112 S., geb., 32,– €,
978-3-8305-3678-9
(Gesellschaft versus Recht)
ISSN Print: 2509-4416
ISSN Online: 2509-4424

Edmund Brandt

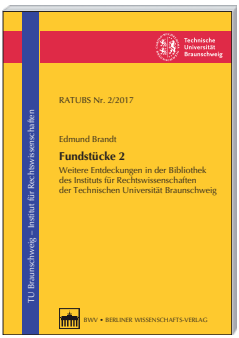
Fundstücke II

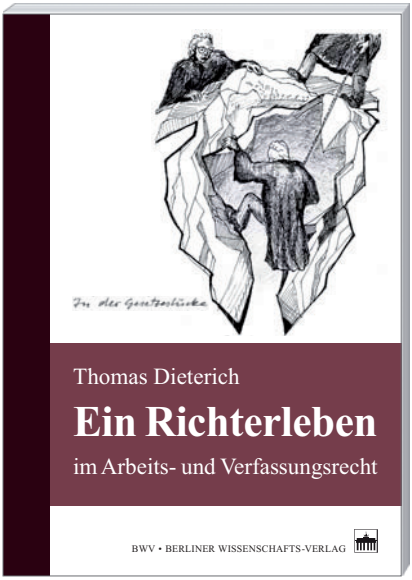
In dem Band dokumentiert sind weitere 34 Fundstücke aus der Bibliothek des Instituts für Rechtswissenschaften der Technischen Universität Braunschweig, „Werke“ aus der Zeit zwischen 1933 und 1945, die dort unbeschadet, was wohl heißen dürfte: unbemerkt und ungelesen, die Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges überdauert haben.

Sich heute mit ihnen zu befassen, ermöglicht einen kritischen Blick auf Gedankengänge und Argumentationsmuster, die teilweise unendlich weit entfernt scheinen, teilweise aber durchaus ungemein vertraut wirken.

Mit dem vorliegenden Band wird das Material ausgebreitet und strukturiert. Weiterhin finden sich erste Hinweise dazu, wie sich in einem weiteren Schritt Diskontinuitäts-, aber auch Kontinuitätslinien herausarbeiten ließen und eine inhaltliche Auseinandersetzung erfolgen könnte.

2018, 290 S., kart., 44,– €,
978-3-8305-3839-4
eBook PDF 39,– €, 978-3-8305-4038-0
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, Nr. 2/2017)
ISSN Print: 2190-5606
ISSN Online: 2367-0835





Thomas Dieterich

Ein Richterleben

im Arbeits- und Verfassungsrecht

Thomas Dieterich hat die Rechtsentwicklung der Nachkriegszeit bis zum Jahr 2000 in allen Funktionen der Arbeitsgerichtsbarkeit miterlebt: als Student, Werkstudent, Referendar, Richter aller Instanzen und zuletzt als Präsident des Bundesarbeitsgerichts. Außerdem war er Richter des Bundesverfassungsgerichts, später auch Politikberater und Schiedsrichter des DGB. In seiner Autobiografie reflektiert er diese Zeit. Neben dem Wandel von Rechtsüberzeugungen und Rechtspraxis in der Zeit seiner beruflichen Mitwirkung interessiert den Autor die Rolle des Richters bei der Rechtsfindung: Welche Bedeutung haben dabei „Vorverständnis“, politische und religiöse Bindungen, der wissenschaftliche Diskurs, auch außerhalb der Juristerei? Was gefährdet die richterliche Unabhängigkeit? Diesen Fragen geht der Autor anhand von Streitfällen und Grundsatzentscheidungen, an denen er beteiligt war, nach. Über sein Privatleben berichtet der Autor nur, soweit es zum Verständnis der richterlichen Tätigkeit notwendig ist, allerdings mit einer Ausnahme: Eingehend werden die Erlebnisse des ca. zehnjährigen Jungen als Pimpf und Flüchtling in den Jahren 1944/45 geschildert.

Die Autobiografie richtet sich nicht nur an Juristen, sondern an alle Menschen, die an der Entstehung von Rechtsüberzeugungen und ihrer richterlichen Umsetzung interessiert sind. Eine vergleichbare Darstellung gibt es in Deutschland nicht. Das Buch bietet einzigartige und eindrucksvolle Einblicke in das Arbeitsleben eines Richters. Es ist damit zugleich ein Beitrag zur Funktionsweise des Rechtsstaats und zur Nachkriegsgeschichte.

2016, 282 S., 5 s/w Abb., kart., 34,– €,
978-3-8305-3672-7

DER AUTOR

Prof. Dr. Thomas Dieterich (1934–2016) war 1994–1999 Präsident des Bundesarbeitsgerichts und 1987–1994 Richter am Bundesverfassungsgericht.

PRESSESTIMMEN

„Seine Erinnerungen wirken wie ein Vermächtnis – und nehmen unter den juristischen Büchern einen einzigartigen Platz ein.“
Rolf Lamprecht, Süddeutsche Zeitung, 12.06.2016

„Kaufen, lesen, nach Lektüre anderen zum Lesen weitergeben!“
Hans-Ernst Böttcher, verdikt 2.16

„Ein Vermächtnis, das in die Hand jedes Richters und jeder Richterin gehört.“
Ulrich Preis, Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht 24/2016

„Das ist ein wunderbares, aufregendes Buch. Der Leser nimmt teil an ‚gelebtem‘ Recht, hautnah.“
Jörg Berkemann, Deutsches Verwaltungsblatt 21/2017

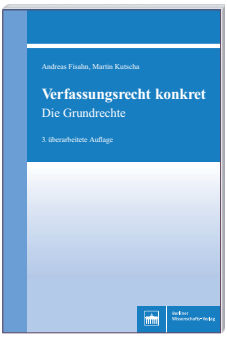
Andreas Fisahn, Martin Kutscha (Hrsg.)

Verfassungsrecht konkret

Die Grundrechte
3. überarbeitete Auflage

Dieses Grundrechtslehrbuch beschreitet einen neuen Weg: Die unverzichtbare Kernmaterie wird optisch besonders hervorgehoben und kann so schnell erfasst und angeeignet werden. Damit wendet sich das Werk besonders an Jurastudentinnen und -studenten der Anfangssemester und die Studierenden der neuen Bachelor-Studiengänge an Fachhochschulen und Universitäten. Wer z. B. im Rahmen des Jurastudiums mehr wissen will, findet darüber hinaus Hintergrundinformationen, die Behandlung von Einzelfragen und die Darstellung aktueller Streitpunkte in kleinerer Schrift. Der leichteren Aneignung des Stoffes dienen zahlreiche Fälle mit Lösungen, die überwiegend der neueren Rechtsprechung entstammen. Sie zeigen, dass es bei der Materie der Grundrechte keineswegs um „graue Theorie“ geht, sondern um einen demokratischen Regeln entsprechenden und rechtsstaatlich überzeugenden Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten.

3. überarb. Aufl. 2018, 221 S., 1 s/w Abb., kart., 24,80 €, 978-3-8305-3808



RECHT | RECHTSGESCHICHTE

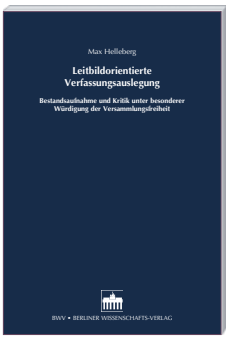
Max Helleberg

Leitbildorientierte Verfassungsauslegung

Bestandsaufnahme und Kritik unter besonderer Würdigung der Versammlungsfreiheit

Den Ausgangspunkt dieser Untersuchung bildet der Befund, dass bei der Handhabung grundrechtlicher Fragestellungen sowohl in der Wissenschaft als auch in der Rechtsprechung immer wieder in starkem Umfang auf bestimmte staats-, verfassungs- und demokratietheoretische „Leitbilder“ verwiesen wird, für die im selben Atemzug mehr oder weniger offen konstatiert wird, dass sie nicht oder allenfalls schemenhaft Anklang im Verfassungstext finden. Die Arbeit interessiert sich für die Funktionalisierung dieser Leitbilder durch den Interpreten sowie das Potenzial und die Risiken, die mit ihrem Gebrauch verbunden sind. Sind Leitbilder – so lautete eine der zentralen Fragestellungen der Untersuchung – ein Segen, weil sie zu einer Erhellung und Rationalisierung auslegungsleitender Vorverständnisse beitragen, oder doch eher Fluch, weil sie einer Auflösung der Normativität der Verfassung Vorschub leisten? Dabei geht es letztlich um die alte, aber nunmehr in neuem Licht erscheinende Frage nach dem Eigenanteil des Interpreten bei der Suche nach dem verfassungsrechtlich Gebotenen – einem Grundproblem der Erkenntnis- und Rechtstheorie, aber auch der verfassungsgerichtlichen Praxis.

2016, 296 S., kart., 54,– €, 978-3-8305-3577-5
eBook PDF 47,99 €, 978-3-8305-2965-1



DIE AUTOREN

Hasso Lieber, geb. 1946, Rechtsanwalt, ist Lehrbeauftragter an der HWR Berlin, Vorsitzender des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e. V. und Herausgeber der Mitgliedszeitschrift „Richter ohne Robe“, 1976–1991 Richter am Landgericht Bochum, zuletzt Vorsitzender, dann Wechsel ins Ministerium des Innern (Brandenburg), Geschäftsführer der Innenministerkonferenz, Leiter der Abteilungen für kommunale Angelegenheiten sowie Verfassungs- und Verwaltungsrecht, danach Leiter des Brandenburger Verfassungsschutzes, 2007–2011 Staatssekretär für Justiz in Berlin.

Ursula Sens ist Diplom-Bibliothekarin in der Bibliothek des Landtags Nordrhein-Westfalen, Vorsitzende des Landesverbandes NRW der Deutschen Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen e. V. und Mitherausgeberin der Zeitschrift „Richter ohne Robe“.

Hasso Lieber, Ursula Sens

Fit fürs Schöffenamt

Band 1 + Band 2

Ziel der zweibändigen Orientierungshilfe „Fit fürs Schöffenamt“ ist es, Schöffen eine Handlungskompetenz zu vermitteln, die ihr Selbstbewusstsein durch das Verstehen ihrer Rolle im Verfahren stärkt. Darüber hinaus sollen sich die Schöffen ihrer Verantwortung und ihres Beitrags zu einer bürgernahen und nachvollziehbaren Rechtsprechung bewusst werden.

Band 1 betrachtet den Strafprozess aus der Perspektive der Mitwirkung von Schöffen. Er unterstützt die Schöffen dabei, die erforderlichen Handlungskompetenzen zu erwerben, um ihr staatsbürgerliches Ehrenamt aktiv und selbstbewusst durch das Verstehen ihrer Rolle im Verfahren auszuüben. Dazu werden die notwendigen Kenntnisse über das „Handwerkszeug“ anschaulich vermittelt: Rechte und Pflichten, Ablauf der Hauptverhandlung, Merkmale einer Straftat sowie Sinn und Zweck von Strafrecht und Strafe.

Band 2 erläutert Grundsätze und Ablauf des Strafverfahrens, die Justiz- und Prozessgrundrechte für ein rechtsstaatliches und faires Verfahren, Beweisaufnahme, Beratung und Urteilsfindung, das Sanktionensystem sowie die Methode, eine gerechte und schuldangemessene Strafe zu finden.

i. Vb. 2018, 2. überarb. Auflage
Band 1: 978-3-8305-3853-0
eBook PDF 978-3-8305-4023-6
Band 2: 978-3-8305-3854-7
eBook PDF 978-3-8305-4024-3
Paket: 978-3-8305-3855-4
eBook PDF 978-3-8305-4025-0

Begründet von
Dr. Wagner | Raasch | Pröpstl
Überarbeitet und aktualisiert von
Dr. Christian Oelfke

Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961

Kommentar für die Praxis

Das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1963 hat auch über fünfzig Jahre nach seinem Inkrafttreten nicht an Bedeutung verloren, sondern erfreut sich weltweit hoher Akzeptanz: Mehr als 190 Staaten sind dem Vertragswerk mittlerweile beigetreten und wenden seine Regelungen im diplomatischen Alltag an. Der jetzt umfassend überarbeitete und aktualisierte Kommentar bietet dem Rechtsanwender für die Praxis Erläuterungen zu den Vorschriften des Wiener Übereinkommens. Dabei werden zentrale Themen wie die Immunität des Diplomaten, die Unverletzlichkeit der diplomatischen Mission sowie der Schutz des diplomatischen Kuriers ausführlich und unter besonderer Berücksichtigung der hierzu ergangenen deutschen Gesetzgebung und Rechtsprechung behandelt. Vielfältige Hinweise auf die Praxis des Auswärtigen Amtes aber auch anderer auswärtiger Dienste runden die Darstellung ab.

i.Vb. 2018, 978-3-8305-3837-0
eBook PDF 978-3-8305-4010-6

DER AUTOR

Dr. Christian Oelfke, geb. 1972, studierte Rechtswissenschaften in Freiburg, München, Heidelberg und London. 2004 Promotion an der Universität Heidelberg. 2004 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, dort seit 2014 Leiter der Arbeitseinheit für bilaterales und multilaterales Gesandtschaftsrecht.

AUS DEM INHALT

Wortlaut des Übereinkommens | Fakultativ-Protokoll über den Erwerb der Staatsangehörigkeit | Fakultativ-Protokoll über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten (BGBl. 1964 II, S. 1018) | Gesetz zu dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vom 06. August 1964 | Einzeldarstellung nach Artikeln | Tabellarische Übersicht | Liste der Vertragsstaaten des WÜD | Stichwortverzeichnis

Christoph G. Paulus

Auf der Suche nach Unsterblichkeit

Zur mentalitätsgeschichtlichen, sozialen und rechtlichen Bedeutung des Testaments im antiken Rom

Wir alle streben nach Unsterblichkeit, schrieb Cicero, und verfassen deshalb sorgfältig Testamente. Am Testament, so Plinius d.J., erkenne man den Charakter des Testators.
Diese beiden Äußerungen nimmt Christoph Paulus zum Anlass, eine mentalitätsgeschichtliche Untersuchung über den Unsterblichkeitswunsch – erinnert zu werden bei den Nachfahren – in der römischen Antike vorzunehmen. Ein naheliegendes Forschungsvorhaben, gehörte es in der römischen Oberschicht doch zum gesellschaftlich Unabdingbaren, ein Testament zu verfassen und schon lebzeitig publik zu machen. Diese Wechselwirkung zwischen Selbstdarstellung und Schaffung einer Beurteilungsgrundlage für das postmortale Ansehen führen zu einer hoch interessanten und aussagekräftigen Informationsquelle.
Das Buch geht aus Paulus' juristischer Habilitationsschrift (Ludwig-Maximilians-Universität, 1990) hervor, die insbesondere juristische Quellen bzw. die juristische Bewertung von Testamentsklauseln berücksichtigte. So erschließen sich für die Mentalitätsgeschichte weite Quellenareale, die bislang meist der römisch-rechtlichen Zunft überlassen wurden.

2018, 301 S., kart., 50,– €,
978-3-8305-3817-2
eBook PDF 45,– €, 978-3-8305-2249-2

RECHT | RECHTSGESCHICHTE

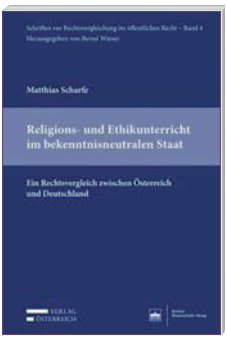
Matthias Scharfe

Religions- und Ethikunterricht im bekenntnisneutralen Staat

Ein Rechtsvergleich zwischen Österreich und Deutschland

Die Regelung des Verhältnisses von Staat und Religion gilt als eine der komplexesten Herausforderungen der Verfassungsordnung. Besonders deutlich tritt dieses umstrittene Feld im Bereich der öffentlichen Schule, insbesondere im schulischen Religionsunterricht – der in ein Beziehungsvieleck aus Staat, Religionsgemeinschaften, Eltern und Schülern eingebettet ist – zu Tage.
Das Buch geht der Frage nach, ob ein Grundrechtsanspruch auf Religionsunterricht besteht und wenn ja, welchem Rechtsträger dieser zukommt. Weiters wird erörtert, wie der Unterricht rechtlich gestaltet sein muss und wie das Verhältnis zur religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates ist. Schließlich wird die rechtliche Situation des Religionsunterrichts in Österreich und Deutschland einem strukturellen Vergleich unterzogen.

2018, 439 S., geb., 96,30 €,
978-3-8305-3798-4



Stephan Hobe, Bernhard Schmidt-Tedd, Kai-Uwe Schrogl (Editors)

Cologne Commentary on Space Law

Outer Space Treaty

The Cologne Commentary on Space Law is a three-volume annotation on the written norms of space law as enunciated through the Treaties of the United Nations and its General Assembly Resolutions. Volume I focuses on the 1967 Treaty on Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space, including the Moon and Other Celestial Bodies, popularly known as the 'Outer Space Treaty'. A broad international authorship of twenty experts addresses the historical overview and provides a provision-by-provision interpretation of the Outer Space Treaty. This Volume also includes insights into the subsequent State practice, present-day applicability and future perspectives of the Treaty.
The other four UN Treaties, the 1968 Rescue Agreement, the 1972 Liability Convention, the 1975 Registration Convention and the 1979 Moon Agreement, are addressed in Volume II, which was published in 2013. Volume III (published in 2015) delves into the eight most relevant United Nations General Assembly Resolutions/Principles on space activities. On the occasion of the 50th anniversary of the Outer Space Treaty, Volume I of the Cologne Commentary on Space Law has been translated into Russian.

2017, 780 S., geb., engl./russ., 139,– €, 978-3-8305-3771-7
eBook PDF 125,– €, 978-3-8305-2219-5

AUCH ERHÄLTLICH ALS RUSSISCHE AUSGABE

Стефана Хобе, Бернхарда Шмидт-Тедд, Кая-Уве Шрогль (редакторы)

Кёльнский комментарий к космическому праву

Договор по космосу

2017, 472 S., geb., russ., 89,– €, 978-3-8305-3748-9
eBook PDF 80,– €, 978-3-8305-2218-8

RECHT | RECHTSGESCHICHTE

Bernd Hüpers

Karl Larenz – Methodenlehre und Philosophie des Rechts in Geschichte und Gegenwart

Rechtswissenschaft und Rechtsprechung beeinflussen sich gegenseitig in Deutschland. Es gibt kaum eine höchstrichterliche Entscheidung, in der lediglich auf andere Judikate Bezug genommen wird. Nur ein Gebiet der Rechtswissenschaft, von dem man annehmen könnte, es sei die Quelle zahlloser Inspirationen, bleibt gewöhnlich im Verborgenen: Es ist die Methodenlehre.
Der wichtigste Repräsentant dieser Disziplin war über viele Jahrzehnte Karl Larenz, und noch heute, über 15 Jahre nach seinem Tod, bleibt er allgegenwärtig. Larenz war nicht nur Zivilrechtler, sondern vor allem Staats- und Rechtsphilosoph. Er war ein Rechtsethiker in wechselvollen und gefährlichen Zeiten, von der Weimarer Republik über das Dritte Reich bis zum Ende der alten Bundesrepublik (West). War er „Kronjurist" der Nationalsozialisten oder gar ein Widerständler? Liefert seine zur Philosophie geöffnete Methodenlehre das richtige Fundament für eine zeitgemäße Rechtsgewinnung oder liefert sie die Erklärung für das erstaunliche Phänomen einer der methodischen Reflexion nicht bedürfenden gerichtlichen Praxis?
Philosophie und Methodenlehre von Larenz werden in ihrer zeitgeschichtlichen Bedingtheit und Auflehnung untersucht – auch zum Zwecke einer zukünftigen Jurisprudenz, die sich Wissenschaft nennen lassen darf.

2. Aufl. 2016, 672 S., 1 s/w Abb., kart., 59,– €, 978-3-8305-3637-6
eBook PDF 52,99 €, 978-3-8305-2118-1
(Berliner Juristische Universitätsschriften, Grundlagen des Rechts, Bd. 49)
ISSN Print: 2366-9780
ISSN Online: 2366-9799

Philipp Spiller

Personalpolitik beim Kammergericht von 1933 bis 1945

Während der NS-Zeit griff der Staat massiv in die personelle Zusammensetzung des Kammergerichts ein; politisch Unliebsame erlitten Repressalien, die Beförderungsbedingungen veränderten sich. Ausgehend von erhalten gebliebenen Personalakten untersucht die Arbeit die Biographien der Richter und Staatsanwälte. Sie nimmt deren individuelle berufliche Lage sowie den sozialen und politischen Hintergrund in den Blick. In der Personalpolitik zeigten sich aber auch Gegensätze zwischen der Justizverwaltung und der NSDAP. Insbesondere unter dem nationalkonservativ geprägten Reichsjustizminister Gürtner widersetzte sich das Reichsjustizministerium den Beförderungswünschen der Partei, wenn es die fachliche Eignung für nicht ausreichend hielt. Juristische Qualifikation und politische Zuverlässigkeit waren jedoch keineswegs ein Widerspruch: Auch am Kammergericht stellten sich viele hochqualifizierte Juristen uneingeschränkt in den Dienst der neuen Machthaber. In Hoch- und Landesverratssachen fungierte das Kammergericht als eine „Außenstelle des Volksgerichtshofs“ (Staatsekretär Freisler). Diese Arbeit beleuchtet daher auch, wie sich die Tätigkeit von Juristen des Kammergerichts in politischen Strafsenaten oder als Hilfsrichter am Volksgerichtshof auf ihre Karrieren auswirkte.

2016, 286 S., 15 s/w Tab., kart.,
58,– €, 978-3-8305-3470-9
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Grundlagen des Rechts, Bd. 55)
ISSN Print: 2366-9780
ISSN Online: 2366-9799

RECHT | RECHTSGESCHICHTE

Uta Wiedenfels

Das Vermögensgesetz – Restitution im Zeitenwandel

Bei den offenen Vermögensfragen handelt es sich um rechtsstaatswidrige Eingriffe in Privatvermögen, zumeist die entschädigungslose Entziehung von Grundstücken. Schulbeispiel sind die Grundstücke in den Westen geflohener DDR-Bürger. Daneben gibt es zahlreiche andere Fälle und Sachverhalte.
Die Alteigentümer hatten diese Grundstücke – zunächst vergeblich – zurückgefordert. Nach der Wende verständigten sich die beiden deutschen Regierungen auf eine Lösung dieser Fragen im „Gesetz zur Regelung Offener Vermögensfragen“: Im Grundsatz sollte Rückgabe vor Entschädigung gehen, gleichzeitig sollten Investitionen den Rückgaben vorgehen – ein schwieriger Kompromiss in einer einzigartigen politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Situation, der zudem unzählige Änderungen erfahren hat. Mittlerweile sind fast alle Verfahren abgeschlossen, somit ist Zeit für eine Bilanz: Genügt das Vermögensgesetz dem Anspruch? Wurde tatsächlich „wieder gutgemacht“? Uta Wiedenfels untersucht die Hintergründe, die Entwicklung und die Herausforderungen, denen das Gesetz in der Praxis begegnete.

i. Vb. 2018, 978-3-8305-3582-9
eBook PDF 978-3-8305-2088-7
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Grundlagen des Rechts, Bd. 56)
ISSN Print: 2366-9780
ISSN Online: 2366-9799

Dominik Glorius

Im Kampf mit dem Verbrechertum

Die Entwicklung der Berliner Kriminalpolizei von 1811 bis 1925. Eine rechtshistorische Betrachtung

Die 1811 gegründete Berliner Kriminalpolizei ist die älteste Kriminalpolizeibehörde Deutschlands. Ihr Einfluss auf die Entwicklung der deutschen Kriminalpolizei ist in der Polizeihistoriographie unbestritten. Welchen Einfluss die Berliner Polizeibehörde jedoch auf den normativen Rahmen des heutigen strafprozessualen Vorverfahrens gehabt hat, war bislang unbekannt. In einer umfassenden rechtshistorischen Untersuchung zeichnet der Autor anhand bislang nicht ausgewerteter archivalischer Quellen die Entwicklungsgeschichte der Berliner Kriminalpolizei von der Gründung der Behörde im Jahr 1811 bis zur Einrichtung des Preußischen Landeskriminalpolizeiamtes im Jahr 1925 nach und zeigt hierbei auf, in welchem Umfang insbesondere die Ausgestaltung des bis heute nicht konfliktfreien Verhältnisses von Polizei und Staatsanwaltschaft durch die Entwicklung der Polizei- und Justizbehörden in der preußischen Residenz- und späteren Reichshauptstadt beeinflusst worden ist. Daneben schließt die Studie bislang existierende polizeihistorische Lücken, u. a. bezogen auf die Entwicklungsgeschichte der Berliner Kriminalpolizei während des Ersten Weltkriegs und in der Frühphase der Weimarer Republik.

2016, 834 S., kart.,
119,– €, 978-3-8305-3608-6
eBook PDF 106,90 €, 978-3-8305-2104-4
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Grundlagen des Rechts, Bd. 57)
ISSN Print: 2366-9780
ISSN Online: 2366-9799

RECHT | RECHTSGESCHICHTE

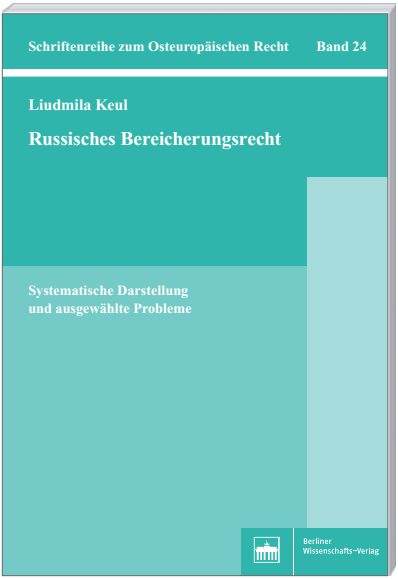
Katharina Werz

Der Schauprozess im 20. Jahrhundert in Deutschland

Begriff, Funktion und Struktur anhand ausgewählter Beispiele

Der Begriff des Schauprozesses wird häufig zur Beschreibung von Gerichtsverfahren verwendet, in denen ein juristisches Unwerturteil erfolgt. Gleichwohl mangelt es vor allem in der Rechtswissenschaft an Begriffsbestimmungen. Ziel der Studie ist die Erarbeitung einer geeigneten Definition. Dafür wird zunächst eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Ansätze in verschiedenen Wissenschaften vorgenommen und der Begriff des Schauprozesses in einen strukturellen Zusammenhang mit denen der politischen Justiz und des politischen Prozesses gebracht. Definitionen der drei Begriffe werden unter Berücksichtigung des grundlegenden Werkes „Politische Justiz“ des Verfassungsrechtlers Otto Kirchheimer enwickelt. Anschließend erfolgt eine Analyse deutscher Gerichtsverfahren des 20. Jahrhunderts anhand der entwickelten Merkmale eines Schauprozesses, um deren Praktikabilität zu überprüfen – darunter der Rathenau-Prozess (1922), der Prozess gegen die Attentäter des 20. Juli 1944 (1944), das Devisenverfahren gegen Robert Havemann (1979) und der Stammheim-Prozess (1975 bis 1977). Abschließend wird die aktuelle internationale Bedeutung von Schauprozessen untersucht und diskutiert, wie mit rechtlichen Mitteln gegen Schauprozesse vorgegangen werden kann.

2016, 328 S., 3 s/w Tab., kart., 69,– €,
978-3-8305-3611-6
eBook PDF 62,– €, 978-3-8305-2102-0
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Grundlagen des Rechts, Bd. 58)
ISSN Print: 2366-9780
ISSN Online: 2366-9799



Liudmila Keul

Russisches Bereicherungsrecht

Systematische Darstellung und ausgewählte Probleme

Das Bereicherungsrecht zählt zu den grundlegenden Rechtsinstituten des materiellen Zivilrechts und gehört zu den meistdiskutierten Themenfeldern innerhalb der Rechtswissenschaft. Mit Inkrafttreten des Russischen Zivilgesetzbuches liegt der Fokus der vergleichenden Rechtsforschung nun auch verstärkt auf dem russischen Bereicherungsrecht.

Die erste umfassende Untersuchung der bereicherungsrechtlichen Schuldverhältnisse Russlands in deutscher Sprache gibt Aufschluss über die Entstehungsgeschichte des russischen Bereicherungsrechts und nimmt eine Gesamtanalyse des geltenden russischen Bereicherungsrechts vor. Gesetzeslücken und Unklarheiten werden aufgezeigt sowie Lösungsvorschläge, die überwiegend auf dem deutschen Bereicherungsrecht basieren, detailliert erörtert. Abschließend unternimmt die Autorin eine Untersuchung der Konkurrenzthematik.

2017, 280 S., kart., 54,– €,
978-3-8305-3709-0
eBook PDF 49,– €, 978-3-8305-2995-8
(Schriftenreihe zum Osteuropäischen Recht, Bd. 24)
ISSN Print: 2366-911X
ISSN Online: 2366-9128

DIE AUTORIN

Dr. Liudmila Keul, LL.M. (Eur.), geb. 1979, studierte Rechtswissenschaften in München und Tscheboksary, Russland. 2016 Promotion an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. 2013–2015 Rechtsreferendariat.

AUS DEM INHALT

Erster Teil: Die Entstehung und geschichtliche Entwicklung von Schuldverhältnissen aus ungerechtfertigter Bereicherung im russischen Recht | Zweiter Teil: Grundlinien des Bereicherungsrechts in der Russischen Föderation | Dritter Teil: Das Verhältnis von Rechtsvorschriften des Kapitels 60 ZGB zu anderen Forderungen auf Schutz bürgerlicher Rechte | Vierter Teil: Endergebnis und rechtspolitische Lösungsvorschläge.

Ausgezeichnet mit dem deutsch-russischen Juristenpreis 2017

Christian Heuser

Deutsche Rechtsreformberatung zur Unterstützung der Systemtransformation in der Republik Aserbaidschan

Gut 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer widmet sich die Untersuchung theoretischen Aspekten der Rechtsreformberatung in Transformationsstaaten, wobei die deutsche Rechtsreformberatung in der Republik Aserbaidschan als Anschauungsbeispiel dient.
Die Arbeit geht aus primär juristischer Sicht, unter Heranziehung rechtshistorischer, institutionenökonomischer und rechtssoziologischer Überlegungen, der Frage nach, wie eine westliche Rechtsordnung in einem Transformationsland mit einem anderen kulturellen Hintergrund implementiert werden kann. Es wird aufgezeigt, welche Problemfelder sich hierbei auftun und welche konkreten Umsetzungsbeiträge von den vor Ort tätigen Rechtsreformberatern geleistet wurden.
Daneben beleuchtet die Untersuchung das Umfeld der Rechtsreformberatung, das zum einen von geopolitischen Aspekten beeinflusst ist, andererseits aber auch von einer intensiver gewordenen Wettbewerbssituation unter den westlichen Rechtsreformberatern mitbestimmt wird. Stichworte hier sind Wettbewerb der Rechtsordnungen, Rechtsexport und Rechtsimperialismus.

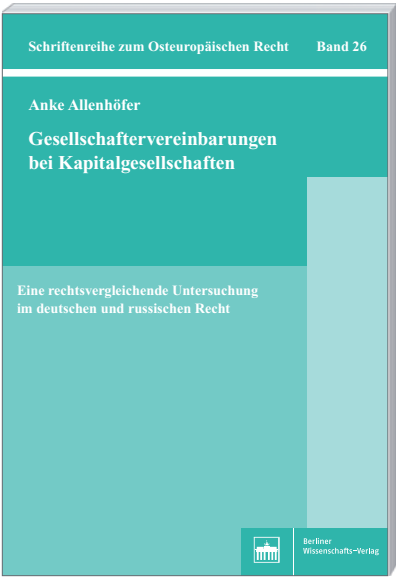
2016, 508 S., 2 s/w Abb., kart.,
89,– €, 978-3-8305-3710-6
(Schriftenreihe zum Osteuropäischen Recht, Bd. 23)
ISSN Print: 2366-911X
ISSN Online: 2366-9128

Yury Safoklov

Das Gewaltenteilungsprinzip in Russland: Die Genese eines Institutstransfers

Die Arbeit befasst sich mit dem Phänomen des „legal borrowing“ und der Rezeption der „ausgeliehenen“ Rechtsinstitute im Empfängerstaat. Der aus der westlichen Verfassungstradition transferierte Grundsatz der Gewaltenteilung nimmt in der russischen Verfassung von 1993 den Platz eines tragenden Staatsprinzips ein. Den Gegenstand der vorliegenden Untersuchung bilden die verfassungsrechtliche Regelung und einfachgesetzliche Konkretisierung des Gewaltenverhältnisses; nicht minder bedeutend ist aber auch der Blick auf die Verfassungswirklichkeit. In zeitlicher Hinsicht erstreckt sich die Untersuchung auf die Anfänge des Konstitutionalismus im Russischen Zarenreich und die Negation dieser Errungenschaften durch die sowjetische Staatrechtswissenschaft; der Schwerpunkt liegt auf der bis in die Gegenwart andauernden Phase des postsowjetischen Konstitutionalismus. Ziel des Vorhabens ist es einerseits, die nach der Annahme der Verfassung offensichtlich gewordenen Divergenzen zwischen der Verfassungspraxis der Spenderstaaten und der Realität des russischen Rezipienten zu erklären; andererseits wird anhand der Untersuchungsbefunde eine Prognose über künftige staatsorganisationsrechtliche und rechtspolitische Entwicklungen in Russland gewagt.

2016, 451 S., kart., 98,– €,
978-3-8305-3623-9
eBook PDF 88,– €, 978-3-8305-2196-9
(Schriftenreihe zum osteuropäischen Recht, Bd. 25)
ISSN Print: 2366-911X
ISSN Online: 2366-9128



Anke Allenhöfer

Gesellschaftervereinbarungen bei Kapitalgesellschaften

Eine rechtsvergleichende Untersuchung im deutschen und russischen Recht

Gesellschaftervereinbarungen sind ein wichtiges Instrument der Gesellschaften zur vertraglichen Konkretisierung ihrer mitgliedschaftlichen Rechtsverhältnisse. Sowohl im deutschen als auch im russischen Recht stellen sie eine verbindliche interne Regelung der Beziehungen der Gesellschafter untereinander sowie zur Gesellschaft dar, bei der die Gesellschafter vertraglich die Ausübung ihrer Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft regeln.

Anke Allenhöfer untersucht Gesellschaftervereinbarungen in beiden Rechtsordnungen auf ihre Zulässigkeit sowie auf ihre grundsätzliche Beziehung zu den korporativen Rechtsverhältnissen der Kapitalgesellschaft. Allenhöfer geht der Frage nach, welche Wechselwirkungen zwischen Gesellschaftervereinbarungen und der Gesellschaft bestehen, und unterzieht die rechtliche Behandlung von Gesellschaftervereinbarungen in beiden Rechtsordnungen einer rechtsvergleichenden Untersuchung. Allenhöfer leistet durch die Klärung praktisch relevanter Rechtsfragen einen wichtigen Beitrag zum russischen Kapitalgesellschaftsrecht und zur deutsch-russischen Rechtsvergleichung.

2018, 326 S., kart., 58,– €,
978-3-8305-3776-2
eBook PDF 52,– €, 978-3-8305-2986-6
(Schriftenreihe zum osteuropäischen Recht, Bd. 26)
ISSN Print: 2366-911X
ISSN Online: 2366-9128

DIE AUTORIN

Dr. Anke Allenhöfer ist Rechtsanwältin bei Freshfields Bruckhaus Deringer in München, wo sie der Praxisgruppe Corporate/M&A und dem Russian Desk angehört. Nach ihrer Ausbildung zum Reserveoffizier in der Bundeswehr studierte sie Rechtswissenschaften an der Universität Passau und absolvierte ein einjähriges Schwerpunktstudium „Russisches Recht“ in Krasnojarsk. Nach Abschluss des Studiums promovierte sie an der Universität Regensburg zu Gesellschaftervereinbarungen im deutschen und russischen Recht.

AUS DEM INHALT

Erster Teil: Einführung | Zweiter Teil: Die Gesellschaftervereinbarung im Spannungsfeld von Schuld- und Gesellschaftsrecht im deutschen Recht | Die Zulässigkeit von Gesellschaftervereinbarungen | Die schuldrechtliche Rechtsnatur von Gesellschaftervereinbarungen | Korporative Wirkungen der Gesellschaftervereinbarung | Dritter Teil: Die Gesellschaftervereinbarung im Spannungsfeld von Schuld- und Gesellschaftsrecht im russischen Recht | Vierter Teil: Résumé

Ausgezeichnet mit dem deutsch-russischen Juristenpreis 2016

Patrick Stockebrandt

Haftung für aus Umweltverschmutzung resultierende Schäden in Production Sharing Agreements in Aserbaidschan

Seit der Unabhängigkeit Aserbaidschans hat sich die Öl- und Gasförderung zum dominanten Wirt-schaftszweig mit entsprechend hoher wirtschaftlicher und politischer Bedeutung entwickelt. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war der 1994 mit zehn ausländischen Erdölunternehmen vereinbarte „Jahrhundertvertrag“ – ein Production Sharing Agreement über die Fördergebiete „Azeri, Chirag, Gunashli“.
Patrick Stockebrandt untersucht den „Jahrhundertvertrag“, der als Mustervertrag für nachfolgende Erdölprojekte dient, dahingehend, ob dieser eine Haftung für aus Umweltverschmutzung resultierende Schäden etabliert und inwiefern Dritte mögliche Ansprüche geltend machen können. Somit widmet sich die Untersuchung einem Thema im Schnittfeld von internationalem Umweltrecht und Investitionsschutzrecht, welches bisher nur wenig Aufmerksamkeit in der rechtswissenschaftlichen Literatur erfahren hat, aber von großer ökonomischer und politischer Bedeutung ist. Stockebrandt ordnet das Production Sharing Agreement in die Systematik der bestehenden internationalen Vertragstypen und Förderregime ein und stellt es in seiner umweltrechtlichen Dimension vor dem Hintergrund des bestehenden Völkervertragsrechts dar.

2018, 167 S., geb., 44,– €,
978-3-8305-3830-1
eBook PDF 44,– €, 978-3-8305-4008-3
(Schriftenreihe zum osteuropäischen Recht, Bd. 27)
ISSN Print: 2366-911X
ISSN Online: 2366-9128

OSTRECHT

Phyllis Rade

Die Durchsetzung des Lauterkeitsrechts in Deutschland und der Tschechischen Republik

Phyllis Rade entfaltet die Grundzüge des Lauterkeitsrechts in Deutschland und der Tschechischen Republik im Wege eines Rechtsvergleichs. Systematisch erschließt sie das materielle und prozessuale Lauterkeitsrecht beider Länder, ohne hierbei den Blick auf die unionsrechtlichen Vorgaben zu verlieren. Der fortlaufende Perspektivenwechsel zwischen den beiden Rechtsordnungen vor dem Hintergrund des Unionsrechts ermöglicht es, den Status quo der Angleichung kritisch zu hinterfragen und dessen Problematiken aufzuzeigen. Das Buch wendet sich an alle, die sich im Zuge von Studium, Forschung oder fachspezifischer Rechtspraxis in beiden Rechtsordnungen ein Bild über das Lauterkeitsrecht machen möchten, und zeigt darüber hinaus Schwachstellen des Unionsrechts und dessen harmonisierender Wirkung auf. Phyllis Rade schafft in ihrer Arbeit einen integrierten rechtsvergleichenden Zugang, der mehr ist, als eine separierte Darstellung der Rechtslage beider Staaten. Zudem erarbeitet sie ein Konzept, wie die Harmonisierung dieses Rechtsgebietes weiter vorangetrieben werden könnte.

i.Vb. 2018, 978-3-8305-3838-7
eBook PDF 978-3-8305-4009-0
(Schriftenreihe zum osteuropäischen Recht, Bd. 28)
ISSN Print: 2366-911X
ISSN Online: 2366-9128

Rainer Birke, Rainer Wedde (Hrsg.)

Im Dienst des deutsch-russischen Rechtsdialogs

30 Jahre Deutsch-Russische Juristenvereinigung

Anlässlich ihres 30-jährigen Gründungsjubiläums legt die Deutsch-Russische Juristenvereinigung eine aktuelle Bestandsaufnahme des deutsch-russischen Rechtsdialogs vor. Lange von Offenheit und Annäherung geprägt, wird dieser Austausch seit einigen Jahren durch die politische Entfremdung beider Länder erschwert.

Ungeachtet dessen hat der Dialog zwischen deutschen und russischen Juristen nichts an Lebendigkeit eingebüßt: Zweisprachige Studiengänge, wissenschaftliche Kooperationen, der Deutsch-Russische Juristenpreis, Zusammenarbeit bei der praktischen Rechtsanwendung sind nur einige Facetten des Rechtsdialogs zwischen Deutschland und Russland. Die traditionelle Nähe der beiden Rechtsordnungen spielt dabei ebenso eine Rolle wie die gewachsenen persönlichen Kontakte.

Über 20 Autoren aus sieben Ländern zeigen in ihren Beiträgen, wie eng diese Verbindungen mittlerweile sind, verdeutlichen aber auch Herausforderungen und Chancen des Austauschs. Vor allem aber beweisen sie, dass der deutsch-russische Rechtsdialog stets zwischen Menschen stattfindet, die sich schätzen und engagieren.

i. Vb. 2018, 978-3-8305-3868-4
eBook PDF 978-3-8305-4040-3
(Schriftenreihe der Deutsch-Russischen Juristenvereinigung e.V., Bd. 2)
ISSN Print: 2367-2641
ISSN Online: 2367-265X

MIT BEITRÄGEN VON

Azar Aliyev | Rainer Birke | Tatiana Bovkun | Burkhard Breig | Rupert D'Cruz | Hans-Georg Dederer | Karl Eckstein | Martin Fincke | Caroline von Gall | Uwe Hellmann | Antje Himmelreich | Hans Janus | Herbert Küpper | Eugenia Kurzynsky-Singer | Otto Luchterhandt | Joram Moyal | Antonida Netzer | Marian Paschke | Valdimir Primaczenko | Florian Schneider | Hans-Joachim Schramm | Alexander Shchavelev | Irina Sidorova | Andreas Steininger | Ewgenij Suchanow | Jürgen Telke | Alexander Trunk | Rainer Wedde | Bernd Wieser

AUS DEM INHALT

Deutsch-russischer Rechtsdialog aus der rechtswissenschaftlichen Sicht | Miteinander forschen, nicht übereinander | Rechtsstaatsdialog mit Russland – ein gescheitertes Regierungsprojekt | Über den deutsch-russischen Rechtsdialog im Bereich des Zivilrechts | Rechtsdialog im Notariat | Internationale Schiedsgerichtsbarkeit – Förderung des Dialogs im Streitfall | Deutsch-russische Kooperation in der Strafrechtswissenschaft | Der deutsch-russische Strafrechtsdialog in der DRJV | Von Dialogen, Monologen und Versuchen, einander zu verstehen – Arbeit im Zeichen der Verständigung

Oesten Baller, Burkhard Breig (Hrsg.)

Justiz in Mittel- und Osteuropa

Eine unabhängige und funktionsfähige Justiz ist eine unverzichtbare Voraussetzung für einen demokratischen Rechtsstaat und eine stabile wirtschaftliche Entwicklung. In den beiden größten Ländern im postsowjetischen Raum, in Russland und der Ukraine, ist es ein weiter Weg hin zu einer unabhängigen Justiz, gerade wenn man die gerichtliche Kontrolle des Präsidenten und der Regierung in den Blick nimmt. Aber auch in Ungarn und Polen, Mitglieder der Europäischen Union seit 2004, ist die Verfassungsjustiz auf Grund zunehmenden politischen Drucks in ihrer Unabhängigkeit bedroht. Juristen aus diesen Ländern sowie aus Deutschland und aus Israel untersuchen unterschiedliche Fragen des Zustands und der Entwicklung der Justiz, primär in den Ländern Russland, Ukraine, Polen und Ungarn. Ein Schwerpunkt ist die Rechtsentwicklung in Russland, vor allem die sehr umstrittene Abschaffung des russischen Obersten Arbitragegerichts und die Übertragung seiner Funktionen auf das Oberste Gericht.

2017, 180 S., 2 s/w Abb., kart., dt./engl., 39,– €, 978-3-8305-3777-9
eBook PDF 35,– €, 978-3-8305-2214-0
(Recht, Sicherheit und Verwaltung in internationaler Perspektive, Bd. 5)
ISSN Print: 2367-086X
ISSN Online: 2367-0878

Veronika Horrer
Вероника Хоррер

Richterliche Unabhängigkeit in der Russischen Föderation

Независимость судей в Российской Федерации

Nach der 1000-jährigen russischen Geschichte eines autokratischen Imperiums ist die Zeit seit 1991 nur ein Hauch von Geschichte. Umso bemerkenswerter ist der fortschrittliche normative Aufbau des Rechtsstaates in der Russischen Föderation, den die Autorin detailliert darlegt. Die richterliche Unabhängigkeit ist im geschriebenen Verfassungsrecht und in Gesetzen normativ anerkannt, indes bremsen gesellschaftliche Strukturbedingungen die Umsetzung heftig aus. Verfassung und Recht haben traditionell keinen besonderen Stellenwert in Russland, starke autokratische Traditionen lassen sich bislang nicht effektiv einschränken. Das positive Recht der Verfassung ist also nur ein Steuerungsmedium für die Herstellung und Förderung gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Diese wird erst real entfaltet durch soziale, ökonomische und gesellschaftliche, also strukturelle Voraussetzungen für Gerechtigkeit jenseits der Formalität des Gesetzesstaates: Erst chancengleiche Wohlstandsverteilung und Mitbestimmung für alle schaffen reales Erleben des Nutzens von Rechtsstaatlichkeit. Konkrete Empfehlungen weisen den Weg zu dringlichen Justizreformen – überall auf der Welt.

2017, 337 S., kart., dt./russ., 59,– €, 978-3-8305-3707-6
eBook PDF 53,– €, 978-3-8305-4000-7
(Gesellschaft versus Recht)
ISSN Print: 2509-4416
ISSN Online: 2509-4424

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin und Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V. Bonn (Hrsg.)

Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation (Vierter Teil) von 2016

herausgegeben von Herwig Roggemann und Wilfried Bergmann, eingeleitet und übersetzt von Elena Dubovitskaya

Der vierte Teil des Russischen Zivilgesetzbuches über das Geistige Eigentum, der am 01.01.2008 in Kraft trat, ist für die Kommunikation in Wissenschaft, Kultur und Technik von großer praktischer Bedeutung. Aufgrund der rasch fortschreitenden Digitalisierung war bereits kurz nach Verabschiedung des Gesetzestextes eine Anpassung an die neuen Gegebenheiten geboten. Die neuen Regelungen haben auch für den umstrittenen Schutz der Autoren in Russland einen akzeptablen vorläufigen Kompromiss gefunden.
Die vorliegende Übersetzung, versehen mit zahlreichen Kommentierungen, hat diese Neuerungen eingearbeitet und gibt den BenutzerInnen ein Werk an die Hand, das die aktuelle Gesetzgebung bis zum 31.3.2016 berücksichtigt. Zusammen mit den drei vorangegangenen Bänden steht der wissenschaftlichen Diskussion und der Rechtsvergleichung nun das gesamte erneuerte Zivilrecht in deutscher Übersetzung zur Verfügung.

2016, 328 S., kart., 49,– €,
978-3-8305-3476-1
eBook PDF 45,– €, 978-3-8305-2194-5
(Quellen zur Rechtsvergleichung
aus dem Osteuropa-Institut
der Freien Universität Berlin, Bd. 44d)
ISSN Print: 2509-2634
ISSN Online: 2509-2642

László Sólyom

Das Gewand des Grundgesetzes

Zwei Verfassungsikonen – Ungarn und Deutschland

Verfassungen haben eine symbolische Funktion. In sorgfältig konzipierten Prachtausgaben eines Grundgesetzes kommt diese Symbolik besonders zum Ausdruck – ihre Gestaltung verrät viel über die Natur und Ideologie des gegebenen Regimes.
Unter diesem Gesichtspunkt vergleicht László Sólyom, Verfassungsrechtler und ehemaliger Staatspräsident Ungarns, das deutsche Grundgesetz und das neue Grundgesetz Ungarns. Während die deutsche Grundgesetz-Ausgabe in ihrer Schlichtheit den Bruch mit der Vergangenheit ausdrückt und durch den puren Gesetzestext die Herrschaft des Rechts betont, ist die ungarische Prachtausgabe ein historisches Bilderbuch, das vor allem auf die Weckung von Nationalstolz zielt, und in dem der Text des höchsten Gesetzes des Landes eine Nebenrolle spielt. Obwohl das ungarische Grundgesetz seitdem ziemlich umfangreich geändert wurde, wird zu seiner Popularisierung weiterhin die originale Prachtausgabe gedruckt und verteilt. Die mit dieser Ausgabe angestrebte Symbolwerdung der Verfassung scheitert also, die Prachtausgabe ist nun höchstens das Symbol der symbolschaffenden Absicht.

2017, 38 S., 1 s/w Abb., 6 farb. Abb., kart., 14,– €, 978-3-8305-3768-7

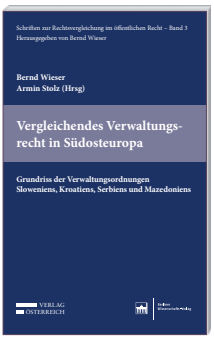
Bernd Wieser, Armin Stolz (Hrsg.)

Vergleichendes Verwaltungsrecht in Südosteuropa

Grundriss der Verwaltungsordnungen Sloweniens, Kroatiens, Serbiens und Mazedoniens

Dieses Werk setzt sich zum Ziel, die grundlegenden Strukturen des Verwaltungsrechts in den Reformstaaten Südosteuropas darzustellen. Der Band beinhaltet nach Ländern getrennte Überblicksaufsätze über folgende Rechtsbereiche: Verwaltungsorganisation, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsgerichtsbarkeit und ausgewählte Bereiche des materiellen Verwaltungsrechts (Gewerberecht, Raumordnungsrecht, Baurecht, Ausländergrunderwerbsrecht). Die einzelnen Beiträge folgen einer vorgegebenen Grobgliederung. Die Länderberichte werden jeweils um einen vergleichenden Aufsatz ergänzt. Das Buch stellt fundierte Informationen für investitionsbereite Unternehmer sowie für Rechtsanwälte und Wirtschaftstreuhänder bereit. Zugleich dient es als Lehrbuch für interessierte Studierende und als Nachschlagewerk für den wissenschaftlich arbeitenden Ostrechtsforscher.

2017, 848 S., 8 s/w Abb., 1 s/w Tab., geb., 115,75 €, 978-3-8305-3746-5



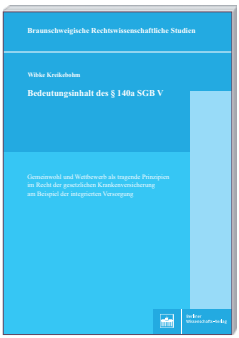
Wibke Kreikebohm

Bedeutungsinhalt des § 140a SGB V

Gemeinwohl und Wettbewerb als tragende Prinzipien im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung am Beispiel der integrierten Versorgung

Im Spannungsverhältnis zwischen Gemeinwohl und Wettbewerb: Patienten in der gesetzlichen Krankenversicherung fordern eine immer bessere medizinische Versorgung, die allerdings auch immer mehr finanzielle Mittel verschlingt. Die Einführung der integrierten Versorgung nach § 140a SGB V im Jahr 2004 wollte hier Abhilfe schaffen und trotz steigender Kosten im Gesundheitssystem eine adäquate Versorgung insbesondere auch chronisch kranker Patienten sicherstellen.
Orientiert sich die gesetzliche Krankenversicherung in diesen Vorschriften an Gemeinwohlaspekten oder eher am Wettbewerbsgedanken? Wibke Kreikebohm untersucht die Zukunftschancen und -risiken der integrierten Versorgung. Sie klärt, welche Bestandteile für deren Gelingen zwingend notwendig sind, welche noch ausgebaut oder geschaffen werden müssen und definiert einen handhabbaren und nachvollziehbaren Anwendungskanon des § 140a SGB V.

2018, 282 S., 2 s/w Abb., 3 s/w Tab., kart., 49,– €, 978-3-8305-3824-0
eBook PDF 46,– €, 978-3-8305-2979-8
(Braunschweigische rechtswissenschaftliche Studien)
ISSN Print: 2367-0576
ISSN Online: 2367-0584



Ralf Kreikebohm, Uwe Kolakowski, Svenja Kockert, Jürgen Rodewald

Die rentenpolitische Agenda

Die Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Alterssicherung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen

Nach der Reform ist vor der Reform. Diese Erkenntnis gilt auch für die Alterssicherung in Deutschland. Nachdem im Jahr 2014 mit dem Rentenpaket das finanziell umfangreichste Leistungspaket in der Rentenversicherung verabschiedet wurde, ist keineswegs Ruhe an der Rentenfront eingekehrt. Im Gegenteil: die Bewährungsprobe für die Zukunftsfähigkeit der umlagefinanzierten Rentenversicherung wird erst ab 2020 kommen. Auf kommende Probleme und Lösungen für den wichtigsten Eckpfeiler der Alterssicherung gehen die Autoren ein.
In der Analyse der Ausgangslage greifen sie insbesondere das Normalarbeitsverhältnis auf und schildern, wie sich die gesellschaftlichen Grundlagen der Sozialversicherung schon verändert haben und noch verändern werden (Stichwort Arbeit 4.0). Daran anknüpfend entwerfen sie Lösungen für die gesetzliche Alterssicherung, die vom auskömmlichen Leistungsniveau über Flexibilisierung des Renteneintritts bis hin zu Veränderungen bei Prävention und Rehabilitation reichen.

2016, 234 S., 16 s/w Abb., 14 s/w Tab., geb., 39,– €, 978-3-8305-3614-7
eBook PDF 34,99 €, 978-3-8305-2121-1
(Braunschweigische Rechtswissenschaftliche Studien)
ISSN Print: 2367-0576
ISSN Online: 2367-0584

Braunschweigische Rechtswissenschaftliche Studien

In der Reihe „Braunschweigische Rechtswissenschaftliche Studien“ werden Kommentare, Monographien und Sammelbände veröffentlicht, die explizit praxisorientiert einer dezidierten Methodenstrenge verpflichtet sind, was die Anwendung der juristischen Auslegungsregeln und die Einbeziehung von Erkenntnissen aus anderen Wissenschaftsdisziplinen anbelangt.
Das Spektrum reicht von grundlegenden verfassungsrechtlichen Fragestellungen bis zu Ausprägungen des Besonderen Verwaltungsrechts wie etwa dem Wissenschaftsrecht, dem Umweltrecht und dem Recht der Erneuerbaren Energien.

ISSN Print: 2367-0576
ISSN Online: 2367-0584

HERAUSGEBER

Prof. Dr. Edmund Brandt

Prof. Dr. Andreas Klees

Prof. Dr. Hans Walter Louis

Dr. Ulrich Smeddinck

Prof. Dr. Lothar Hagebölling

IN PLANUNG

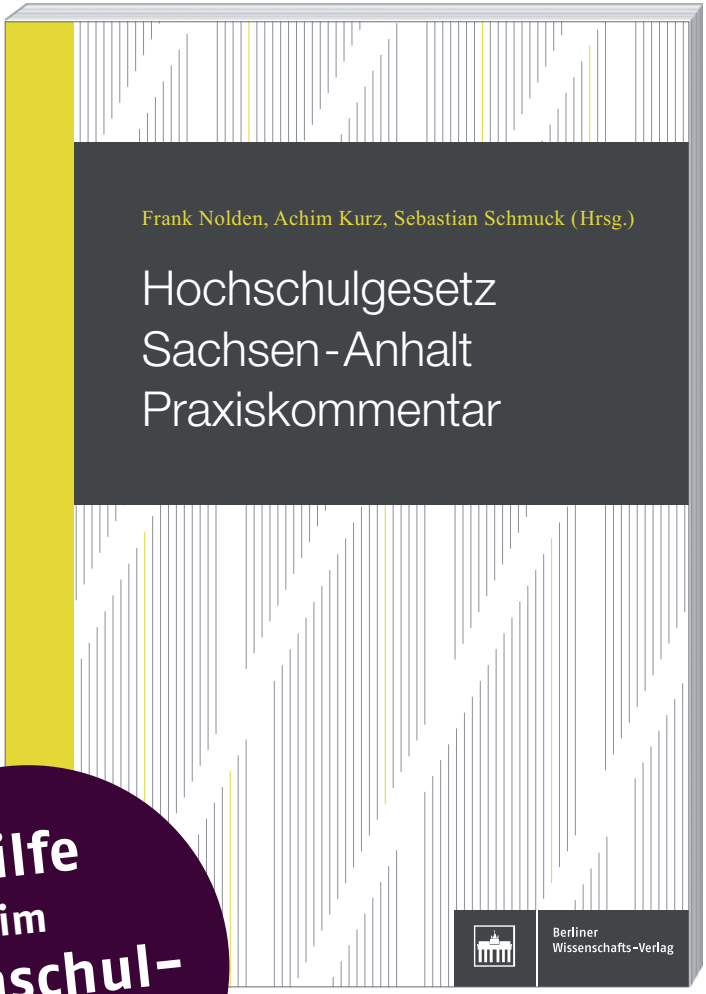
Ralf Kreikebohm, Uwe Kolakowski, Svenja Kockert, Jürg Rodewald

Die rentenpolitische Agenda 2030

2. Auflage

Lothar Hagebölling

Gebietsreformen auf kommunaler Ebene



Hilfe im Hochschul-alltag

Frank Nolden, Achim Kurz, Sebastian Schmuck (Hrsg.)

Hochschulgesetz Sachsen-Anhalt Praxiskommentar

Mit dem Wegfall der bundesseitigen Rahmengesetzgebung steigt die Bedeutung des Hochschulrechts der Bundesländer. Die neu gewonnenen Gestaltungsspielräume erlauben diesen, die Unterstützung für die eigenen Hochschulen sowie deren Handlungsfähigkeit wirkungsvoll auszubauen.
Die Übertragung von mehr Autonomie und Selbstverwaltung auf die Hochschulebene war dementsprechend auch Ziel des sachsen-anhaltinischen Gesetzgebers, als er das Landeshochschulrecht mit dem Hochschulgesetz vom 5.5.2004 grundlegend änderte. Die „kleine“ Novelle des Gesetzes vom Dezember 2010 knüpfte an diesen Reformgedanken an. Der Praxiskommentar stellt das aktuell geltende Recht dar, inklusive der Rechtsprechung der Obergerichte sowie der Bestandsliteratur. Die Autorinnen und Autoren geben Handlungsempfehlungen für den Rechtsanwender. Somit bietet der Praxiskommentar nicht nur ein zuverlässiges Hilfsmittel für aufkommende Fragen im Hochschulalltag, sondern leistet auch einen Beitrag zu der kürzlich wieder in Gang gekommenen Reformdebatte in Sachsen-Anhalt.

2018, 569 S., kart., 82,– €,
978-3-8305-3825-7
eBook PDF 74,– €, 978-3-8305-2994-1

DIE HERAUSGEBER

Professor Dr. iur. Frank Nolden, geb. 1963, studierte Betriebswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften in Kiel und Lausanne. 2005– 2013 Kanzler der Universität Leipzig. Seit September 2013 Rektor der Hochschule Meißen, mittlerweile in der zweiten Amtsperiode. Seit 2015 Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht sowie Öffentliches Wirtschaftsrecht.

Dr. iur. Achim Kurz, geb. 1956, studierte Rechtswissenschaften in Freiburg i. Br. und Lausanne. Referendariat in Berlin. Seit 1987 Rechtsanwalt. Promotion 1990 an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. Fachanwalt für Verwaltungsrecht. Lehrbeauftragter an der Juristenfakultät der Universität Leipzig.

Dr. iur. Sebastian Schmuck, geb. 1979, studierte Rechtswissenschaft in Leipzig, 2004-2006 Referendariat in Leipzig und Prag, seit 2006 Rechtsanwalt, 2010 Promotion an der Juristenfakultät der Universität Leipzig, seit 2011 Fachanwalt für Verwaltungsrecht in der Kanzlei KurzSchmuck Rechtsanwälte in Leipzig, Lehrbeauftragter an der Juristenfakultät der Universität Leipzig.

HERAUSGEBERINTERVIEW

- **WAS IST DAS BESONDERE AN IHREM PRAXISKOMMENTAR?**

Unsere Autoren sind als Rektor, Kanzler, Hochschullehrer, Mitarbeiter der Hochschulverwaltung und Rechtsanwälte in den verschiedenen Bereichen des Wissenschaftsbetriebs tätig. Deshalb konnten wir umfassende praktische Erfahrungen für die tägliche Arbeit an den Universitäten und Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt in den Kommentar einfließen lassen, der damit ein zuverlässiges Hilfsmittel für den Hochschulalltag darstellt.

- **DIE HERAUSGEBER DES KOMMENTARS WOHNEN UND ARBEITEN IN SACHSEN. WARUM ALSO SACHSEN-ANHALT?**

Prof. Dr. Achim Kurz und Dr. Sebastian Schmuck beraten und vertreten Hochschulen auch in Sachsen-Anhalt. Sie verfügen daher über große Erfahrung bei der praktischen Umsetzung des Hochschulgesetzes Sachsen-Anhalt. Herr Prof. Dr. Frank Nolden hat als Rektor und ehemaliger Kanzler in Sachsen seine Erkenntnisse im Vergleich der beiden Länderregelungen in den Praxiskommentar einfließen lassen.

Albrecht Jaus

Öffentliche Belange als Schranken von Informationszugangsansprüchen

Eine Untersuchung der Beschränkungsgründe wegen öffentlicher Belange in den Informationsfreiheitsgesetzen, den Umweltinformationsgesetzen und dem Verbraucherinformationsgesetz

Voraussetzungslose Informationszugangsansprüche von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber öffentlichen Stellen nehmen in Praxis und Theorie des öffentlichen Rechts einen immer wichtigeren Raum ein.
Zentrale Gesetze sind die Informationsfreiheitsgesetze und die Umweltinformationsgesetze von Bund und Ländern sowie das Verbraucherinformationsgesetz des Bundes. Entscheidend für die Reichweite dieser drei Arten von Informationszugangsgesetzen sind insbesondere deren Beschränkungsgründe wegen öffentlicher Belange. Sie bestimmen, was der Staat auch in Zeiten prinzipieller Verwaltungstransparenz geheim halten möchte.
Doch wie sind diese Beschränkungsgründe im Einzelnen in Bund und Ländern geregelt? In welchem historischen Kontext stehen sie und wie lassen sie sich kategorisieren und auslegen? Welche Probleme treten bei der Anwendung der Beschränkungsgründe durch Behörden und Gerichte auf und wie lassen sich die Gesetze de lege ferenda verbessern? Diesen Fragen geht die vorliegende Untersuchung nach.

2016, 360 S., kart., 69,– €,
978-3-8305-3639-0
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Öffentliches Recht, Bd. 35)
eBook PDF 62,– €, 978-3-8305-2199-0
ISSN Print 2366-9802
ISSN Online 2366-9810

Philipp-Lennart Krüger

Transparenzverlust durch Wahl privater Rechtsformen?

Privatrechtlich organisierte Unternehmen der öffentlichen Hand als Adressaten öffentlich-rechtlicher Informationszugangsansprüche

Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes und die Informationsfreiheitsgesetze der Länder verfolgen das Ziel, durch einen voraussetzungslosen Informationsanspruch der Öffentlichkeit das Transparenzniveau staatlichen Handelns zu erhöhen. Informationsanfragen können sich allerdings nicht nur gegen Behörden, sondern auch gegen privatrechtlich organisierte Unternehmen der öffentlichen Hand richten. Angesichts des ungebrochenen Trends zur Wahl privater Organisationsformen bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben geht diese Arbeit daher der Frage nach, inwieweit diese in den Informationsfreiheitsgesetzen als informationspflichtige Stellen erfasst werden. Hierbei werden neben dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes und den entsprechenden Ländergesetzen auch der presserechtliche Auskunftsanspruch sowie das Archivrecht in die Analyse einbezogen. Der anschließende Rechtsvergleich mit dem US-amerikanischen Freedom of Information Act erweitert die Perspektive der Untersuchung. Auf Grundlage der Analyse wird ein eigener Vorschlag für die Behandlung privatrechtlich organisierter Unternehmen der öffentlichen Hand im deutschen Informationsfreiheitsrecht präsentiert.

2016, 308 S., kart., 62,– €,
978-3-8305-3712-0
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Öffentliches Recht, Bd. 36)
ISSN Print: 2366-9802
ISSN Online: 2366-9810

Florian O. Dammer

Verlöbnis als Einrichtungsgarantie

Zum Schutze des Rechtsinstituts Verlöbnis und der damit verbundenen Privilegien durch Art. 6 Abs. 1 GG

Dass die Verlobung mehr als ein alter Brauch im Rahmen der Hochzeitsvorbereitungen ist, ist heute vielen nicht mehr bekannt. Dabei ist das Verlöbnis in Deutschland sogar ein Rechtsinstitut, das in den §§ 1297–1302 BGB zwar ein Schattendasein fristet, aber mit teilweise erstaunlichen rechtlichen Konsequenzen und Privilegien verbunden ist. Die Existenz einiger dieser Privilegien, allen voran die des Zeugnisverweigerungsrechts für Verlobte, steht immer wieder in der Kritik und bedarf heute mehr denn je der Rechtfertigung angesichts einer oft behaupteten Antiquiertheit und Bedeutungslosigkeit dieses Rechtsinstituts.
Das Verlöbnis ist jedoch mehr als ein rechtshistorisches Relikt. In der Diskussion über Änderungen oder gar die Abschaffung des Verlöbnisrechts muss stets auch die verfassungsrechtliche Ebene in den Blick genommen werden, argumentiert Florian O. Dammer, da er das Verlöbnis in Art. 6 Abs. 1 GG neben Ehe und Familie als schützenswertes Institut garantiert sieht. Unter diesem Gesichtspunkt analysiert er den Handlungsspielraum des Gesetzgebers für eine künftige Anpassung des Verlöbnisrechts.

2017, 211 S., kart., 42,– €,
978-3-8305-3809-7
eBook PDF 38,– €, 978-3-8305-2243-0
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Öffentliches Recht. Bd. 37)
ISSN Print 2366-9802
ISSN Online 2366-9810

Berliner Juristische Universitätsschriften

An der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität findet seit der Gründung 1993 eine große Zahl von wissenschaftlichen Arbeiten in Form von Inaugural-Dissertationen ihren Abschluss. Ganz besonders ausgezeichnete Arbeiten werden in der Schriftenreihe der Juristischen Fakultät veröffentlicht. Diese wird im Auftrag der Fakultät herausgegeben und erscheint seit ihrer Gründung im Dezember 1994 unter der Bezeichnung Berliner Juristische Universitätsschriften im Berliner Wissenschafts-Verlag.

DIE SCHRIFTENREIHE IST IN VIER UNTERREIHEN AUFGETEILT:

Grundlagen des Rechts

Herausgeber: Prof. Dr. Michael Kloepfer, Prof. Dr. Gerhard Werle, Prof. Dr. Rainer Schröder (bis 2015)

ISSN Print: 2366-9780
ISSN Online: 2366-9799

Zivilrecht

Herausgeber bis 2015: Prof. Dr. Rainer Schröder

ISSN Print: 2367-0398
ISSN Online: 2367-0401

Öffentliches Recht

Herausgeber: Prof. Dr. Michael Kloepfer

ISSN Print: 2366-9802
ISSN Online: 2366-9810

Strafrecht

Herausgeber: Prof. Dr. Gerhard Werle

ISSN Print: 2367-0371
ISSN Online: 2367-038X

Lisa Diener

Umlagefinanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs

Konzepte und aktuelle Fragestellungen

Die aktuelle Finanzierungssituation des öffentlichen Personennahverkehrs ist unbefriedigend. Auslaufende Bundesmittel sorgen für Unsicherheit, die Ticketpreise sind vielerorts am oberen Limit und die kommunalen Haushalte schreiben rote Zahlen. Vor diesem Hintergrund ist die Fortführung der ÖPNV-Finanzierung ein intensiv diskutiertes Thema, mit dem sich Wissenschaft, Politik, Verbände und Verkehrsunternehmen seit einigen Jahren beschäftigen. Klar ist nur: Die gegenwärtige Finanzierung durch Fahrkartenerlöse und staatliche Zuschüsse hat keine Zukunft. Expertinnen und Experten schlagen stattdessen eine verstärkte Umlagefinanzierung unter Einbeziehung aller Nutzer vor. Dazu gehören neben den Fahrgästen auch alle Nutznießer wie Unternehmen, Eventveranstalter oder Auto- und Radfahrende. In den letzten Jahren wurden deshalb unterschiedliche Konzepte entwickelt, um die Kosten des ÖPNV auf alle Nutzer umzulegen.

Dieser Beitrag bietet eine Übersicht über diese Vorschläge und wirft die rechtlichen Fragen auf, die vor einer Umsetzung geprüft werden müssen. Damit soll die Grundlage für eine anschließende juristische Begutachtung der Konzepte geschaffen werden.

2016, 48 S., 1 s/w Abb., 6 s/w Tab., kart., 12,– €, 978-3-8305-3676-5
eBook PDF 9,99 €, 978-3-8305-2145-7
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, Nr. 1/2016)
ISSN Print: 2190-5606
ISSN Online: 2367-0835

ÖFFENTLICHES RECHT

Thomas Gawron, Ralf Rogowski

Verfassungsgerichte als Konfliktlöser

Ein rechtssoziologischer Vergleich des U.S. Supreme Courts und des deutschen Bundesverfassungsgerichtes

Diese Untersuchung stellt den Beitrag der rechtsoziologischen Justizforschung für den Vergleich von Verfassungsgerichten heraus. Sie sieht Verfassungsgerichte als Konfliktlöser und widmet dabei der Bewältigung von Routinefällen und deren gerichtlicher Bearbeitung besondere Aufmerksamkeit. Schwerpunkte einer justizsoziologischen Analyse sind das Management des Fallaufkommens, dessen gerichtsförmige Bewältigung, die organisatorischen Strukturen sowie Arbeitsroutinen, die sich in Prozessen der Entscheidungsfindung und Folgenberücksichtigung herausgebildet haben. Der rechtssoziologische Ansatz benutzt das Konzept des dispute processing für die Analyse von Gerichtsverfahren und versteht dementsprechend Verfassungsgerichtsverfahren als eine Abfolge von Konfliktlösungsphasen. Es werden die drei Phasen der Mobilisierung, Entscheidungsfindung und Implementation unterschieden und diese analytische Differenzierung für den Verfassungsgerichtsvergleich benutzt. Die Analyse zielt darüber hinaus auf die Austauschprozesse mit dem politischen System, um den Grad der Politisierung am U.S. Supreme Court und am deutschen Bundesverfassungsgericht vergleichen zu können.

2016, 42 S., 3 s/w Tab., kart., 12,– €, 978-3-8305-3625-3
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, Nr. 3/2015)
ISSN Print: 2190-5606
ISSN Online: 2367-0835

Johanna Büstgens

Transparenz und Öffentlichkeit gemischter Schiedsverfahren

Spätestens seit den Auseinandersetzungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen gehören Transparenz und Öffentlichkeit zu den wesentlichen Themen bei abkommensbasierten Investitionsschiedsverfahren. Im Gegensatz zu dieser Entwicklung zeichnen sich Handelsschiedsverfahren rein praktisch noch immer durch ihre Nichtöffentlichkeit und Vertraulichkeit aus – ein Umstand, der der Kontrolle staatlichen Handelns durch Parlament und Öffentlichkeit entgegenzulaufen scheint.
Johanna Büstgens untersucht die rechtlichen Grundlagen dieses anspruchsvollen Spannungsverhältnisses und kommentiert die neuen UNCITRAL-Transparenzregeln. Besonderes Augenmerk legt sie u. a. auf die Begriffe des öffentlichen Interesses und der Legitimität als Antriebsmotoren für die beschriebenen Änderungen. In einen größeren Kontext gesetzt, geht die Autorin der Frage nach, ob die in der abkommensbasierten Investitionsschiedsgerichtsbarkeit angestellten Erwägungen auch für sonstige Schiedsverfahren unter der Beteiligung einer staatlichen Partei gelten.

2017, 394 S., kart., 63,– €,
978-3-8305-3778-6
eBook PDF 56,50 €, 978-3-8305-2228-7

RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig

Auf einer Reihe von Handlungsfeldern – so im Energie- und Umweltsektor, bei der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, aber auch bei Grundsatzfragen der Rechtsmethodik sowie der Klärung des Verhältnisses zu Nachbardisziplinen – leistet das Institut für Rechtswissenschaften der Technischen Universität Braunschweig Beiträge zur aktuellen Diskussion. Die Rechtswissenschaftlichen Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig (RATUBS) sind dafür ein wichtiges Forum.

ISSN Print: 2190-5606
ISSN Online: 2367-0835

HERAUSGEBER

Prof. Dr. Edmund Brandt
apl. Prof. Dr. Ulrich Smeddinck

IN PLANUNG

Thomas Gawron

Bundesverfassungsgericht und Religionsgemeinschaften

978-3-8305-3846-2

Thomas Gawron

Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen und räumliche Planung

Edmund Brandt

Stand und Perspektiven der Rechtswissenschaften

978-3-8305-3875-2

Edmund Brandt

Materialien zur Energiewende

978-3-8305-3869-1

Dimitri Immermann

Die Stiftung Datenschutz

Eine verfassungs-, stiftungs- und datenschutzrechtliche Betrachtung

Die Stiftung Datenschutz ist eine im Jahr 2013 von der Bundesrepublik Deutschland gegründete gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Bereits im Vorfeld der Stiftungserrichtung zeichneten sich für staatliche Stiftungen nicht untypische Probleme wie eine anfängliche Unterkapitalisierung im Hinblick auf den Stiftungszweck und eine mangelnde Stiftungsautonomie ab. Datenschutzbehörden und auch die Opposition machten auf diese Problematik aufmerksam, die berechtigte Kritik blieb jedoch ohne Beachtung. Die anfängliche Fehlplanung gipfelte schließlich sogar in dem Vorhaben, die Stiftung kurz nach der Errichtung wieder abzuwickeln und in die Stiftung Warentest zu „integrieren“.
Dimitri Immermann illustriert diesen insgesamt fraglichen Vorgang und führt ihn einer rechtlichen Bewertung zu, bevor er abschließend konkrete Verbesserungsvorschläge insbesondere in Bezug auf die Stiftungssatzung aufzeigt. Die herausgearbeiteten Lösungsansätze können auch allgemein für Errichtungen zukünftiger staatlicher Stiftungen von Nutzen sein.

2017, 194 S., 1 s/w Abb., kart.,
42,– €, 978-3-8305-3793-9
eBook PDF 38,– €, 978-3-8305-2223-2

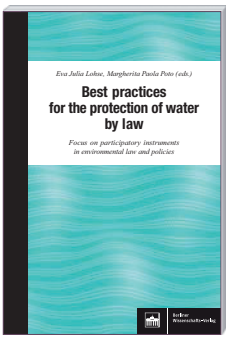
Eva Julia Lohse,
Margherita Paola Poto (eds.)

Best practices for the protection of water by law

Focus on participatory instruments in environmental law and policies

“Water is life” – but at the same time it is an economic asset, an environmental good, a traffic route. These different types of uses have to be taken into account by modern water law and a modern administrative practice. Young experts in the fields of environmental and economic law discuss current issues of liberalisation of water markets from a comparative perspective against the background of increased environmental requirements for the safeguard of water quality and a consideration of the access to (clean) water from a human rights point of view.
Especially the environmental and human rights aspects are reflected in demands for participation of the general public in state decisions on water management. The possibilities and limits of participative instruments are a recurring theme in the contributions, starting with the EU Citizens’ Initiative “Right2Water”, continuing with legal questions about the sale of bottled water, on to the involvement of municipalities in an environmentally friendly and demand-oriented supply of drinking water.

2017, 156 S., kart.,
34,– €, 978-3-8305-3774-8
eBook PDF 31,– €, 978-3-8305-2229-4



Martin Manzel

Das Recht auf Verteidigerkonsultation im deutschen und türkischen Wehrdisziplinarrecht unter Berücksichtigung der Vorgaben des Art. 6 EMRK

Wer in einem staatlichen Verfahren beschuldigt wird, darf sich verteidigen. Dieser Grundsatz gehört zu den Grundprinzipien eines fairen Verfahrens und ist Teil unseres Rechtsstaatsverständnisses. Allerdings, und das macht es schwierig, wissen die meisten Menschen nicht, wie sie sich in solchen Situationen richtig und effektiv verteidigen können, sodass nur durch die Hilfestellung eines Verteidigers sichergestellt werden kann, dass der Beschuldigte auch wirklich ein faires Verfahren erhält.

Martin Manzel befasst sich mit der Frage, wie das Recht auf Verteidigerkonsultation im deutschen und türkischen Wehrdisziplinarrecht ausgestaltet wird und untersucht sämtliche Verfahrensabschnitte der militärischen Disziplinarverfahren beider Länder. Als gemeinsamer Rechtsrahmen, der sowohl in Deutschland als auch in der Türkei gilt, dient die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die in Art. 6 EMRK ebenfalls das Recht auf ein faires Verfahren garantiert. Während in der Türkei die Wehrdisziplinarrechtsreform von 2013 EMRK-Konformität herstellte, herrscht gerade in Deutschland diesbezüglich noch Handlungsbedarf.

2018, 396 S., 5 s/w Tab., kart., 64,– €,
978-3-8305-3742-7
eBook PDF 58,– €, 978-3-8305-2191-4
(Deutsch-Türkische Rechtsstudien, Bd. 11)
ISSN Print: 2367-0592
ISSN Online: 2367-0606

ÖFFENTLICHES RECHT

**Peter-Christian Müller-Graff,
Hans Petter Graver, Ola Mestad (eds.)**

European Law and National Constitutions

The relationship between European law (EC law and EEA law) and national constitutions is a long standing issue of controversial discussion. The occasion of the 200th anniversary of the Norwegian constitution of Eidsvoll (Grunnloven), which was enacted in the aftermath of the Kieler Frieden, gave rise to a comparison of four central elements of this relationship in view of the German and Norwegian constitution and in comparison with EEA law and EU law. The eight contributions of this volume analyse the development of statehood, federalism, the rule of law (Rechtsstaatlichkeit) and democracy in the light of the objectives and the reality of European integration. They deal with the inalienable core of German statehood in the course of European integration, the development of Norwegian Constitutionalism in Europe, the German Federation within the structure of Union law and politics, the issue of EEA law as a federal legal order, the relationship between the idea of Rechtsstaatlichkeit and the development of the Norwegian constitution, the aspects of power shifts in the light of democracy and legitimacy in the context of the financial crisis, the relationship between EEA EFTA States and EU Agencies and the constitutional objectives of the European Union.

2016, 278 S., kart., ger./engl., 59,– €,
978-3-8305-3718-2
eBook PDF 53,– €, 978-3-8305-2200-3
(Deutsch-Norwegisches Forum des Rechts, Bd. 11)
ISSN Print: 2366-8989
ISSN Online: 2366-8997

Torsten Schmidt

Schulnetzplanung

Verfassungs-, europa-, völker- und verwaltungsrechtliche Fragen der räumlichen Planung des Schulwesens dargestellt an der Schulnetzplanung im sächsischen Schulrecht

Das Buch stellt den rechtlichen Rahmen der Schulnetzplanung – in einzelnen Bundesländern als Schulentwicklungsplanung bezeichnet – am Beispiel des sächsischen Schulrechts dar. Die Untersuchung zeigt auf, dass auch die Schulnetzplanung als räumliche Planung des Schulwesens eine sog. Fachplanung im engeren Sinne ist und mit der zum Fachplanungsrecht entwickelten Methodik rechtlich handhabbar und überprüfbar wird. Der Autor macht deutlich, dass auch die räumliche Planung des Schulwesens durch einen rechtlichen Rahmen vorgeprägt wird, der nicht nur dem jeweiligen Schulrecht der Länder zu entnehmen ist, sondern sich aus dem Verfassungsrecht sowie aus europa- und völkerrechtlichen Normen ergibt.
Die schulrechtlichen Bestimmungen des sächsischen Schulrechts zur Einrichtung, Änderung und Aufhebung öffentlicher Schulen, zur Schulnetzplanung und zu den Anforderungen an die Klassenbildung werden dargestellt und umfassend ausgelegt.
Die Untersuchung geht dabei ausführlich auf die Situation des sorbischen Schulwesens in Sachsen ein. Aufgezeigt wird, dass die sächsische Schulrechtsgeschichte vergleichbare Planungsinstrumente nicht kennt.
Ausgezeichnet mit dem Carl-Goerdeler-Preis und dem Dr.-Feldbausch-Preis.

2016, 890 S., 9 s/w Tab., geb.,
119,– €, 978-3-8305-3034-3
eBook PDF 106,99 €, 978-3-8305-2107-5
(Verwaltungsrecht und Verwaltungspraxis, Bd. 8)
ISSN Print: 2366-908X
ISSN Online: 2366-9098

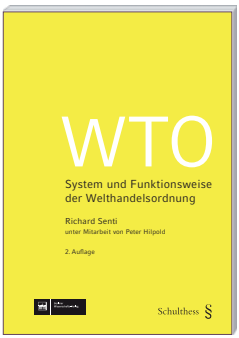
Richard Senti, Peter Hilpold (Hrsg.)

WTO

System und Funktionsweise der Welthandelsordnung

Die vorliegende Veröffentlichung bietet einen Gesamtüberblick über das aktuell geltende Recht der WTO. In einem interdisziplinären Ansatz stellt die Zweitauflage die ökonomischen Zusammenhänge dar und analysiert die Welthandelsordnung aus völkerrechtlicher Sicht.
Das Lehrbuch bedingt eine weitgehende Umgestaltung der Darstellung, da in den letzten eineinhalb Jahrzehnten ein weitgehender Perspektivenwechsel erfolgte: Die 2001 eingeleitete Doha-Runde konnte bis heute nicht zum Abschluss gebracht werden, und dennoch hat sich das WTO-Recht zwischenzeitlich in vielem verändert und weiterentwickelt. Von zunehmender Bedeutung sind insbesondere die regionalen Handelsabkommen, die eine immer stärkere Konkurrenz zur WTO-Ordnung darstellen. Auch die Rechtsprechung der WTO-Streitbeilegungsinstanzen verlangt einen neuen Zugang zu dieser Materie.
Grosse Aufmerksamkeit wird zudem der Frage gewidmet, wie sich das WTO-Recht im System des internationalen Wirtschaftsrechts für die Zukunft positioniert.

2017, 528 S., 2 s/w Abb., 19 s/w Tab.,
kart., 82,– €, 978-3-8305-3705-2



Ina Meyfarth

Kooperationen des Finanzanlagenvermittlers und des vertraglich gebundenen Vermittlers zum Vertrieb von Finanzdienstleistungen

Der Vertrieb von Finanzanlageprodukten durch vertraglich gebundene Vermittler und Finanzanlagevermittler stellt einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor für Banken dar. Die Rechtsfragen, die sich daraus ergeben, sind bislang in der bankrechtlichen Literatur nur fragmentarisch behandelt worden. Aufbauend auf einem rechtshistorischen Überblick der Entwicklung des regulatorischen Rahmens bis zur MiFID II legt Ina Meyfarth die Vertriebsstrukturen von Finanzanlageprodukten über Emittenten, Banken, Maklerpools bzw. Haftungsdächern, den angebundenen Vermittlern bis zum Käufer dar. Der Fokus liegt u. a. auf der rechtlichen Bewertung der in der Praxis vorgefundenen Kooperationen und der Haftungslage der verschiedenen Vertriebspartner gegenüber ihren Kunden sowie der Kontrollmechanismen und der Haftungsverteilung zwischen den Akteuren der Vertriebskette. So trägt die Darstellung wesentlich dazu bei, in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht Klarheit in den Vertrieb von Finanzanlageprodukten zu bringen.

2017, 410 S., kart., 65,– €,
978-3-8305-3783-0
eBook PDF 59,– €, 978-3-8305-2242-3
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Zivilrecht, Bd. 74)
ISSN Print 2367-0398
ISSN Online 2367-0401

Ayşegül Küçükdağlı

Unterschiedliche Schutzstandards im Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Eine rechtsvergleichende Analyse des europäischen, deutschen und türkischen Rechts

Über den der AGB-Kontrolle zugrunde liegenden Schutzgrund und die Schutzbedürftigkeit der beteiligten Kundengruppen bestehen komplexe Meinungsverschiedenheiten. Im Fokus dieser Auseinandersetzungen geht es in erster Linie um die Frage, inwiefern Schutz in Verträgen nur an der Verbrauchereigenschaft festgemacht werden oder materiell bestimmt werden, d. h. auch Unternehmen erfassen soll. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass der sachliche und persönliche Anwendungsbereich der Einbeziehungs- und Inhaltskontrolle auf europäischer Ebene, in Deutschland und in der Türkei unterschiedlich beurteilt wird. Somit bestehen verschiedene Schutzansätze bei AGB-Regelungen in den Rechtsordnungen.
Ayşegül Küçükdağlı zeigt die unterschiedlichen Schutzstandards nach europäischem, deutschem und türkischem AGB-Recht auf und analysiert, ob eine Abstufung nach Schutzintensität besteht und gerechtfertigt wird, um abschließend die Auswirkungen der unterschiedlichen Standards auf die Durchführung der Einbeziehungs- und Inhaltskontrollen hin zu untersuchen.

2017, 384 S., kart., 62,– €,
978-3-8305-3794-6
eBook PDF 56,– €, 978-3-8305-2226-3
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Zivilrecht, Bd. 75)
ISSN Print 2367-0398
ISSN Online 2367-0401

Reinhard Singer, Tania Bazzani (eds.)

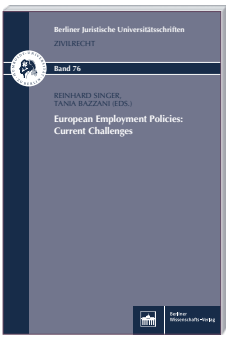
The European Employment Policies: Current Challenges

The book provides an analysis of some aspects of the European employment policies, highlighting selected issues stemming from them, as well as offering some recommendations as to how best to achieve the greatest benefits for EU citizens. The authors focus on three different aspects of the issue: firstly, they outline the difficulties of the social dimension of the EU to be effective and to reach new achievements and suggest remarks for its strengthening; secondly, they explore new forms of work in the gig- and collaborative economy and possible ways to provide protection, which currently is lacking for workers; thirdly, the authors present a comparative analysis of labour market policies and provide elements for a proposal which might increase the European Union's legitimacy in the eyes of its citizens.

Mit Beiträgen von

Prof. Dr. Edoardo Ales, Dr. Tania Bazzani, Prof. Dr. Manfred Weiss, Prof. Dr. Bernd Waas, Prof. Dr. Jeremias Prassl, Prof. Dr. Martin Risak

2018, 155 S., kart., engl., 38,– €,
978-3-8305-3804-2
eBook PDF 34,– €, 978-3-8305-2977-4
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Zivilrecht, Vol. 76)
ISSN Print 2367-0398
ISSN Online 2367-0401



Tania Bazzani

European Employment Policies

Active and Passive LMPs, Domestic Implementation, Current Challenges

Tania Bazzani analyses the relationship between the European Union (EU) employment policies and their domestic implementation through the open method of coordination.
The first part of the book focuses on key concepts at the European level in active and passive labour market policies (LMPs) through their historical development. The second part of the book proposes an analysis of the EU employment policies implementation – in active and passive LMPs – in three Member States: Germany, Italy and Denmark.
By highlighting the different and common tendencies in the last reforms in the field adopted by the mentioned Member States, the book deals with the pending issues in the European Union employment policies implementation and suggests possible solutions.

2017, 210 S., kart., engl., 44,– €,
978-3-8305-3805-9
eBook PDF 40,– €, 978-3-8305-2988-0
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Zivilrecht, Bd. 77)
ISSN Print 2367-0398
ISSN Online 2367-0401

AUCH ERHÄLTLICH ALS ITALIENISCHE AUSGABE

Tania Bazzani

Le Politiche Europee per l'Occupazione: Concetti chiave, Implementazione Nazionale, Attuali Sfide

2017, 220 S., kart., ital., 44,– €,
978-3-8305-3806-6
eBook PDF 40,– €, 978-3-8305-2989-7

Dorian Dorschfeldt

Strafbarkeit von Facilitation Payments

Betrachtung der Strafbarkeit korruptiver Beschleunigungs- und Sicherungszahlungen

Die Arbeit analysiert die Strafbarkeit von Facilitation Payments, bei denen es sich um korruptive Beschleunigungs- und Sicherungszahlungen handelt. Zunächst wird eine Begriffsbestimmung unter Betrachtung der Rechtsordnungen, in denen dieser Begriff verwendet wird (OECD-Konvention gegen die Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr, USA, Australien, Neuseeland, Kanada, Südkorea, Cayman Islands, Vereinigtes Königreich von Großbritannien, Niederlande), vorgenommen. Der Begriffsbestimmung folgt eine Diskussion der Frage, unter welchen Umständen Facilitation Payments als verwerflich anzusehen sind. Dabei wird zwischen Beschleunigungs- und Sicherungsfällen unterschieden, die in der Praxis jedoch vielfach kaum voneinander abgegrenzt werden können. Anhand der Begriffsbestimmung wird die Strafbarkeit von Facilitation Payments im deutschen Recht untersucht. Es wird analysiert, ob und inwieweit sich eine Strafbarkeit nach §§ 331–334 StGB ergibt. Des Weiteren wird die Rechtslage nach den mittlerweile weitestgehend außer Kraft getretenen Regelungen des IntBestG, dem EUBestG und IStGHGleichstG analysiert. Zudem wird die Rechtlage nach § 335a StGB und § 299 StGB betrachtet.

2016, 360 S., kart., 69,– €,
978-3-8305-3660-4
eBook PDF 61,90 €, 978-3-8305-2968-2
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Strafrecht, Bd. 46)
ISSN Print: 2367-0371
ISSN Online: 2367-038X

Katharina Reinhardt

Korruption im Gesundheitswesen

Zur Strafbarkeit von Ärzten bei Kontakten mit der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie de lege lata und de lege ferenda

Korruption im Gesundheitswesen – kaum ein anderes Thema hat spätestens seit der Grundsatzentscheidung des Großen Senats für Strafsachen beim BGH im März 2012 sowohl in den Rechtswissenschaften als auch in Politik und Medien gleichermaßen für Diskussionen gesorgt.
Katharina Reinhardt nähert sich dem Thema unter dem Gesichtspunkt der Strafbarkeit von Ärzten bei Kontakten mit der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie. Ausgehend von einer Darstellung der relevanten sozialrechtlichen Grundlagen untersucht sie zunächst die Erfassung korruptiver Verhaltensweisen unter dem bis zum Juni 2016 geltenden StGB. Dabei zeigt sich, dass die in den Blick genommenen Kooperationsformen nur rudimentär und im Hinblick auf die verschiedenen Ärztegruppen zudem ungleich erfasst sind. Vor diesem Hintergrund betrachtet sie anschließend die in diesem Bereich unternommenen gesetzgeberischen Aktivitäten ausführlich und schließt mit einer Darstellung des nunmehr geltenden § 299a StGB.

2018, 394 S., kart., 63,– €,
978-3-8305-3802-8
eBook PDF 57,– €, 978-3-8305-2987-3
(Berliner Juristische Universitätsschriften: Strafrecht, Bd. 47)
ISSN Print 2367-0371
ISSN Online 2367-038X

Dirk Clausmeier

Die Einstellung von Verfahren mit Auslandsberührung durch die Staatsanwaltschaft

Eine Analyse des § 153c StPO

Nach § 153c StPO kann die Staatsanwaltschaft bei Taten, die einen Auslandsbezug aufweisen, von der Strafverfolgung absehen. Auch wenn die praktische Bedeutung des Paragrafen derzeit noch gering ist, handelt es sich um eine Schlüsselnorm auf dem Gebiet der internationalen Bezüge des Strafprozessrechts. Diese Arbeit richtet sich deshalb neben der Wissenschaft auch an die staatsanwaltschaftliche Praxis.

Unter systematischen Gesichtspunkten werden verschiedene Fallgruppen zusammengefasst, die allesamt nur die einzige Gemeinsamkeit haben, dass sie eine Auslandsberührung aufweisen. Ziel der Untersuchung ist es, zeitgemäße Kriterien für die Auslegung des § 153c StPO sowie klare Maßstäbe für dessen Anwendung zu entwickeln. Der erste Teil dient der Erörterung der dogmatischen, systematischen, historischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen der Norm. In den sich anschließenden vier Teilen werden in Anlehnung an die Gesetzessystematik die einzelnen Fallgruppen des § 153c StPO nacheinander abgearbeitet: die allgemeinen Auslandstaten (Abs. 1 Nr. 1 und 2), die Fälle der §§ 129 und 129a StGB (Abs. 1 Nr. 3), die Fälle des „ne bis in idem“ (Abs. 2) und schließlich die sogenannten Distanztaten (Abs. 3).

2016, 248 S., kart.,
49,– €, 978-3-8305-3643-7
eBook PDF 44,99 €, 978-3-8305-2119-8

STRAFRECHT

Alexandra Kahmen

Die Vorschriften zur Benachrichtigungspflicht gemäß § 101 IV-VI StPO und ihre praktische Umsetzung

Die Frage der Notwendigkeit verdeckter Ermittlungsmethoden ist seit den 1970er Jahren Gegenstand kontroverser rechtspolitischer und rechtswissenschaftlicher Diskussionen und bis heute Gegenstand der bundesverfassungsgerichtlichen Entscheidungen. Anlass der Debatte war nicht zuletzt der rasante technische Fortschritt, der seitens der Strafverfolgungsbehörden bereits Mitte der 70er Jahre den Wunsch aufkommen ließ, mit Hilfe der EDV einen „gesellschaftssanitären“ Auftrag zu erfüllen und weit im Vorfeld der eigentlichen Kriminalität präventiv tätig zu werden.

Alexandra Kahmen widmet sich den Vorschriften zur Benachrichtigung nach Durchführung verdeckter Ermittlungen im Strafprozess gemäß §§ 101 Abs. 4 bis 6, 101a, 101b StPO, die mit Wirkung 2008 grundlegend geändert und 2016 mit der Wiedereinführung der sogenannten Vorratsdatenspeicherung weiter modifiziert wurden. Sie bewertet die Benachrichtigungsvorschriften, die als Ausgleich zum verdeckten Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden notwendig sind, aus rechtlicher Sicht und analysiert anhand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsakten und Experteninterviews die praktische Umsetzung der Vorschriften.

2017, 325 S., 6 s/w Abb., 1 s/w Tab., kart.,
60,– €, 978-3-8305-3747-2
eBook PDF 54,– €, 978-3-8305-2253-9

DIE JAHRBÜCHER

Mit dem jeweils zum Jahresbeginn vorgelegten Jahrbuch werden vier Ziele verfolgt:

- zu aktuellen Fragen des Windenergierechts Stellung zu nehmen,
- Beiträge zur Konturierung des Rechtsgebiets zu leisten,
- die Entwicklung der Rechtsprechung im jeweiligen Jahr nachzuzeichnen und zu analysieren,
- die im Newsletter WER-aktuell dokumentierten Informationen gebündelt zu präsentieren.

Edmund Brandt (Hrsg.)

Jahrbuch Windenergierecht 2017

Im Jahrbuch 2017 beschäftigen sich die Fachbeiträge mit der Rechtsnachfolge bei Eigenversorgung im Rahmen von § 61f EEG 2017, dem Mieterstrom und der neuen Förderung für dezentrale Versorgungsmodelle, der Neuregelung des § 44 Abs. 5 BNatSchG, neuen Erkenntnissen aus einer Flugvermessungsstudie für die Auslegung von § 18a LuftVG sowie mit der Beteiligung der Zivilgesellschaft am Ausbau der Windenergie.

2018, 406 S., 2 s/w Abb., 2 s/w Abb., geb., 59,– €, 978-3-8305-3832-5
eBook PDF 53,– €, 978-3-8305-2998-9
(k:wer-Jahrbuch)
ISSN Print 2367-2862
ISSN Online 2367-2870

AUSSERDEM ERSCHIENEN

Jahrbuch Windenergierecht 2016

2017, 307 S., 6 s/w Abb., geb., 54,– €, 978-3-8305-3732-8
eBook PDF 48,– €, 978-3-8305-2186-0

Jahrbuch Windenergierecht 2015

2016, 394 S., geb., 59,– €, 978-3-8305-3598-0
eBook PDF 52,99 €, 978-3-8305-2084-9

Jahrbuch Windenergierecht 2014

2015, 280 S., geb., 55,– €, 978-3-8305-3466-2
eBook PDF 50,99 €, 78-3-8305-2074-0

Jahrbuch Windenergierecht 2013

2014, 250 S., geb., 54,– €, 978-3-8305-3311-5
eBook PDF 49,99 €, 78-3-8305-2035-1

Jörg Böttcher (Hrsg.)

Rechtliche Rahmenbedingungen von EE-Projekten

Band 2

Dieser Sammelband befasst sich mit den rechtlichen Rahmenbedingungen, die bei der Realisierung von EE-Projekten zu beachten sind. Folgende Fragen werden behandelt:

- Wie entwickeln sich die verschiedenen Fördermechanismen?
- Was sind die Erwartungen der Banken an eine Projektfinanzierung im Bereich der Erneuerbaren Energien?
- Welche länderspezifischen Besonderheiten bestehen und was sind die Konsequenzen für die Projektrealisierung und Projektdurchführung?

Im ersten Teil werden länderübergreifende Fragestellungen thematisiert, im zweiten Teil werden die rechtlichen Rahmenbedingungen in ausgewählten Ländern vorgestellt, u. a. Finnland, Dänemark, Tschechien und der Schweiz.

Der Herausgeber:

Dr. Jörg Böttcher ist bei einem norddeutschen Kreditinstitut für die Strukturierung und das Risikomanagement von EE-Projekten zuständig. Er hat seit 2004 eine Vielzahl von Publikationen zum Thema Erneuerbare Energien veröffentlicht.

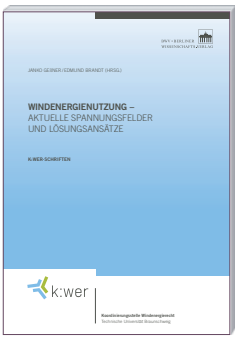
2017, 345 S., 21 s/w Abb., 23 s/w Tab., kart., 59,– €, 978-3-8305-3772-4
eBook PDF 53,– €, 978-3-8305-2982-8
(k:wer-Schriften)
ISSN Print: 2367-2889
ISSN Online: 2367-2897

Janko Geßner, Edmund Brandt (Hrsg.)

Windenergienutzung – aktuelle Spannungsfelder und Lösungsansätze

Die Umsetzung von Windkraftvorhaben ist auch im vergangenen Jahr nicht einfacher geworden. Die Auseinandersetzungen mit Genehmigungsbehörden, Fachbehörden, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen haben weiter zugenommen. Zu den weiterhin und zunehmend aktuellen Themen gehören z. B. die Ausweisung von Konzentrationszonen in der Regionalplanung, der Natur- und Artenschutz, das Helgoländer Papier, der Denkmalschutz, rechtliche und technische Aspekte bei Flugnavigationsanlagen und Wetterradar, Risiken durch Eisabwurf und die Rolle des externen Projektmanagers im Genehmigungsverfahren. Diesen Themen widmete sich die gemeinsam von DOMBERT Rechtsanwälte und der Koordinierungsstelle Windenergierecht an der TU Braunschweig (k:wer) veranstaltete Tagung „Aktuelle Herausforderungen der Windenergieplanung."
Der Tagungsband fasst die Erkenntnisse in überarbeiteter Form zusammen. Er soll zugleich einen Überblick über die aktuellen Diskussionen in Rechtsprechung und Fachliteratur geben.

2017, 183 S., 8 s/w Abb., 22 farb. Abb., 2 s/w Tab., geb., 37,– €, 978-3-8305-3695-6
eBook PDF 33,– €, 978-3-8305-2239-3
(k:wer-Schriften)
ISSN Print: 2367-2889
ISSN Online: 2367-2897

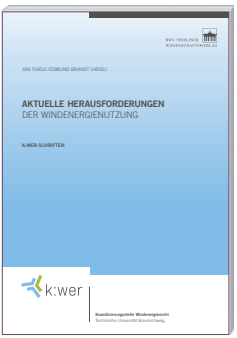


Jan Thiele, Edmund Brandt (Hrsg.)

Aktuelle Herausforderungen der Windenergienutzung

Die Umsetzung von Windenergievorhaben wird immer schwieriger und stößt nicht selten an Grenzen, die vor gar nicht langer Zeit noch überhaupt nicht in Sicht waren. Zu den aktuellen Herausforderungen gehören z. B. das Spannungsverhältnis zwischen Windenergie und Luftverkehr, Wetterradar oder Artenschutz, der Umgang mit planungs- und genehmigungsrechtlichen Regelwerken, Empfehlungen und Konventionen sowie die Anwendung neuer Instrumente zum Umgang mit Nutzungskonflikten. Die gemeinsam von DOMBERT Rechtsanwälte und der Koordinierungsstelle Windenergierecht (k:wer) durchgeführte Tagung „Aktuelle Herausforderungen der Windenergienutzung“ verfolgte das Ziel, auf zentralen Handlungsfeldern einen Beitrag zur Schaffung einer größeren Handlungssicherheit zu leisten. Experten aus Wissenschaft, Technik und Rechtsberatung referierten über aktuelle Entwicklungen, technische und rechtliche Vorgaben und praktische Lösungsansätze. Der Tagungsband fasst die Erkenntnisse in überarbeiteter Form zusammen.

2016, 146 S., 8 farb. Abb., 1 s/w Tab.,
geb., 49,– €, 978-3-8305-3586-7
eBook PDF 44,99 €, 978-3-8305-2110-5
(k:wer-Schriften)
ISSN Print: 2367-2889
ISSN Online: 2367-2897



K:WER

Die Koordinierungsstelle Windenergierecht (k:wer) leistet Beiträge dazu, konkrete Probleme auf dem Gebiet des Windenergierechts zu bewältigen und die rechtsdogmatische Durchdringung und Entfaltung des Rechtsgebiets voranzubringen. Dafür sind die Jahrbücher, die k:wer-Schriften und die k:wer-Texte von zentraler Bedeutung:

– In den Jahrbüchern wird die Entwicklung des Rechtsgebiets resümiert und kommentiert und in Einzelbeiträgen ausgewählten windenergierechtlichen Fragestellungen nachgegangen. Sie enthalten außerdem in komprimierter Form die jeweiligen sechs Ausgaben des elektronischen Newsletters WER-aktuell.

  ISSN Print: 2367-2862
  ISSN Online: 2367-2870

– Die k:wer-Schriften setzen sich aus Überblicksdarstellungen, Monographien und Sammelbänden zusammen.

  ISSN Print: 2367-2889
  ISSN Online: 2367-2897

– Die k:wer-Texte enthalten Stellungnahmen zu Einzelfragen, mit Einführungen und Erläuterungen versehene Dokumentationen sowie Tagungsbände.

  ISSN Print: 2367-2900
  ISSN Online: 2367-2919

Koordinierungsstelle Windenergierecht (k:wer)
Technische Universität Braunschweig

Gesamtleitung und Gesamtherausgeberschaft
Prof. Dr. Edmund Brandt

Schriftleitung
Prof. Dr. Bernd Günter

www.k-wer.net

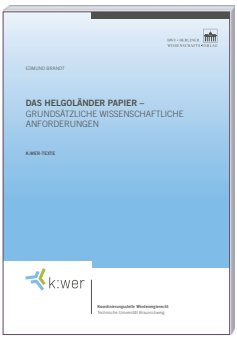
Edmund Brandt

Das Helgoländer Papier – grundsätzliche wissenschaftliche Anforderungen

Nach der grundlegenden Bad Oeynhausen-Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts hat die Frage der Bestandserfassung und der Bewertung des Tötungsrisikos im Rahmen der Prüfung von § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nach ausschließlich wissenschaftlichen Kriterien zu erfolgen. Ausschließlich wissenschaftliche Kriterien meint in dem Zusammenhang die Einhaltung der guten wissenschaftlichen Praxis.

Das Helgoländer Papier, seiner Rechtsnatur nach weder ein untergesetzliches Regelwerk noch eine Fachkonvention, das ausdrücklich den Anspruch der Wissenschaftlichkeit erhebt, weist insoweit gravierende Mängel auf. Das betrifft insbesondere die normative Absicherung, den Umgang mit Befunden, die Rückverfolgbarkeit von Belegen und Quellen sowie nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit abweichenden Ansätzen und die Ableitung von Folgerungen.

2016, 54 S., kart., 14,90 €,
978-3-8305-3677-2
eBook PDF 12,90 €, 978-3-8305-2144-0
(k:wer-Texte)
ISSN Print: 2367-2900
ISSN Online: 2367-2919



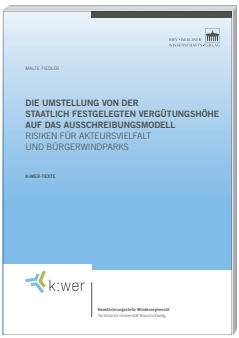
Malte Fiedler

Die Umstellung von der staatlich festgelegten Vergütungshöhe auf das Ausschreibungsmodell

Risiken für Akteursvielfalt und Bürgerwindparks

Gerade im Bereich der Windenergie an Land gehören Bürgerenergieprojekte zu essentiellen Mitgestaltern einer erfolgreichen Energiewende. Nicht zuletzt zur Sicherung der Akzeptanz von erneuerbaren Energien ist somit der Erhalt der Akteursvielfalt ein wesentlicher Baustein zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Durch die Novellierung des Erneuerbare-Energie-Gesetzes und der damit verbundenen Umstellung des Vergütungssystems auf Ausschreibungen ergeben sich nun neue Herausforderungen für kleine Akteure und Bürgerwindparks. Der vorliegende Band analysiert die Risiken des neuen Vergütungsmodells und beleuchtet mögliche Auswirkungen auf die Akteursvielfalt. Dabei werden ebenso Erfahrungen aus dem Bereich der PV-Anlagen aufgegriffen, wie auch Parallelen zum südafrikanischen Ausschreibungsmodell gezogen.

2017, 34 S., 5 s/w Abb., 1 s/w Tab., kart.,
9,80 €, 978-3-8305-3758-8
eBook PDF 8,90 €, 978-3-8305-2207-2
(k:wer-Texte)
ISSN Print: 2367-2900
ISSN Online: 2367-2919



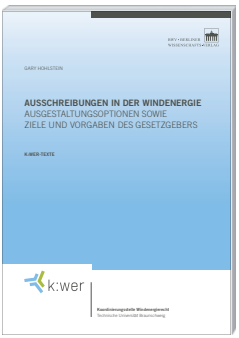
Gary Hohlstein

Ausschreibungen in der Windenergie

Ausgestaltungsoptionen sowie Ziele und Vorgaben des Gesetzgebers

Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen erhalten bisher einen festen Vergütungssatz für den von ihnen produzierten und in das Verteilnetz eingespeisten Strom. Die Voraussetzungen für eine Vergütungszahlung und die Vergütungshöhe sind im Erneuerbare-Energien-Gesetz festgeschrieben. Gemäß § 2 Abs. 5 des EEG läuft das aktuelle Festvergütungssystem jedoch zum Jahresende 2016 aus. Ab 2017 sollen die Vergütungszahlungen für Anlagenbetreiber in einer wettbewerblichen Ausschreibung ermittelt werden. Das konkrete Konzept des neuen Ausschreibungssystems und die möglichen Auswirkungen auf die Windenergiebranche sind Gegenstand der Diskussion zwischen dem Gesetzgeber und verschiedenen Interessengruppen. Der vorliegende Band beleuchtet die grundlegenden Ausgestaltungsoptionen eines Ausschreibungssystems und analysiert die hierbei vom Gesetzgeber vorgegebene Zielrichtung.

2016, 58 S., 4 s/w Abb., 2 s/w Tab., kart., 16,90 €, 978-3-8305-3667-3
eBook PDF 14,99 €, 978-3-8305-2136-5
(k:wer-Texte)
ISSN Print: 2367-2900
ISSN Online: 2367-2919

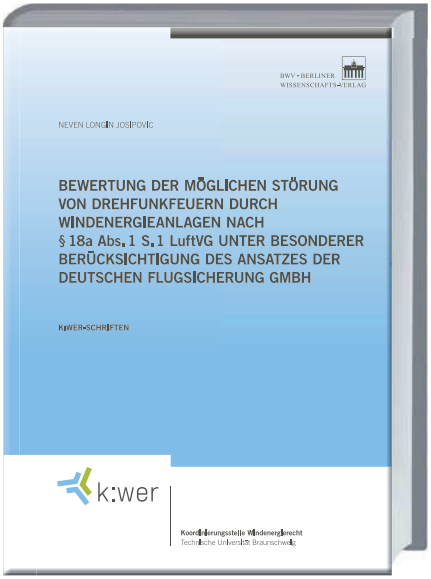


Neven Josipovic

Das Spannungsfeld Windenergieanlagen – Drehfunkfeuer

Jedes Jahr wird die Errichtung von Windenergieanlagen, die zusammen mehrere Gigawatt Leistung erbringen könnten, aufgrund vermuteter Wechselwirkungen mit Flugsicherungseinrichtungen nicht genehmigt. Insbesondere bei Funknavigationsanlagen der Varianten VOR und DVOR führt eine im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durchgeführte Prognoseberechnung häufig zu dem Ergebnis, die geplanten Windenergieanlagen könnten die Flugsicherungseinrichtungen „stören“. Das OVG Lüneburg und zuletzt auch das Bundesverwaltungsgericht bestätigten das Vorgehen der Fachbehörde. Sie sprachen ihr eine Einschätzungsprärogative zu, da es unter anderem an ausreichenden wissenschaftlichen Erkenntnissen fehle.
Dieser Band fasst die Ergebnisse bisheriger Flugvermessungen und operativer Untersuchungen sowie Ansätze zur elektromagnetischen Simulation zusammen und identifiziert einschlägige Erkenntnisse. Dabei geht der Autor der Frage nach, weshalb das OVG Lüneburg zu dem Schluss gekommen ist, es lägen keine einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse vor, und prüft diese Annahme vor dem Hintergrund der dargestellten Untersuchungsergebnisse auf ihre Belastbarkeit.

2016, 58 S., 10 s/w Abb., 2 Tab., kart., 14,50 €, 978-3-8305-3721-2
eBook PDF 12,– €, 978-3-8305-2166-2
(k:wer-Texte)
ISSN Print: 2367-2900
ISSN Online: 2367-2919



DER AUTOR

Dr. Neven Longin Josipovic, geb. 1989, ist seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Staats- und Verwaltungsrecht der TU Braunschweig sowie Geschäftsführer der Forschungsstelle Mobilitätsrecht. 2008–2016 Studium des Wirtschaftsingenieurwesens Maschinenbau mit Schwerpunkt Fahrzeugtechnik an der TU Braunschweig. 2010–2011 Industrial Engineering an der University of Nagoya, Japan. Forschungsthemen: Rechtlicher Rahmen der Elektromobilität, Luftverkehrsrechtliche Anforderungen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen.

AUS DEM INHALT

Einleitung | Realanalyse: Das Problem aus technischer Sicht – Rechtliche Rahmenbedingungen – Ökonomische und energiepolitische Bedeutung | Bedeutungsgehalt von § 18a Abs. 1 S. 1 LuftVG: Bestehende Interpretationsansätze – Eigener Interpretationsansatz | Abgleich mit dem Ansatz der DFS: RSS-Formel und 95 %-Regel – Anlagenfehler und Alignmentfehler – Stochastische Abhängigkeit in einem Windpark – Worst-Case-Annahmen – Toleranzwerte für den Winkelfehler – Vorgaben für die Flächennavigation

Neven Longin Josipovic

Bewertung der möglichen Störung von Drehfunkfeuern durch Windenergieanlagen nach § 18a Abs. 1 LuftVG

Eine Vielzahl an Windenergieprojekten wird aufgrund befürchteter Beeinträchtigungen von Funknavigationsanlagen der Typen VOR und DVOR nicht genehmigt. Die luftverkehrsrechtliche Hürde verschärft den bestehenden Handlungs- und Investitionsdruck in der Windenergiebranche. Es besteht die Notwendigkeit, die offenen Fragen im Spannungsfeld zwischen Flugsicherung und Windenergie zu klären. Der zentrale rechtliche Anknüpfungspunkt ist § 18a Abs. 1 S. 1 LuftVG, der primär dem Schutz von Flugsicherungseinrichtungen vor möglichen schädlichen Beeinflussungen („Störungen“) dient. Die Norm enthält ein Tatbestandsmerkmal, bei dessen Vorliegen die Errichtung eines Bauwerks verboten ist. Über die Voraussetzungen für das Vorliegen des Tatbestandsmerkmals bestehen verschiedene Ansichten. Mit der Arbeit wird daher die Frage beantwortet, wann das in § 18a Abs. 1 S. 1 LuftVG aufgeführte Tatbestandsmerkmal „… wenn dadurch Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können“ als Voraussetzung für das Errichtungsverbot für Windenergieanlagen im Umfeld von Drehfunkfeuern erfüllt ist.

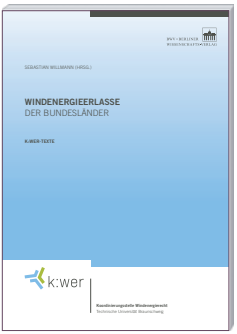
2018, 154 S., 5 s/w Abb., 3 s/w Tab., geb., 40,– €, 978-3-8305-3834-9
eBook PDF 36,– €, 978-3-8305-2999-6

Sebastian Willmann (Hrsg.)

Windenergieerlasse der Bundesländer

Das Windenergierecht stellt aus rechtswissenschaftlicher Sicht einen Querschnittsbereich dar, bei dessen dogmatischer Durchdringung unterschiedlichste Rechtsmaterien beachtet, bearbeitet und miteinander in Abstimmung gebracht werden müssen.
Dabei greifen zahlreiche Bundesländer auf sogenannte (ministerielle) Windenergieerlasse zurück. Deren inhaltlicher Zuschnitt variiert teils stark; die den Erlassen aus verfahrensrechtlicher Sicht beizumessende Bindungswirkung wird mitunter differenziert beurteilt.
Der vorliegende Band unternimmt zunächst eine rechtsdogmatische Einordnung des Instruments des Windenergieerlasses, bevor eine Sammlung solcher landesrechtlicher Regelungen präsentiert wird, die über den entsprechenden Erlasscharakter verfügen.

2016, 722 S., 53 s/w Abb., 15 s/w Tab., kart., 45,– €, 978-3-8305-3393-1
(k:wer-Texte)



Birgit Käthe Ortlieb

Die Umwandlung von Unternehmen in der Besonderen Ausgleichsregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes – EEG 2014

Stromintensive Unternehmen sind von der EEG-Umlage auf den Strompreis befreit. Dies geschieht, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und Abwanderung ins Ausland zu verhindern. Wandeln sich solche Unternehmen um, müssen sie zusätzliche, hohe Anforderungen erfüllen, die in Paragraph 67 EEG geregelt sind. Diese Regelung wurde vom EEG 2014 ohne Änderung in das EEG 2017 überführt. In vielen Umwandlungsfällen haben die Unternehmen Schwierigkeiten, diesen Anforderungen nachzukommen. Folge ist der partielle Verlust der Begrenzung der EEG-Umlage – mit erheblichen finanziellen Lasten angesichts ihrer Höhe.
Die Verfasserin analysiert den Regelungsgehalt des Paragraphen 67 EEG, vor allem seine praktischen Wirkungen auf die vielfältigen Umwandlungsfälle innerhalb und außerhalb des Umwandlungsgesetzes. In einer umfassenden verfassungsrechtlichen Prüfung geht sie insbesondere der Frage nach, ob Paragraph 67 EEG mit dem Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar ist. Da dies, wie sich herausstellt, nicht der Fall ist, präsentiert die Verfasserin praktikable Lösungen, um einen partiellen Verlust der Begrenzung der EEG-Umlage aufgrund von Umwandlung zu vermeiden.

2017, 295 S., 23 s/w Abb., 11 s/w Tab., kart., 49,– €, 978-3-8305-3615-4
eBook PDF 44,- €, 978-3-8305-2165-5
(Braunschweigische Rechtswissenschaftliche Studien)
ISSN Print: 2367-0576
ISSN Online: 2367-0584

Die Angst vor dem Atommüll

Ulrich Smeddinck (Hrsg.)

Emotionen bei der Realisierung eines Endlagers

Interdisziplinäre Beiträge

Die Realisierung eines Endlagers für Atommüll scheiterte wiederholt am gesellschaftlichen Widerstand. Zu hierarchisch und technokratisch ist die Herangehensweise von Politik, Verwaltung, Experten und Unternehmen, die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung abwerten oder verdrängen.
Vor diesem Hintergrund greifen die Autoren die Emotionen bei der Realisierung eines Endlagers als längst überfälliges wissenschaftliches Thema auf. Sie untersuchen die Reaktionen und Positionen der Bevölkerung aus psychologischer, historischer, politikwissenschaftlicher, philosophischer und rechtlicher Perspektive. Dabei geht es primär um die Frage, ob und inwieweit Emotionen überhaupt erst einen oder einen neuen veränderten Stellenwert im Diskurs um ein Endlager erhalten sollten. Wichtig ist aber auch aufzuzeigen, wo die Grenzen der Berücksichtigung von Emotionen liegen.

2018, 218 S., 4 s/w Abb., 1 s/w Tab., kart., 39,– €, 978-3-8305-3843-1
eBook PDF 35,– €, 978-3-8305-4013-7
(ENTRIA)
ISSN Print: 2510-0637
ISSN Online: 2510-0645

DER HERAUSGEBER

apl. Prof. Dr. jur. Ulrich Smeddinck, geb. 1967, ist Co-Sprecher und Projektleiter der BMBF-geförderten, interdisziplinären Forschungsplattform „ENTRIA-Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe“ an der TU Braunschweig, Institut für Rechtswissenschaften, und apl. Prof. an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 1988–1994 Studium der Rechtswissenschaft in Hamburg, 1995–1998 Referendariat in Hamburg und Berlin, Tätigkeit an den Universitäten Cottbus, Lüneburg, Southampton und Speyer. 1999 Promotion, 2006 Habilitation. 2006–2013 Mitarbeiter des Umweltbundesamtes.

HERAUSGEBERINTERVIEW

- **GANZ KURZ: WAS IST EIN ENDLAGER?**

Das ist die Anlage zur dauerhaften Verwahrung des Atommülls. In Deutschland beginnt jetzt die Suche an einem geeigneten Standort, der die bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre gewährleistet. Für die Zwischenzeit von mehreren Jahrzehnten braucht es Zwischenlager.

- **WARUM KOCHEN DIE EMOTIONEN BEI DIESEM THEMA HOCH?**

Neue Projekte, große Infrastrukturprojekte stoßen in Deutschland ohnehin auf Ablehnung. Das gilt umso mehr für ein Endlager, aber auch für Zwischenlager für Atommüll, die den Betroffenen zunächst keinerlei Vorteile bringen, ja Skepsis und Ängste wecken. Damit angemessen umzugehen, und nicht nur Vernunft und rationale Einsicht einzufordern, ist eine wichtige Bedingung fürs Gelingen.

- **WEM WÜRDEN SIE DIESEN BAND ZUR LEKTÜRE EMPFEHLEN?**

Allen, die wollen, dass ein sicherer Ort für den Atommüll in Deutschland realisiert werden kann. Der Band kann helfen, mit den damit verbundenen Konflikten besser umzugehen.

AUS DEM INHALT

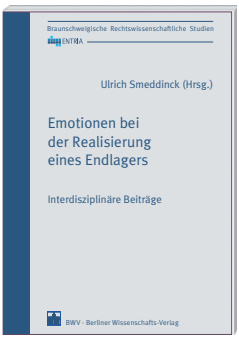
Ulrich Smeddinck: Emotionen bei der Realisierung eines Endlagers – Zur Einführung | Christian Götter: Emotionen als Argument – Die Debatte um die Kernenergie im Biblis der 1970er Jahre | Barbara Thies, Melanie Misamer und Florian Henk: Protestverhalten aus psychologischer Perspektive | Basil Bornemann: Emotion, Konflikt und Partizipation – Politikwissenschaftliche Perspektiven auf die Rollen von Emotionen im Konflikt um die Endlagerung radioaktiver Abfälle und dessen partizipative Bearbeitung | Ulrich Smeddinck: Recht, Atommüll und Emotionen – eine Annäherung an verschiedene Facetten des Konfliktfeldes | Anne Reichold: Empörung im Kontext von Debatten um ein Endlager für Atommüll – eine philosophische Analyse | Nicole Terne: Mythos der nuklearen Sicherheit am Beispiel Japans

Konrad Ott, Ulrich Smeddinck (Hrsg.)

Umwelt, Gerechtigkeit, Freiwilligkeit – insbesondere bei der Realisierung eines Endlagers

Fragen des Umweltschutzes und der Gerechtigkeit verschränken sich in ungewöhnlicher Weise, wenn es gilt, ein Endlager für Atommüll zu realisieren. Auch wenn es zunächst provokativ klingen mag, so ist nicht auszuschließen, dass eine Gemeinde, eine Region sich „freiwillig“ bereitfinden könnte, eine solche Anlage in der eigenen Nachbarschaft aufzunehmen.
Wegbereiter für einen solchen Ansatz sind internationale Bemühungen, konzeptionelle Vorarbeiten und darauf bezogene Regelungen im Standortauswahlgesetz, die die Belastungen einerseits anerkennen und andererseits mit der Verknüpfung von Maßnahmen zur sozio-ökonomischen Regionalentwicklung ausgleichen wollen.
Der vorliegende Band fächert mit Beiträgen aus Sicht von Ethik und Recht die Facetten der Thematik vom Grundsatz zu speziellen Ausprägungen auf.

2018, 162 S., 3 s/w Tab., kart., 33,– €,
978-3-8305-3848-6
eBook PDF 30,– €, 978-3-8305-4018-2
(ENTRIA)
ISSN Print: 2510-0637
ISSN Online: 2510-0645



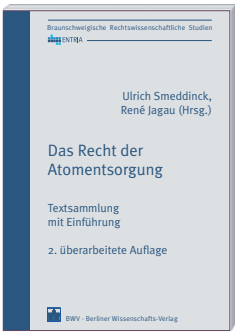
Ulrich Smeddinck,
René Jagau (Hrsg.)

Das Recht der Atomentsorgung

Textsammlung mit Einführung

Mit dem Standortauswahlgesetz hat das Atomrecht in Deutschland einen neuen Fixpunkt erhalten. Nach Jahrzehnten der Förderung der Atomkraft und des Betriebs von Atomkraftwerken steht nach dem endgültigen Beschluss über den Atomausstieg das Recht der Atomentsorgung im Vordergrund des Interesses.
Die Suche nach einem Endlager ist das zentrale politische und gesellschaftliche Projekt in diesem Bereich. Zugleich werden Atomkraftwerke im Einzelfall noch einige Jahre weiter betrieben. Mehrere Jahrzehnte werden noch Zwischenlager für atomare Abfälle benötigt.
Die vorliegende Textsammlung versammelt die Rechtsgrundlagen für all diese Fragen. Der Zugang zu der Materie wird durch eine Einführung ins neue Standortauswahlgesetz erleichtert.

i.Vb.2018, 2. überarb. Aufl.,
978-3-8305-3816-5
(ENTRIA)
ISSN Print: 2510-0637
ISSN Online: 2510-0645



Ulrich Smeddinck,
Claudia König (Hrsg.)

Grenzwertbildung im Strahlenschutz – Physik, Recht, Toxikologie

Grundlagen, Kontraste, Perspektiven

Grenzwerte sind von kardinaler Bedeutung in der Regulierung des Strahlenschutzes. Sie erlauben riskante oder potenziell gefährliche Aktivitäten und erleichtern die Rechtsanwendung und den Verwaltungsvollzug. Dennoch lassen sich Grenzwerte nicht einfach aus naturwissenschaftlichen Beobachtungen ableiten, weshalb sie kritisch hinterfragt und als sozio-technische Konstruktionen problematisiert werden müssen. Der Anschein des willkürlichen Umgangs mit ihnen hat teilweise – zumindest im Bereich des Strahlenschutzes – zu einem Vertrauensverlust in Experten, Behörden und Gerichte geführt.

Der Band reflektiert mit Beiträgen aus Physik, Recht und Toxikologie diese Ausgangslage, vermittelt Grundlagenwissen, schildert aktuelle Entwicklungen wie die Forderung nach mehr Partizipation sowie die Novellierung des Strahlenschutzrechts und fragt nach zeitgemäßen Lösungen. Für Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik sowie Bürgerinnen und Bürger wird verdeutlicht, wie um neues Vertrauen gerungen werden kann.

2016, 132 S., 4 s/w Abb., 4 s/w Tab., kart., 29,– €, 978-3-8305-3701-4
eBook PDF 26,– €, 978-3-8305-2172-3
(ENTRIA)
ISSN Print: 2510-0637
ISSN Online: 2510-0645

ENTRIA – Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe

Der Neustart für die Suche nach einer Möglichkeit zur dauerhaften Unterbringung radioaktiver Abfälle löst vielfältige neue Rechtsfragen aus. Allerdings erfordert die Komplexität des Themas auch disziplinenübergreifende Analysen. Dafür steht die BMBF-geförderte interdisziplinäre Forschungsplattform „ENTRIA – Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe“. Die Schriftenreihe „ENTRIA“ der Braunschweigischen Rechtswissenschaftlichen Studien will diesem Forschungsbereich ein Forum bieten.

ISSN Print: 2510-0637
ISSN Online: 2510-0645

HERAUSGEBER

apl. Prof. Dr. Ulrich Smeddinck

DER HERAUSGEBER

Dr. Ulrich Smeddinck, apl. Professor an der Universität Halle-Wittenberg, stellvertretender Institutsleiter und Projektleiter ENTRIA-Arbeitspaket Recht am Institut für Rechtswissenschaften der TU Braunschweig. Forschungsthemen: Gesetzgebung – Regulierung – Nudging; Umweltrecht – Atomrecht; Inter- und Transdisziplinarität.

AUS DEM INHALT

Standortauswahlgesetz (Text) | Gesetzesgebungsgeschichte | Kommentierung: Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle |Anhang: Empfehlungen der Endlagerkommission (Auszug aus Bericht K-Drs. 268), Beurteilungskriterien (Auszug aus Bericht K-Drs. 268), Änderung des StandAG v. 23. Juni 2016 (BR-Drs. 347/16)

Ulrich Smeddinck (Hrsg.)

StandAG Standortauswahlgesetz

Kommentar

„Der Kommentar ist im Rahmen des BMBF-geförderten, interdisziplinären Forschungsverbundvorhabens „ENTRIA-Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe“ entstanden. Sehr schnell ergab sich hier die Anfrage aus den anderen beteiligten Arbeitspaketen nach Erklärungen des Textes des StandAG, das voraussichtlich für Jahrzehnte den Rahmen für alle Bemühungen und Aktivitäten für die Realisierung eines Endlagers setzt. Insofern war es naheliegend, hier einen disziplinären, rechtswissenschaftlichen Schwerpunkt zu setzen – zumal es wenig wahrscheinlich ist, dass aufgrund des relativen kleinen Anwendungsfeldes und den geringen Absatzchancen ein weiterer Kommentar zum StandAG erarbeitet wird. Wissenschaftlich wäre es aber eine Lücke, wenn für das fortschrittliche Regulierungsdesign des StandAG keine Kommentierung verfügbar wäre. Der dezidierte Anspruch in ENTRIA, Nachwuchs an die Thematik heranzuführen, sowie die langfristige Perspektive des Endlagersuchverfahrens gaben den Ausschlag dafür, die Erarbeitung des Kommentars mit einem Team junger Juristinnen und Juristen anzugehen.“

Aus dem Vorwort von Ulrich Smeddinck

2017, 678 S., geb., 98,– €,
978-3-8305-3394-8
(ENTRIA)
ISSN Print: 2510-0637
ISSN Online: 2510-0645

Christian Driftmann

Das Endlagerkonzept des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs

Eine interdisziplinäre Betrachtung

Im Juli 2016 hat die „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ ihren Abschlussbericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieser sieht für Deutschland eine Endlagerung radioaktiver Abfälle unter Tage in einem „einschlusswirksamen Gebirgsbereich“ vor, der hauptsächlich die Isolation der nuklearen Stoffe gewährleisten soll. Doch was sieht dieses Konzept genau vor? Und welche Problematiken können bei einer Umsetzung auftreten?

Der Autor geht diesen Fragen nach und beleuchtet den Begriff des „einschlusswirksamen Gebirgsbereichs“ sowie wichtige Grundideen dieses Endlagerkonzepts. Darüber hinaus werden Vor- und Nachteile dieser Endlagervariante gegenüber anderen öffentlich diskutierten Optionen der Atommüllentsorgung dargestellt. Mögliche Schwierigkeiten, die bei der Umsetzung dieses Konzepts auftreten können, werden benannt.

Die interdisziplinär angelegte Untersuchung nimmt sowohl potenzielle Probleme aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven als auch fachübergreifende Zusammenhänge in den Blick. So wird deutlich, welche Bedeutung einer disziplinübergreifenden Zusammenarbeit bei der Entsorgung radioaktiver Reststoffe zukommt.

2017, 180 S., 12 s/w Abb., 26 s/w Tab., kart., 32,– €, 978-3-8305-3735-9
eBook PDF 29,– €, 978-3-8305-2203-4
(ENTRIA)
ISSN Print: 2510-0637
ISSN Online: 2510-0645

Andreas Klees

Energy Law in South Africa

Part One: The Legal and Regulatory Framework for the Electricity Supply Industry. The Power Crisis in South Africa – Causes, Consequences and Solutions

The South African power sector has changed significantly over the past few years. This edition of the working paper (Part One) provides an overview of the most important changes which took place up until August 2015. The following two aspects stand out: the successful introduction of renewable energy to South Africa’s energy mix through the Renewable Energy Independent Power Producer Procurement Programme (REIPPPP) and the severe power crisis which has dramatically exacerbated since the end of 2014 and which could now also engulf the country in a serious economic crisis. Part One of the working paper analyses the measures that the South African government has taken in order to cope with the power crisis and proposes further measures to overcome it. The IPP procurement programmes that have been launched for renewable energy in 2011 and that are now extended to other technologies and energy sources will also be discussed in the light of the power crisis. The legal and regulatory framework for the oil and gas sectors in South Africa is covered in a separate publication: Energy Law in South Africa – Part Two.

2016, 56 S., kart., engl., 14,50 €, 978-3-8305-3624-6
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, Nr. 2/2015)
ISSN Print: 2190-5606
ISSN Online: 2367-0835

DER HERAUSGEBER

Prof. Dr. Lothar Hagebölling, geb. 1952, Staatssekretär a. D., ist seit 2010 Honorarprofessor am Institut für Rechtswissenschaften der Technischen Universität Braunschweig. Studium der Staats- und Rechtswissenschaften in Bielefeld und Göttingen, 1986–1990 persönlicher Referent von Ministerpräsident Ernst Albrecht , 2003–2006 Staatssekretär im Finanzministerium, 2006–2010 Leiter der Staatskanzlei Hannover, 2010–2012 Chef des Bundespräsidialamtes.

AUS DEM INHALT

Stephan Rammler: Digitalisierung und Mobilitätswende – Chancen und Risiken des Einsatzes digitaler Technologien im Mobilitätssektor | Kay Nehm: Automatisiertes Fahren – technische, ethische und rechtliche Probleme | Heiner Monheim: Rechtliche Hemmnisse für eine Verkehrswende | Marc Engelmann: Ethische Regeln für den automatisierten und vernetzten Fahrzeugverkehr aus dem Bericht der Ethik-Kommission – Regelungsgehalt und offene Fragen – Ein Kommentar | Neven Josipovic: Die Einhaltung von Verkehrsvorschriften durch automatisierte Fahrzeuge | Philipp Laux: Autonome Fahrzeuge und Datenschutzrecht

Lothar Hagebölling (Hrsg.)

Mobilitätswende in Deutschland

Perspektiven und rechtliche Herausforderungen

Die Mobilitätswende stellt eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar. Entsprechend heftig wird der Beitrag unterschiedlicher Mobilitätsträger zur Befriedigung von Bewegungsbedürfnissen und zum Gütertransport gegenwärtig unter technischen, umweltpolitischen und ethischen Aspekten, aber auch mit Blick auf eine nachhaltige Inanspruchnahme von Ressourcen diskutiert. Hinsichtlich des Schutzes von Leben und Gesundheit der Menschen und der Umwelt sowie wirtschaftlicher Rahmenbedingungen stellen sich zahlreiche Fragen, deren Beantwortung eine interdisziplinäre Herangehensweise erfordert.

Einige davon greifen die Autoren im vorliegenden Sammelband auf. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den rechtlichen Herausforderungen, die sich durch das rasante Tempo der technischen Entwicklungen, insbesondere Digitalisierung und Automatisierung, ergeben. Außerdem untersuchen sie die Möglichkeiten, Nachhaltigkeit in der Mobilität zu verwirklichen sowie die künftige Rolle etablierter Verkehrsträger.

2017, 95 S., geb., 27,– €,
978-3-8305-3819-6
eBook PDF 24,– €, 978-3-8305-2251-5
(Mobilitätsrecht-Schriften)
ISSN Print: 2510-0408
ISSN Online: 2510-0416

Edmund Brandt

Vorstudien zum Mobilitätsrecht

Das traditionelle Verkehrsrecht ist selbstverständlich nicht mit dem modernen Mobilitätsrecht identisch. Letzteres greift weiter aus und regelt insbesondere das Verhältnis zwischen den einzelnen Mobilitätsträgern. Gleichwohl ist ein großes Maß an Kontinuität unübersehbar. Als Stichworte seien nur das nach wie vor zentrale Spannungsverhältnis Verkehr – Umwelt, aber auch die instrumentellen Ausformungen im Zusammenspiel von Planungs- und Zulassungsanforderungen und deren Flankierung durch ökonomische Instrumente genannt.
Vor diesem Hintergrund mögen die hier versammelten Beiträge – entstanden über einen Zeitraum von 30 Jahren – durchaus Impulse für die aktuelle mobilitätsrechtliche und -rechtspolitische Diskussion liefern. Dafür spricht auch, dass nach wie vor zentrale Probleme, wie beispielsweise der drohende Verkehrsinfarkt oder die Umweltanforderungen an die Straßengestaltung, ungelöst sind und das prinzipiell zur Verfügung stehende Rechtsarsenal begrenzt ist.

2016, 98 S., 25 s/w Abb., geb., 22,– €,
978-3-8305-3703-8
eBook PDF 19,90 €, 978-3-8305-2178-5
(Mobilitätsrecht-Schriften)
ISSN Print: 2510-0408
ISSN Online: 2510-0416

Forschungsstelle Mobilitätsrecht

Die Forschungsstelle Mobilitätsrecht leistet Beiträge dazu, konkrete Probleme auf dem Gebiet des Mobilitätsrechts zu bewältigen sowie die rechtsdogmatische Durchdringung und Entfaltung des Rechtsgebietes voranzubringen. Ein besonderes Augenmerk gilt der rechtspolitischen Entwicklung. Die Mobilitätsrecht-Schriften setzen sich aus Überblicksdarstellungen, Kommentaren, Monographien und Sammelbänden zusammen. Die Mobilitätsrecht-Texte enthalten Stellungnahmen, Dokumentationen, Materialien sowie kurze Abhandlungen.

Mobilitätsrecht-Texte
ISSN Print: 2510-0386
ISSN Online: 2510-0394

Mobilitätsrecht-Schriften
ISSN Print: 2510-0408
ISSN Online: 2510-0416

HERAUSGEBER

Prof. Dr. Edmund Brandt
Prof. Dr. Lothar Hagebölling

IN PLANUNG

Edmund Brandt

Vorschriftensammlung zum Mobilitätsrecht

DIE AUTOREN/HERAUSGEBER

Dr. habil Weert Canzler, Senior Researcher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Dr. Thomas Dieckmann, Leiter der Vorentwicklung bei der WABCO GmbH

Mark Engelmann, Ref. iur., Forschungsreferent der Forschungsstelle Mobilitätsrecht, TU Braunschweig

Prof. Dr. Lothar Hagebölling, Institut für Rechtswissenschaften, TU Braunschweig

Dr. Neven Josipovic, Geschäftsführer der Forschungsstelle Mobilitätsrecht, TU Braunschweig

Philipp Laux, Ass. iur., Stellv. Geschäftsführer der Forschungsstelle Mobilitätsrecht, TU Braunschweig

Dr. August Markl, Präsident des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs e. V.

Christian Pegel, Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gerhard Prätorius, Leiter des Bereichs Nachhaltigkeit der Volkswagen AG

Stephan Weil, Niedersächsischer Ministerpräsident

Lothar Hagebölling, Neven Josipovic (Hrsg.)

Mobilitätswende in Deutschland

Ansätze in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft

Der Begriff Mobilitätswende repräsentiert eine Vorstellung der Zukunft, in der Menschen ihr Bedürfnis nach Mobilität auf immer einfachere Weise befriedigen können. Gleichzeitig umfasst er auch die Idee, Mobilität im Einklang mit ökologischen Anforderungen zu gestalten und somit einen Beitrag zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten.

Immer deutlicher wird, dass eine echte Wende nur möglich sein kann, wenn sich die einzelnen Akteure mehr als bisher vernetzen. Nicht zuletzt scheint eine zentrale Herausforderung darin zu liegen, gewohnte Mobilitätsvorstellungen zu hinterfragen und offen für neuartige Ansätze zu sein.

Der Sammelband setzt an der Stelle an und bietet Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ein Forum, eigene Ideen vorzustellen und einer breiten gesellschaftlichen Diskussion zugänglich zu machen. Die Autoren berücksichtigen dabei ein breites Spektrum an Verkehrsträgern – vom Fahrrad bis zum Lastkraftwagen. Sie liefern Antworten auf die Fragen, wie Entscheidungsträger den Wandel der Mobilität aktiv gestalten und dabei globale Trends berücksichtigten können.

i. Vb. 2018, 978-3-8305-3882-0
eBook PDF 978-3-8305-4007-6
(Mobilitätsrecht-Schriften)
ISSN Print: 2510-0408
ISSN Online: 2510-0416

Neven Josipovic, Thomas Nagl (Hrsg.)

Materialsammlung zum rechtlichen Rahmen der Elektromobilität

Diese Materialsammlung bietet einen Überblick über die rechtspolitische Entwicklung in Deutschland sowie über Regelungen mit direktem Bezug zur Elektromobilität und ihrer Förderung.

Teil A: Materialien zur rechtspolitischen Entwicklung

- Gemeinsame Erklärung von Bundesregierung und deutscher Industrie zur Etablierung der Nationalen Plattform Elektromobilität vom Mai 2010
- Regierungsprogramm Elektromobilität vom Mai 2011
- Regierungsprogramm Elektromobilität – Bislang umgesetzte Maßnahmen –
- Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen im Zeitraum 2011 bis 2016
- Auszug aus dem Entwurf für ein Strommarktgesetz
- Entwurf des Gesetzes zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität

Teil B: Vorschriftensammlung

- Auszug aus der EU-Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe
- Elektromobilitätsgesetz
- Auszug aus dem Energiewirtschaftsgesetz, dem Einkommensteuergesetz, dem Kraftfahrzeugsteuergesetz und der Fahrzeug-Zulassungsverordnung
- Ladesäulenverordnung
- Richtlinie zur Förderung des Absatzes von elektrisch betriebenen Fahrzeugen (Umweltbonus)
- Förderrichtlinie Elektromobilität

2016, 170 S., 3 s/w Abb., 6 s/w Tab., kart., 29,– €, 978-3-8305-3696-3
eBook PDF 26,– €, 978-3-8305-2193-8
(Mobilitätsrecht-Texte)
ISSN Print: 2510-0386
ISSN Online: 2510-0394

MOBILITÄTSRECHT

Hauke Christian Schlimme

Zulassungsrechtliche Probleme automatisierter Kraftfahrzeuge

Eine Betrachtung der jüngsten rechtlichen Entwicklungen

Seit der Erfindung des Steuergeräts und der Ablösung klassischer Kabelbäume durch Feldbussysteme in den achtziger Jahren setzt sich der Siegeszug von Fahrerassistenzsystemen nahezu ungebremst fort. Mit einer kontinuierlich voranschreitenden Verbesserung der in Kraftfahrzeugen zum Einsatz kommenden Hardwarekomponenten können zunehmend komplexere Automatisierungsfunktionen zur Unterstützung des Fahrzeugführers realisiert werden. Neue Herausforderungen ergeben sich dadurch vor allem für den Gesetzgeber, der eine koordinierte Zulassung jener Systeme für den öffentlichen Straßenverkehr sicherzustellen hat.

Im Kontext jüngster Novellierungsprozesse analysiert der Autor, inwieweit automatisierte Kraftfahrzeuge unter dem derzeitigen gesetzlichen Rahmen subsumiert werden können. Die Untersuchungen zeigen, dass die erwähnten Gesetzesänderungen vor allem auf der Ebene des Völkerrechts zu einer Ausweitung des zulassungsfähigen Automatisierungsumfangs führten. Auch im europäischen sowie im deutschen Recht lassen sich Bestrebungen erkennen, die einschlägigen Normen an den technischen Fortschritt anzupassen und so den Weg für eine weitere Automatisierung des öffentlichen Straßenverkehrs freizumachen.

2016, 46 S., 2 s/w Abb., kart., 14,– €, 978-3-8305-3728-1
eBook PDF 12,– €, 978-3-8305-2180-8
(Mobilitätsrecht-Texte)
ISSN Print: 2510-0386
ISSN Online: 2510-0394

Martin Schnetter

Robotik und ihre Regulierung

Tendenzen in Technik, Recht und Ethik

Autonome Kraftfahrzeuge, intelligente Prothesen, Rasenmähroboter … Allein diese Auswahl robotischer Erscheinungsformen lässt die Vielgestaltigkeit unserer maschinellen Freunde erahnen. Die Vermutung, dass in Zukunft immer mehr Menschen mit einer irgendwie gearteten Form von Robotik in Berührung kommen, ob sie diesen Kontakt nun aktiv suchen oder unfreiwillig in den Aktionsradius von Robotern geraten, ist daher nicht unbegründet.

Im Rahmen der vorliegenden Studie werden ausgesuchte rechtliche und ethische Herausforderungen betrachtet, die mit der zunehmenden Verbreitung von Robotern einhergehen. Hierfür wird der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik für ausgewählte Kategorien von Robotern untersucht. Im Einzelnen erörtert der Autor Fragestellungen aus den Bereichen des Öffentlichen sowie des Zivil- und Strafrechts, die sich aus einem zunehmenden Einsatz von Robotern im Alltag ergeben. Der Beitrag schließt mit der Betrachtung von ethischen und soziökonomischen Fragestellungen.

2016, 72 S., 3 s/w Abb., kart., 16,– €,
978-3-8305-3713-7
eBook PDF 15,– €, 978-3-8305-2169-3
(RATUBS – Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere der Technischen Universität Braunschweig, Nr. 3/2016)
ISSN Print: 2190-5606
ISSN Online: 2367-0835

TECHNIKRECHT

Brunhilde Steckler

Reflexion juristischer Implikationen im „SmartHome“

Intelligente Wohnumgebungen erfordern einen angemessenen Rechtsrahmen für die Nutzung „smarter“ Produkte und Dienstleistungen. Die Digitalisierung ermöglicht die Unterstützung individueller Bedürfnisse des Menschen durch wahrnehmungs- und lernfähige Technik. Dabei muss das Selbstbestimmungsrecht der Nutzer gewahrt werden.

Im Projekt „KogniHome – die mitdenkende Wohnung“ hat ein Konsortium von Partnern aus Unternehmen, Hochschulen und gemeinnützigen Einrichtungen vielfältige interdisziplinäre Expertise gebündelt, um Visionen des Wohnens der Zukunft in den Blick zu nehmen. Die Projektpartner haben zudem auch ethische, juristische, soziale und sicherheitstechnische Implikationen der vernetzten Wohnung diskutiert.

Die vorliegende Dokumentation der rechtswissenschaftlichen Begleitforschung reflektiert persönlichkeits- und datenschutzrechtliche Aspekte, vertragliche und deliktische Haftungsfragen, Verwertungsszenarien und neue Formen der Vertragsgestaltung für das Wohnen in einem „SmartHome“.

i.Vb. 2018, 978-3-8305-3850-9
eBook PDF 978-3-8305-4020-5

Brunhilde Steckler (Hrsg.)

Einzelaspekte rechtswissenschaftlicher Begleitforschung

für Projekte der Mensch-Technik-Interaktion

Der Tagungsband zum Symposium „Mensch-Technik-Interaktion“ umfasst Beiträge aus der juristischen Begleitforschung zu technischen Assistenzsystemen für den Menschen.
Brunhilde Steckler betrachtet die Vielfalt rechtlicher Aspekte im Projekt „KOMPASS – Sozial kooperative virtuelle Assistenten als Tagesbegleiter für Menschen mit Unterstützungsbedarf“. Christian Burkert widmet sich der praktischen Umsetzung von „Privacy-by-Design in der Produktentwicklung“. Beatrix Weber erörtert das „Legal Process Modeling am Beispiel von Privacy by Design“. Iris Kirchner-Freis widmet sich dem Thema „Datenschutz bei Gesundheitsdaten am Beispiel des Projekts Adaptify“. Thilo Weichert untersucht „Sensorik, automatische Entscheidungen und Persönlichkeitsschutz“. Wolfgang Schild befasst sich mit rechtlichen „Fragen der Einwilligung vulnerabler Personengruppen“. Arthur Felk stellt abschließend den offenen Dialog der über 90 Tagungsteilnehmer zu den Rechtsaspekten aus Projekten der Mensch-Technik-Interaktion vor.

i.Vb. 2018, 978-3-8305-3851-6
eBook PDF 978-3-8305-4021-2

Julian Augustin

Die Rückführungsrichtlinie der Europäischen Union

Richtliniendogmatik
Durchführungspflichten
Reformbedarf

Die sogenannte Rückführungsrichtlinie ist der zentrale Sekundärrechtsakt der Europäischen Union auf dem Gebiet der illegalen Einwanderung und des illegalen Aufenthalts. Sie regelt, auf welche Art und Weise innerhalb der EU illegale Migration beendet werden kann und soll. Sie normiert etwa einheitliche Regelungen für das Verfahren zur Beendigung illegaler Aufenthalte, den Erlass von Einreiseverboten, die Bedingungen der Abschiebehaft sowie für effektive Rechtsbehelfe und ist dabei Rückkehr- sowie Menschen- und Grundrechtsinstrument zugleich.
Die vorliegende Untersuchung widmet sich zunächst den dogmatischen Grundlagen der Auslegung von EU-Richtlinien und der Ermittlung der aus diesen folgenden mitgliedstaatlichen Durchführungspflichten. Hierauf aufbauend wird die Rückführungsrichtlinie akribisch untersucht und der unionsrechtliche Status quo im Hinblick auf die Durchführungspflichten der Mitgliedstaaten unter Einbeziehung der inzwischen ergangenen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ermittelt. Auf dieser Basis formuliert der Autor konkrete Änderungsvorschläge u. a. zum Anwendungsbereich der Richtlinie, zu den prozessualen Rechten in Haftprüfungsverfahren und zum Monitoring von Abschiebungen.

2016, 618 S., 3 s/w Abb., kart., 79,– €, 978-3-8305-3579-9
eBook PDF 70,99 €, 978-3-8305-2089-4
(Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam, Bd. 40)
ISSN Print: 2369-2668
ISSN Online: 2367-2676

Rieke Arendt

Völkerrechtliche Probleme beim Einsatz autonomer Waffensysteme

In der modernen Kampfführung ist ein steigender Trend zu unbemannten und autonomen Systemen zu beobachten. Doch inwieweit gelingt es dem Recht, mit den technischen Entwicklungen Schritt zu halten? Ist der Einsatz vollautonomer Systeme noch mit dem geltenden Völkerrecht vereinbar?
Die Autorin untersucht zunächst die rechtlichen Rahmenbedingungen einer Programmierung von vollautonomen Systemen und geht, sofern möglich, hierbei bereits auf technische Umsetzungsmöglichkeiten ein. Zugleich werden Grenzen der autonomen Entscheidungsfindung, wie z. B. bei der Bestimmung der Verhältnismäßigkeit eines Angriffs, aufgezeigt. In einem zweiten Teil untersucht die Autorin die Problematik der Entscheidungs- und Legitimitätskette bei Einsätzen autonomer Systeme. Waren bisher stets einzelne Soldaten bzw. ihre Befehlshaber für Kriegsverbrechen verantwortlich, so stellt sich bei vollautonomen Systemen die Frage der Verantwortlichkeit im Falle eines rechtswidrigen Einsatzes. Inwieweit kann ein technischer Defekt oder die Fehlprogrammierung eines Systems noch zu einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Befehlshabern und militärischem Personal führen? Hierbei werden die Lücken des geltenden Völkerstrafrechts deutlich, welches bisher nur begrenzt eine Strafbarkeit für Fahrlässigkeit und Unterlassen vorsieht.

2016, 178 S., kart., 34,– €,
978-3-8305-3684-0
eBook PDF 29,99 €, 978-3-8305-2173-0
(Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam, Bd. 41)
ISSN Print: 2367-2668
ISSN Online: 2367-2676

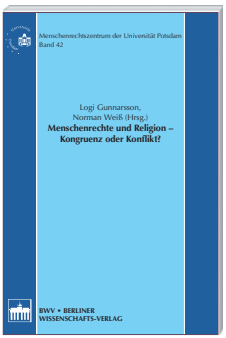
MENSCHENRECHTE | VÖLKERRECHT

Logi Gunnarsson,
Norman Weiß (Hrsg.)

Menschenrechte und Religion – Kongruenz oder Konflikt?

Religionsfreiheit ist einerseits selbst Bestandteil der Menschenrechte, andererseits geraten religiöse Gebote vielfach mit den Menschen- und Grundrechten in Konflikt. Autorinnen und Autoren aus der Philosophie, den Rechts- und Religionswissenschaften beleuchten in diesem Sammelband das komplexe Verhältnis von Religion und Menschenrechten. Neben Definitionsversuchen von Religion und Religionsfreiheit liegt der Fokus auf konkreten Fragenstellungen, die sich im religiös neutralen Staat und einer multireligiösen Gesellschaft ergeben, zum Beispiel der Burka-Entscheidung des EGMR, dem Minarettverbot in der Schweiz oder dem weltlichen Recht im Konflikt mit religiösen Geboten. Ziel des Bandes ist es, sachlich fundierte Argumente für die weiter andauernde Diskussion zu liefern.

2016, 166 S., kart., 34,– €,
978-3-8305-3446-4
eBook PDF 29,99 €, 978-3-8305-2141-9
(Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam, Bd. 42)
ISSN Print: 2367-2668
ISSN Online: 2367-2676



Olaf Seiring

Der Einsatz unbemannter Flugsysteme in nicht internationalen bewaffneten Konflikten

In gewaltsamen Auseinandersetzungen mit nicht staatlichen Akteuren setzen Staaten zunehmend bewaffnete unbemannte Flugsysteme, sogenannte Drohnen, ein. Oft verläuft der Einsatz über Staatsgrenzen hinweg und ist von einer starken Asymmetrie zwischen der staatlichen und der nicht staatlichen Konfliktpartei geprägt. Der Verfasser untersucht derartige Einsätze vor dem Hintergrund des Rechts des nicht internationalen bewaffneten Konflikts. Er setzt sich kritisch mit den Problemen auseinander, die die Verwendung von Drohnen in solchen Auseinandersetzungen mit sich bringt: Inwieweit droht die Ausweitung des geografischen Anwendungsbereichs kriegsrechtlicher Standards zulasten der Menschenrechte, welche Modelle zur räumlichen Einhegung des Kriegsrechts sind denkbar? Dürfen zivile Opfer damit gerechtfertigt werden, dass unbemannte Systeme das Risiko für deren Verwender reduzieren? Wie beeinflusst die vermeintliche Präzision von Drohnen die Einhaltung der Pflicht zu Vorsichtsmaßnahmen? Bewertet werden auch spezifische Einsatztaktiken, etwa sogenannte „signature strikes“ oder die Ortung einer Zielperson mithilfe von Mobilfunkdaten.

2016, 306 S., 1 s/w Tab., kart., 62,– €,
978-3-8305-3702-1
eBook PDF 56,– €, 978-3-8305-2179-2
(Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam, Bd. 43)
ISSN Print: 2367-2668
ISSN Online: 2367-2676

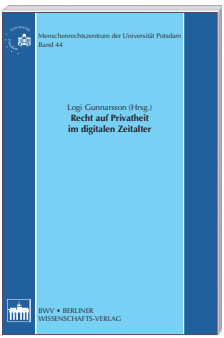
MENSCHENRECHTE | VÖLKERRECHT

Logi Gunnarsson (Hrsg.)

Recht auf Privatheit im digitalen Zeitalter

Privatheit gehört angesichts der neuen technischen Möglichkeiten und des von diesen (mit-)determinierten Verhaltens vieler Menschen zu den großen Themen des beginnenden 21. Jahrhunderts. Die vielfältigen Beiträge des Bandes nehmen die damit verbundenen Fragen in den Blick und untersuchen die sozialen Dimensionen des Privaten (Beate Rössler) auf der einen sowie die nationalen und internationalen Rechtsgrundlagen zum Schutz des Rechts auf Privatheit (Stephanie Schiedermair) auf der anderen Seite. Diese Sichtweisen werden durch Einbeziehung der internationalen Debatten über das Recht auf Privatheit (Norman Weiß) und den Rückgriff auf die literarische Behandlung der Unterscheidung von privat und öffentlich (Detlef von Daniels) ergänzt.
Die Autorinnen und Autoren machen wichtige Markierungen für künftige Debatten durch die Zusammenschau von historischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Veränderungen sichtbar und verdeutlichen, inwieweit die Thematik „Privatheit im digitalen Zeitalter“ mit dem Einzug in diverse Lebensbereiche zunehmend an Bedeutung gewinnt.

2017, 72 S., kart., 22,– €,
978-3-8305-3788-5
(Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam, Bd. 44)
ISSN Print: 2367-2668
ISSN Online: 2367-2676



Stefan Rinke

Schadensersatzklagen gegen Staaten wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen im Europäischen Zivilprozessrecht

Zugleich ein Beitrag zum Verhältnis der EuGVVO zur Staatenimmunität

Das Europäische Zivilprozessrecht steht vor Herausforderungen, die seine Initiatoren nicht vorhersahen. Sein „Herzstück" ist Schauplatz für Verfahren von Opfern schwerer Menschenrechtsverletzungen geworden, die versuchen, erstrittene Entscheidungen unter Zuhilfenahme der EuGVVO durchzusetzen oder sie zur Begründung der Gerichtszuständigkeit heranzuziehen. Insbesondere handelt es sich dabei um Urteile aus Verfahren der Opfer von Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland. Ihren Höhepunkt erlebten die Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof, der tradierte Immunitätsvorstellungen nicht aufzulösen vermochte – ein Schlussstrich ist nicht in Sicht. Hier verspricht die Europäische Urteilsfreizügigkeit und justizielle Zusammenarbeit Grenzen zu überwinden, vor denen auch das Unrecht nicht Halt macht.
Diese Untersuchung hinterfragt die legislativen Initiativen und stellt die Judikatur sowie deren Zusammenhänge dar. Der Fokus liegt auf dem Verhältnis der EuGVVO zur Staatenimmunität, die den wichtigsten Vorwand dafür darstellt, Schadensersatzklagen gegen Staaten wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen von ihrer Behandlung durch das Europäische Zivilprozessrecht fernzuhalten. Damit trägt diese Arbeit einen Teil zur Bewältigung schwerer Menschenrechtsverletzungen bei, die ohne eine zivilrechtliche Behandlung nicht stattfinden kann.

2016, 410 S., kart., 79,– €,
978-3-8305-3680-2

MENSCHENRECHTE | VÖLKERRECHT

Hans-Joachim Heintze

Territoriale Integrität der Staaten: Fortbestehende Grundlage des Völkerrechts

Untersuchung vor dem Hintergrund des Berg-Karabach-Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidschan

Die russische Annexion der Krim im Frühjahr 2014 hat deutlich gemacht, dass eingefrorene Konflikte eine Bedrohung des Weltfriedens darstellen, da sie jederzeit aufbrechen können, d. h. ständig die Anwendung militärischer Gewalt droht. Damit sind aber Weltordnungsbelange betroffen, denn das Gewaltverbot ist eine Grundnorm des modernen Völkerrechts. Folglich müssen nicht nur die Konfliktparteien, sondern auch die Staatengemeinschaft alle Mittel der friedlichen Streitbeilegung anwenden, um solche Konflikte nachhaltig zu beenden.
In diesem Buch wird allgemein die Rolle des Staats im Völkerrecht analysiert. Es folgt eine Betrachtung des Berg-Karabach-Konflikts unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten.
In den 90er Jahren kam es während der Wirren um die Auflösung der Sowjetunion zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um das innerhalb Aserbaidschans autonome Gebiet Berg-Karabach. Massive Vertreibungen waren die Folge. In Ergebnis des Konflikts erklärte Berg-Karabach seine von keinem Staat anerkannte Unabhängigkeit und große Gebiete Aserbaidschans wurden durch Armenien besetzt. Von der Staatengemeinschaft, dem Europarat und den Vereinten Nationen wurde immer wieder das aserbaidschanische Recht auf territoriale Integrität unterstützt. Nunmehr muss es um seine Durchsetzung gehen.

2016, 180 S., kart., 39,– €,
978-3-8305-3629-1

Heike Montag

Pflichten des Sicherheitsrates und der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur Friedenskonsolidierung

Der Sicherheitsrat der VN nimmt sich der Friedenskonsolidierung an, um den Rückfall in einen Konflikt zu verhindern, d.h. er fördert Frieden im Sinne eines positiven Friedensbegriffs. Aus rechtlicher Perspektive ist zu klären, ob allein moralische Verpflichtungen und politischer Wille zu dieser Verantwortungsübernahme führen oder ob sich die Tendenz einer entsprechenden Rechtspflicht herauskristallisiert.

Die Arbeit befasst sich mit der Frage, ob es dem Sicherheitsrat und den VN-Mitgliedstaaten erlaubt ist, die Bitte der Regierung eines betroffenen Staates um Hilfe bei der Friedenskonsolidierung in einer Situation abzulehnen, in der der Sicherheitsrat zuvor ein militärisches Engagement nach Kapitel VII VN-Charta erlaubt hat.

Zunächst wird der Hintergrund der Friedenskonsolidierung der VN erörtert und der Handlungsrahmen des Sicherheitsrates und der Mitgliedstaaten innerhalb des Sicherheitsrates skizziert. Anschließend werden die Berechtigung zur Erteilung eines friedenskonsolidierenden Mandates sowie die Verpflichtung dazu behandelt. Abschließend folgen das die Kernfrage der Arbeit verneinende Ergebnis der Untersuchung und ein Ausblick.

2017, 356 S., kart., 59,– €,
978-3-8305-3738-0
eBook PDF 53,– €, 978-3-8305-2190-7
(Bochumer Schriften zur Friedenssicherung und zum humanitären Völkerrecht, Bd. 62)
ISSN Print: 2367-055X
ISSN Online: 2367-0568

Bochumer Schriften zur Friedenssicherung und zum humanitären Völkerrecht

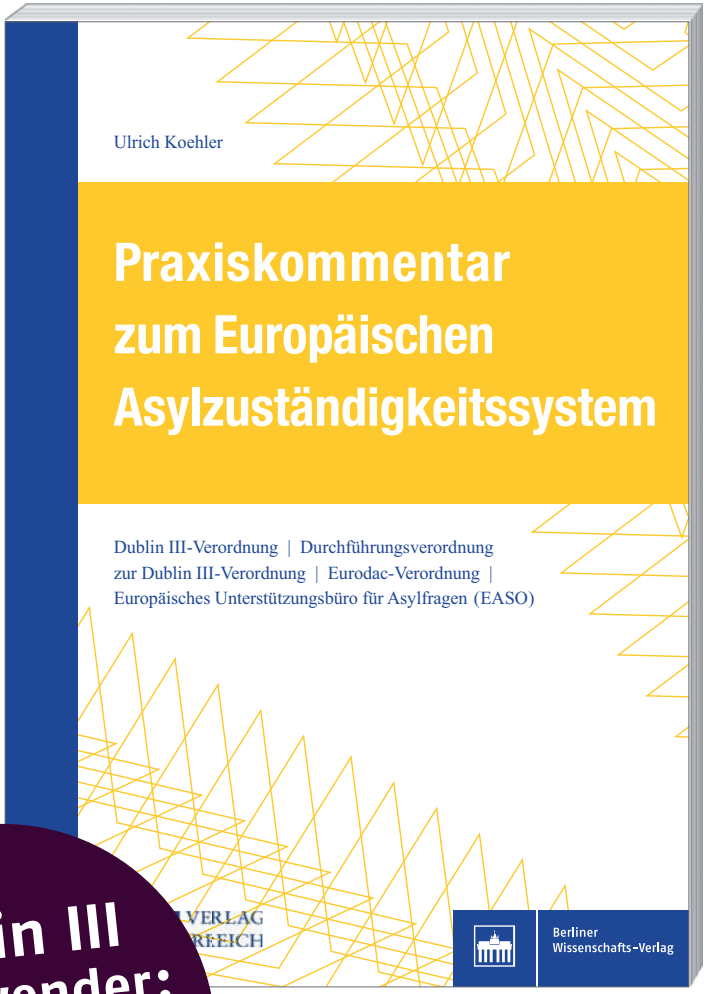
The Bochumer Blue Books (‚Bochumer Schriften zur Friedenssicherung und zum Humanitären Völkerrecht') are a series of monographs and edited book collections dealing with topical issues in the international law of peace and armed conflict as well as in the field of humanitarian studies. Over 60 books were published in a period of almost 30 years (1989-2017). While the series was discontinued in 2007, it was re-launched in 2017.

The books cover a variety of topics such as international criminal tribunals, naval warfare, the role of combatants in armed conflicts, East-West relations during the Cold War period, environmental law issues, human rights protection and humanitarian aid.

Under the general editorship of:

Prof. Dr. Hans-Joachim Heintze

Prof. Dr. Pierre Thielbörger



Dublin III für Anwender: kommentiert und erklärt

Ulrich Koehler

Praxiskommentar zum Europäischen Asylzuständigkeitssystem

Dublin III-Verordnung | Durchführungsverordnung zur Dublin III-Verordnung | Eurodac-Verordnung | Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO)

Das Europäische Asylzuständigkeitssystem, unter dem Begriff „Dublin III-VO“ bekannt, legt die Kriterien und das Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedsstaates fest, der für einen Asylbewerber und dessen Asylverfahren zuständig ist. War das Rechtsgebiet früher wenigen Spezialisten vorbehalten, so treffen diese Rechtsnormen seit der Flüchtlingskrise 2015/2016 nicht nur zahlreiche Bereiche der staatlichen Rechtspflege, sondern auch alle Behörden und Organisationen, die sich mit der Asyl- und Ausländerproblematik auseinandersetzen müssen.
Diesen Institutionen bietet der Praxiskommentar Antworten auf die vielfältigen Fragen, die sich im täglichen Umgang mit dem Asylzuständigkeitssystem und insbesondere auch aus dem Minderjährigenschutz und dem Grundsatz der Familienzusammenführung ergeben. Speziell für den deutschen Anwenderbereich konzipiert und unter Einbeziehung der bis dato erfolgten Rechtsprechung deutscher Gerichte zur Dublin III-VO, füllt Ulrich Koehlers Kommentar eine Lücke in der bisherigen Literatur.

2018, 834 S., geb., 98,– €,
978-3-8305-3807-3
eBook PDF 89,– €, 978-3-8305-2245-4

DER AUTOR

Staatssekretär a.D. Rechtsanwalt Ulrich Koehler, geb. 1954, Studium der Rechtswissenschaft in Tübingen, 1987 Referent beim Deutschen Studentenwerk (Bonn), Dezember 1987 bis März 1991 Landesgeschäftsführer der FDP Niedersachsen; 1991–2002 Abteilungsleiter im Umwelt-, Landwirtschafts- und Raumordnungsministerium des Landes Sachsen-Anhalt, 2002–2006 Staatssekretär der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt; seit 2006 selbständiger Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentum.

AUTORENINTERVIEW

- **WAS REGELT DUBLIN III?**

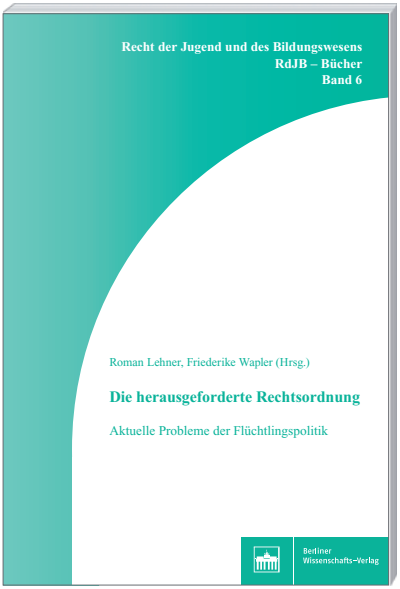
Es geht um die Zuständigkeit eines der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der vier assoziierten Mitgliedstaaten dieses Europäischen Regelwerkes für die Überprüfung eines Antrages auf internationalen Schutz.

- **WAS IST DAS BESONDERE AN IHREM GESETZESKOMMENTAR?**

Neben der Kommentierung der 49 Artikel dieses Regelwerkes sind die 42 Erwägungsgründe der Europäischen Verordnung miterläutert worden, um die historische Entstehung, aber auch die Zusammenhänge zu den europäischen Regelungen zu verdeutlichen.

- **WEM WÜRDEN SIE DEN KOMMENTAR ZUR LEKTÜRE EMPFEHLEN?**

Der Kommentar richtet sich an alle diejenigen, die als Verwaltungsrichter, Mitarbeiter der Asyl- und Ausländerbehörden, Rechtsanwälte und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen, die in diesem Bereich arbeiten, eine Hilfestellung, für ihre praktische Arbeit mit denjenigen suchen die einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt haben.



DIE HERAUSGEBER

Dr. Roman Lehner, Akademischer Rat a. Z., Institut für Öffentliches Recht/Abteilung für Staatsrecht, Juristische Fakultät, Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Friederike Wapler, Lehrstuhl für Rechtsphilosophie und Öffentliches Recht, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften

AUS DEM INHALT

Christine Langenfeld: Die „singuläre“ deutsche Flüchtlingspolitik – eine Chronik | Andreas Th. Müller: Die Flüchtlingskrise 2015/2016: Eine rechtliche Chronik aus österreichischer Perspektive | Johannes Eichenhofer: Die rechtliche Gestaltung der Integration in Zeiten der „Flüchtlingskrise“ | Michael Wrase: Das Recht auf Bildung für junge Geflüchtete: Rechtlicher Rahmen und Herausforderungen der Bildungsintegration | Roman Lehner: Rechtliche Möglichkeiten zur Schaffung einer EU-Asylbehörde | Sina Fontana: Die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden als Herausforderung für das Bauplanungsrecht | Matthias Lehnert: Anwaltliche Arbeit im Asylrecht seit 2015

Roman Lehner,
Friederike Wapler (Hrsg.)

Die herausgeforderte Rechtsordnung

Aktuelle Probleme der Flüchtlingspolitik

Mit der sogenannten Flüchtlingskrise wurden enorme Herausforderungen an die Rechtsordnung herangetragen. Zwei Jahre später ziehen die Autorinnen und Autoren dieses Bandes eine erste Bilanz: Wie hat sich die herausgeforderte Rechtsordnung geschlagen? Haben Gesetzgeber und Rechtsanwender adäquate Antworten gefunden? Wurde die Chance genutzt, neben kurzfristigen Reaktionen längerfristige Perspektiven für eine nachhaltige und humanitäre Politik zu entwickeln? Die Beiträge nehmen neben dem Asyl- und Aufenthaltsrecht weitere Gebiete und Perspektiven in den Blick: das Bildungsrecht, das Kinder- und Jugendhilferecht sowie das Familienrecht, das Baurecht, das Europarecht einschließlich des europäischen Verwaltungsrechts und des Grenzschutzregimes sowie Rechtsfragen der Integration. Abgerundet wird das Werk durch die anwaltliche Perspektive, den Blickwinkel aus dem Nachbarland Österreich, eine rechtliche Chronik der Ereignisse ab dem Sommer 2015 und einen rechtspolitischen Ausblick. Der Band gibt einen differenzierten Überblick über die relevanten Rechtsprobleme der aktuellen Flüchtlingspolitik und stellt eine fundierte Analyse bereit.

2018, 376 S., kart., 49,–€,
978-3-8305-3737-3
eBook PDF 44,– 978-3-8305-2990-3
(Recht der Jugend und des Bildungswesens. RdJB-Bücher, Bd. 6)
ISSN Print: 2367-0843
ISSN Online: 2367-0851

Ralf Roßkopf (ed.)

Unaccompanied Minors in International, European and National Law

Worldwide, 59.5 million people were displaced in 2014, 51% of which were children under the age of 18. Officially, 34,400 asylum applications were submitted by unaccompanied minors. Due to their particular vulnerability, they pose a particular challenge for their host societies.

The study describes the phenomenon of unaccompanied minors and compares the international, European and national standards of protection with the current situation and the legal practice in Austria, Canada, Hungary, Germany, Italy, Poland and the United States. In addition to the overall situation, the following topics are analysed: the application of the Convention on the Rights of the Child, special treatment as a minor, age determination, guardianship, residence status, asylum procedure, accommodation, youth services, livelihood support benefits, medical treatment, schooling, work permit and changes in the protection status when coming of age. Recent developments are identified, and conclusions are drawn regarding further improvements.

The study makes an important contribution to highlighting the particular vulnerability of unaccompanied minors even in the face of the enormous challenges which the current refugee situation brings with it.

2016, 278 S., kart., engl., 59,– €,
978-3-8305-3578-2
eBook PDF 52,99 €, 978-3-8305-2966-8
(Abhandlungen zu Migration
und Flüchtlingsfragen, Bd. 6)
ISSN Print: 2366-9691
ISSN Online: 2366-9705

ASYLRECHT

Réka Friedery, Luigino Manca, Ralf Roßkopf (eds.)

Family Reunification

International, European and National Perspectives

Family reunification is one of the fundamental elements of international and national policies concerning the protection of immigrants' and refugees' rights. Traditionally considered a way of legally gaining access to states, it continues to be one of the main driving causes for migration, also within Europe.

Collecting interdisciplinary researches, the authors of this study provide an in-depth analysis of the current legal framework relating to family reunification. The first section is dedicated to a critical analysis of international legal standards concerning family reunification. In this context, the investigation was conducted through a multi-level approach, mainly taking into account the law and the practice of the United Nations Organization, the Council of Europe and the European Union. The second section focuses on national legislations, policies and practices of the EU Member States (Austria, Germany, Hungary and Italy) that are at the center of attention because of their involvement in migration.

2018, 176 S., kart., engl., 48,– €,
978-3-8305-3823-3
eBook PDF 48,– €, 978-3-8305-4007-6
(Abhandlungen zu Migration
und Flüchtlingsfragen, Bd. 7)
ISSN Print: 2366-9691
ISSN Online: 2366-9705

Torsten Oppelland (Hrsg.)

Das Recht auf Asyl im Spannungsfeld von Menschenrechtsschutz und Migrationsdynamik

Das Thema Asyl ist in den Medien allgegenwärtig. Seit die Flüchtlingszahlen 2015 dramatisch gestiegen sind, stehen einerseits Forderungen nach einer Aufnahmebegrenzung und andererseits die Position, dass es keine Obergrenze beim Recht auf eine individuelle Prüfung des Asylanspruchs geben könne, im politischen Raum gegeneinander. Dabei besteht in der Öffentlichkeit wenig Klarheit darüber, wozu eigentlich das Grundgesetz und dessen Artikel 16a, die Genfer Flüchtlingskonvention und europäische Regelungen die Bundesrepublik verpflichten. Auch bezüglich des tatsächlichen Zusammenhangs zwischen Asylrecht und Zuwanderung besteht Informationsbedarf. Diesen Fragen gehen die Beitragsautorinnen und -autoren in diesem Sammelband nach. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse reflektieren das Themenfeld Asyl aus juristischer, politikwissenschaftlicher und praktischer Perspektive.

2017, 161 S., 1 s/w Abb., 2 s/w Tab., kart., 32,– €, 978-3-8305-3757-1
eBook PDF 28,– €, 978-3-8305-2206-5
(Schriften des Hellmuth-Loening-Zentrums für Staatswissenschaften Jena, Bd. 23)
ISSN Print: 2367-0886
ISSN Online: 2367-0894

Oesten Baller (ed.)

Public-Private Partnership in Germany and Tunisia

Public-Private Partnership models are often controversially discussed with regard to not only their benefits and advantages, but also the chances and risks inherent in their realisation. However, there is no doubt that in developing countries the involvement of private investment and private partners can contribute to economic growth and the expansion of infrastructure. In Tunisia, the government is actively supporting PPP projects, believing that they are crucial for the further development of the country's economy and the welfare of the people.
The contributions in this book are the result of the cooperation between Tunisian and German scholars and reflect general as well as country-specific current and future frameworks of PPP and best practices of both countries. A comparison of Tunisia's concession-based concept with the infrastructure- and construction-focused approach in Germany leads to the conclusion that an open framework for PPP is desirable. The volume provides not only scholars, but also policymakers in Maghreb countries and development and investment protagonists with an overview of the PPP sector's current development in Tunisia and Germany.

2016, 182 S., kart., engl., 39,– €, 978-3-8305-3518-8
eBook PDF 34,99 €, 978-3-8305-2164-8
ISSN Print: 2367-086X
ISSN Online: 2367-0878
(Recht, Sicherheit und Verwaltung in internationaler Perspektive, Bd. 4)

DER AUTOR

Prof. Dr. Hans Achenbach, geb. 1941, ist Universitätsprofessor i. R. für Strafrecht und Strafprozessrecht, Wirtschafts- und Steuerstrafrecht (Universität Osnabrück). 2000–2002 Mitglied der Niedersächsischen Expertenkommission Justizreform beim Niedersächsischen Justizminister in Hannover, 2008–2010 Mitglied der im Bundeskartellamt in Bonn tagenden Interministeriellen Arbeitsgruppe „Kartellordnungswidrigkeitenrecht“ der Bundesministerien für Wirtschaft und Technologie und für Justiz.

AUS DEM INHALT

Wirtschaftskriminalität und Wirtschaftsstrafrecht – Gedanken zu einer terminologischen Bereinigung | Zur Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts in Deutschland seit dem späten 19. Jahrhundert | Die wirtschaftsstrafrechtliche Reformbewegung – ein Rückblick | Haftung und Ahndung – Wider die Vertauschung zweier disparater Rechtsfolgemodelle | Vermögen und Nutzungschance – Gedanken zu den Grundlagen des strafrechtlichen Vermögensbegriffes | Das Strafrecht als Mittel der Wirtschaftslenkung

Hans Achenbach

Grundfragen des Wirtschaftsstrafrechts

Ausgewählte Abhandlungen

Herausgegeben von Prof. Dr. Christian Schröder

Prof. em. Dr. Hans Achenbach war als erster Professor des 1980 neu gegründeten Fachbereiches Rechtswissenschaften in Osnabrück maßgeblich an der Entwicklung des Studienfachs Wirtschaftsstrafrecht beteiligt – ein Fachgebiet, dem er zahlreiche Publikationen widmete.

Mit diesem Buch hält der Leser eine Zusammenstellung wichtiger Aufsätze von Hans Achenbach in den Händen, die grundsätzlichen und fortwährend aktuellen Fragen des Wirtschaftsstrafrechts und des Rechts der Wirtschaftsordnungswidrigkeiten nachgehen.

Der Band beginnt mit Beiträgen zur Definition und Umgrenzung sowie zur Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts. Er wendet sich dann Grundfragen wie dem Verhältnis von Haftung und Ahndung, dem Vermögensbegriff und dem Strafrecht als Mittel der Wirtschaftslenkung zu. Es folgen Überlegungen zur Funktion und Problematik „großer“, also gesetzlich mit sehr hohen Geldbußen bedrohter Ordnungswidrigkeiten. Der letzte Teil gilt den Sanktionen gegen Unternehmen und ihr Personal, insbesondere der Regelung und den Problemen der Geldbuße gegen die Rechtsträger von Unternehmen und der Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen.

2018, 227 S., 1 s/w Abb., kart., 44,– €, 978-3-8305-3811-0
eBook PDF 40,– €, 978-3-8305-2241-6

Brunhilde Steckler, Arthur Felk

Markenpiraterie im Kontext des Gewerblichen Rechtsschutzes

Das Thema „Markenpiraterie“ ist im Markenrecht anzusiedeln und schließt Aspekte des Nachahmungsschutzes im Design- und Lauterkeitsrecht ein, wenn eine gute unternehmerische Strategie zur Risikominimierung verfolgt wird.
Die an der Fachhochschule Bielefeld erstellte Studie zur Markenpiraterie umfasst quantitative und qualitative Recherchen von Markenrechtsverletzungen in der Praxis und gibt einen Einblick in die Erfahrungen der Unternehmen und Verbraucher.
Dieses Buch vermittelt grundlegende Kenntnisse im Marken- und Kennzeichenrecht und zeigt, dass der Markenrechtsschutz im Einzelfall durch den Designschutz und den lauterkeitsrechtlichen Nachahmungsschutz ergänzt werden kann. Zudem werden geeignete administrative, rechtliche, technische und organisatorische Maßnahmen vorgeschlagen, welche den Markenschutz flankieren, um die Werbe- und Qualitätsfunktion der Marke zu erhalten und ihren Wert weiter auszubauen.
Der Anhang enthält eine Checkliste zur Risikominimierung der Markenpiraterie.

i.Vb. 2018, 978-3-8305-3842-4
eBook PDF 978-3-8305-4006-9

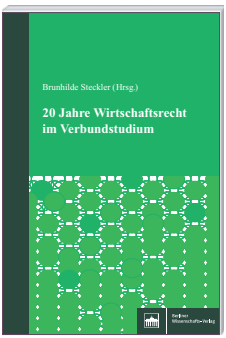
WIRTSCHAFTSRECHT

Brunhilde Steckler (Hrsg.)

20 Jahre Wirtschaftsrecht im Verbundstudium

Die Fachhochschulen Bielefeld, Niederrhein und Südwestfalen bieten seit 20 Jahren berufsbegleitende Verbundstudiengänge mit der inhaltlichen Ausrichtung Wirtschaftsrecht an. Ziel ist die Ausbildung qualifizierter Führungskräfte, die durch interdisziplinäre Fach- und Methodenkompetenz zu einem integrierten Management befähigt werden.
Die Festschrift zum 20-jährigen Jubiläum dieser Studiengänge vermittelt einen Eindruck von den vielfältigen Aspekten des Studienangebots, das juristische Arbeitsmethoden und Inhalte mit betriebswirtschaftlichen Fachmodulen und Schlüsselqualifikationen verbindet. Die Beiträge, die von Investitionsmanagement über Lebenslanges Lernen, die Auswirkungen des Bilanzrichtlinien-Umsatzgesetzes oder auch Markenpiraterie reichen, verdeutlichen die Expertise der Lehrenden aus Praxis und Wissenschaft. Deren Engagement verdanken die Studierenden, Absolventinnen und Absolventen sowohl fachliche als auch methodische Kompetenzen, die ihnen Erfolg auf dem Arbeitsmarkt und die künftige Karriere sichern.

2017, 340 S., 11 s/w Abb., kart., 49,– €, 978-3-8305-3759-5
eBook PDF 44,– €, 978-3-8305-2231-7



DIE AUTORIN

Anne-Marie Hahn, geb. 1985, 2004–2007 Ausbildung zur Steuerfachangestellten, 2007–2011 Studium der Rechtswissenschaften (Universität Greifswald), 2012–2015 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Strafrecht, insbesondere Wirtschafts- und Steuerstrafrecht (Prof. Dr. Wolfgang Joecks), 2015 Promotion (Universität Greifswald), seit 2015 Referendariat (Land Hessen).

INHALT

Erster Teil: Einleitung | Zweiter Teil: Gesetzliche und Private Krankenversicherung im Überblick | Sachverhalt und Interessenverteilung | Gemeinsamkeiten | Rechtliche Ausgestaltung der Privaten Krankenversicherung | Rechtliche Strukturen der Gesetzlichen Krankenversicherung | Dritter Teil: Abrechnungsbetrug | Die Fallgruppen | Grundsituation – Originär kostenrechtliche Vorschriften | Abwandlung I – Leistungsfehler | Abwandlung II – Persönliche Leistungserbringung | Abwandlung III – Erstattungsfälle | Gesamtfazit und Ausblick

Anne-Marie Hahn

Privatärztlicher Abrechnungsbetrug – Unter besonderer Berücksichtigung des Beschlusses BGH 1 StR 45/11

In den vergangenen Jahren rückten insbesondere niedergelassene Ärzte vermehrt in den Fokus staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen und gerichtlicher Entscheidungen. Laut Beschluss des Bundesgerichtshofes im Jahr 2012 können fehlerhaft erbrachte ärztliche Leistungen und/oder Fehler bei der Abrechnung Grund für eine Strafbarkeit wegen Betruges sein. Der Bundesgerichtshof überträgt damit die aus dem Vertragsarztrecht bekannte und vielfach kritisierte „streng formale Betrachtung“ auf den Bereich privatärztlicher Abrechnungen.

Die Autorin setzt sich mit der Entscheidung des Bundesgerichtshofes kritisch auseinander und unterbreitet alternative Lösungswege. Der Darstellung der Abrechnungssysteme der Privaten und Gesetzlichen Krankenversicherung folgt eine detaillierte und in Fallvarianten untergliederte Arbeit am Betrugstatbestand. Abschließend werden die Auswirkungen von fehlerhaften Abrechnungen im Verhältnis zu Krankenversicherern und Beihilfestellen sowie die Rolle des Patienten in diesem Verhältnis untersucht.

2017, 440 S., 27 s/w Abb., kart.,
89,– €, 978-3-8305-3671-0
eBook PDF 80,– €, 978-3-8305-2133-4
(Strafrecht der Wirtschaft, Bd. 17)
ISSN Print: 2367-2684
ISSN Online: 2367-2692

Marcus Hehn, Adrian Schweizer (Hrsg.)

Handbuch Wirtschaftsmediation

Band 3

Bücher zu Mediation und Coaching sind meist von Theoretikern geschrieben und lassen praktische Erfahrungswerte missen. Diese Lücke wird jetzt gefüllt: 24 Mediatoren und Coaches erzählen in Story-Form aus ihrer beruflichen Praxis, schildern Einzelfälle und, wie sie diese elegant lösen konnten. Detailliert erklären sie ihre Vorgehensweise und die angewandten Techniken.
Unsere Lösungsprofis beweisen, dass Mediation und Coaching nicht nur in der Theorie funktionieren. Lesen Sie nach, wie die in Band 1 und 2 dargestellten Modelle in der Praxis angewendet werden.
Die Beispiele betreffen u. a. die meditative Anwaltsarbeit, das kooperative Verhandeln, die konsensorientierte Arbeit in der Verwaltung, inner- und zwischenbetriebliche Mediationen und Coachings mit Kunden und sich selbst in allen Lebensumständen.

- Aus der Praxis für die Praxis.
- Kenntnisreich. Umfassend. Inspirierend.
- Ideal zum Nachahmen oder Reinschnuppern.

i. Vb. 978-3-8305-3849-3
eBook PDF 978-3-8305-4019-9

Institut für Bankrecht und Bankwirtschaft an der Universität Rostock e. V. (Hrsg.)

Unternehmensnachfolge – Status quo, Erfolgsfaktoren und künftige Rahmenbedingungen

19. Rostocker Bankentag am 12.11.2015

Beim Problembereich Unternehmensnachfolge handelt es sich um einen komplexen und vielschichtigen Vorgang, der große gesamtwirtschaftliche Bedeutung hat. Das Thema betrifft Unternehmerinnen und Unternehmer sowie diejenigen, die diesen Prozess rechtlich, steuerlich und betriebswirtschaftlich begleiten und unterstützen, in praktischer und wissenschaftlicher Hinsicht. Das Themenspektrum des 19. Rostocker Bankentags reicht von empirischen Befunden über fachliche und emotionale Erfolgsfaktoren bis hin zu den künftigen Regelungen im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer.

2016, 104 S., 30 s/w Abb., 3 Tab., kart., 14,80 €, 978-3-8305-3662-8
eBook PDF 11,– €, 978-3-8305-2158-7
ISSN (Print) 1435-9952
ISSN (Online) 2509-8845
(Rostocker Schriften zum Bankrecht, Bd. 18)

Richard Kettisch

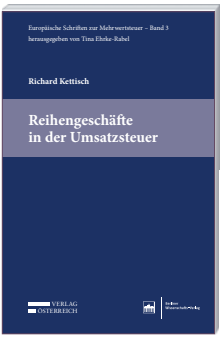
Reihengeschäfte in der Umsatzsteuer

Handelswaren durchlaufen vom Produzenten bis zum Endkunden typischerweise mehrere Handelsstufen. Wirtschaftlich sinnvoll ist es, die Waren nicht nacheinander von Verkäufer zu Verkäufer zu befördern, sondern die Waren vom Ersten in der Reihe direkt zum Endkunden zu bringen – einem sogenannten „Reihengeschäft".

Überschreitet eine solche Lieferkette eine Staatsgrenze, hat jeder Beteiligte dieses Reihengeschäfts, also jeder Produzent und jeder Groß- und Einzelhändler – hinsichtlich der Umsatzsteuer zu prüfen: Ist die Lieferung steuerbefreit? Ist ein innergemeinschaftlicher Erwerb oder eine Einfuhr zu versteuern? In welchem Staat ist die Umsatzsteuer gegebenenfalls abzuführen?

In diesem Buch wird untersucht, nach welchen Kriterien diese Fragen zu klären sind. Zudem wird erörtert, welche besonderen Fälle in der Praxis auftreten können und welche Potenziale bei der Vertragserrichtung, im Abgabeverfahren und auch seitens des Gesetzgebers genützt werden könnten. Die Ausführungen werden durch mehr als 30 Beispiele veranschaulicht.

2017, 538 S., kart., 84,– €,
978-3-8305-3810-3



Philine Fabig

Internationales Wettbewerbsprivatrecht nach Art. 6 Rom II-VO – Einheitliche Anknüpfung des Wettbewerbsrechts?

In Art. 6 Rom II-VO wird zwar sowohl das Lauterkeits- als auch das Kartellrecht an den Marktort angeknüpft, jedoch wurden die Rechtsgebiete aufgrund der historisch getrennten Entwicklung bislang zumeist getrennt betrachtet. Aufgrund der Annäherung der beiden Rechtsgebiete und der zunehmend übereinstimmenden Funktionen ergeben sich Abgrenzungsprobleme bei der Qualifikation wettbewerbsrechtlicher Normen, die neben der Abgrenzung zu weiteren Normen wie denen des Immaterialgüterrechts behandelt werden. Auch das Problem der Eingriffsnormen und der Sonderanknüpfung bzw. deren Reichweite wird behandelt.

Die Arbeit beschäftigt sich mit den Details der Anknüpfung nach Art. 6 Rom II-VO, vor allem den Abgrenzungen der Anknüpfung des Lauterkeits- und des Kartellrechts sowie der Frage der Anknüpfung der Verbotsnormen. Dabei wird ein einheitlicher Ansatz der Auslegung und Anknüpfung untersucht. Schließlich schlägt die Autorin eine einheitliche Kollisionsnorm für das Wettbewerbsprivatrecht vor.

2016, 350 S., 2 s/w Abb., kart., 69,– €,
978-3-8305-3711-3
eBook PDF 66,– €, 978-3-8305-2189-1
(Pro Universitate Verlag im BWV)

Deutsch-Russische Juristenvereinigung e. V. (Hrsg.)

Deutsch-Russische Rechtszeitschrift | DRRZ

Германо-Российский юридический журнал
German-Russian Law Review

„DRRZ“ versteht sich als wichtigste Publikation außerhalb Russlands zum russischen Recht und zu rechtsvergleichenden Themen im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr. Fachbeiträge, Urteilsbesprechungen und Rezensionen bilden den inhaltlichen Schwerpunkt. Eine ausführliche Gesetzgebungsübersicht erlaubt einen aktuellen Überblick über die Entwicklung des russischen Rechts.

Erscheinungsweise
Halbjährlich.

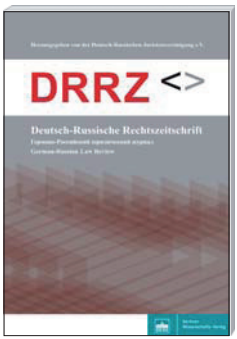
Bezugspreise*
Privatbezieher:
- Jahresabonnement Print 43,– €
- Jahresabonnement Digital 43,– €
- Jahresabonnement Print + Digital 60,– €
- Einzelheft 23,– €

Institutionen:
- Jahresabonnement Print 43,– €
- Jahresabonnement Print + Digital mit IP-Zugang 85,– €
- Einzelheft 23,– €

Versandkosten Jahresabonnement:
- Inland 4,– € | Ausland 8,90 €
- Direktversand: zzgl. 2,– €

* Alle Preise zzgl. Versandkosten bei Printausgaben.

ISSN Print: 2367-1815
ISSN Online: 2367-1823



ZEITSCHRIFTEN

Hans-Joachim Heintze, Charlotte Lülf, Pierre Thielbörger (Hrsg.)

Humanitäres Völkerrecht | HuV

Journal of International Law of Peace and Armed Conflict

„Humanitäres Völkerrecht“ widmet sich den Herausforderungen gegenwärtiger bewaffneter Konflikte und behandelt die vielfältigen und aktuellen Aspekte des Humanitären Völkerrechts und seiner Nachbargebiete, des internationalen Menschenrechtsschutzes, des Völkerstraftrechts sowie die praktischen Herausforderungen von humanitärer Hilfe und Friedenseinssätzen.

Erscheinungsweise
Halbjährlich.

Bezugspreise*
Privatbezieher und DRK-Mitglieder:
- Jahresabonnement Print 49,– €
- Jahresabonnement Print + Digital 78,40 €
- Einzelheft 28,– €

Institutionen:
- Jahresabonnement Print 58,60 €
- Jahresabonnement Print + Digital mit IP-Zugang 86,– €
- Einzelheft 33,– €

Versandkosten Jahresabonnement:
- Inland 7,90 € | Ausland 13,90 €
- Direktversand: zzgl. 2,– €

* Alle Preise zzgl. Versandkosten bei Printausgaben.

ISSN Print: 0937-5414
ISSN Online: 2569-5010

Jörg Antoine, Bernd Th. Drößler, Katrin Gerdsmeier, Burkhard Kämper, Moritz Linzbach, Evelyne D. Menges, Arno Schilberg, Gernot Sydow (Hrsg.)

Kirche & Recht | KuR

Zeitschrift für die kirchliche und staatliche Praxis

Die überkonfessionelle und ökumenisch verantwortete Zeitschrift „Kirche & Recht“ wendet sich an alle Einrichtungen und Ämter, die kirchliches wie staatliches Recht anwenden. Sie enthält u.a. aktuelle Rechtsprechung und einschlägige Neuerscheinungshinweise sowie Beiträge zu allen Rechtsbereichen, die insbesondere für kirchliche Einrichtungen von zentralem Interesse sind.

Erscheinungsweise
Halbjährlich.

Bezugspreise*
Privatbezieher:
– Jahresabonnement Print 72,– €
– Jahresabonnement Print + Digital 107,– €
– Einzelheft 39,– €

Institutionen:
– Jahresabonnement Print 72,– €
– Jahresabonnement Print + Digital mit IP-Zugang 172,– €
– Einzelheft 39,– €

Versandkosten Jahresabonnement:
– Inland 5,50 € | Ausland 11,– €
– Direktversand: zzgl. 2,– €

* Alle Preise zzgl. Versandkosten bei Printausgaben.

ISSN Print: 0947-8094
ISSN Online: 2366-6722

Hasso Lieber, Ursula Sens (Hrsg.)

Richter ohne Robe | RohR

Zeitschrift des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e.V. – Deutsche Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen (DVS)

„Richter ohne Robe“ berichtet über die Praxis der Vereinigung, über rechtspolitische Vorhaben in Regierungen und Parlamenten und über die aktuelle Rechtsprechung, die sich mit den ehrenamtlichen Richtern befasst. Praktische Tipps und die Beantwortung von Fragen aus dem Alltag des Amtes der ehrenamtlichen Richter runden die Berichterstattung ab.

Erscheinungsweise
Vierteljährlich.

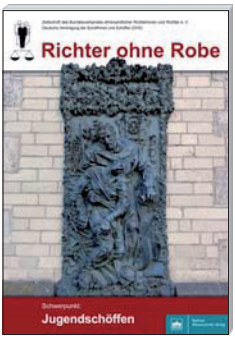
Bezugspreise*
Privatbezieher:
– Jahresabonnement Print 40,– €
– Jahresabonnement Digital 40,– €
– Jahresabonnement Print + Digital 55,– €
– Einzelheft 12,– €

Institutionen:
– Jahresabonnement Print 40,– €
– Jahresabonnement Print + Digital mit IP-Zugang 80,– €
– Einzelheft 12,– €

Versandkosten Jahresabonnement:
– Inland 6,50 € | Ausland 15,50 €
– Direktversand: zzgl. 2,– €

* Alle Preise zzgl. Versandkosten bei Printausgaben.

ISSN Print: 2190-345X
ISSN Online: 2366-6765

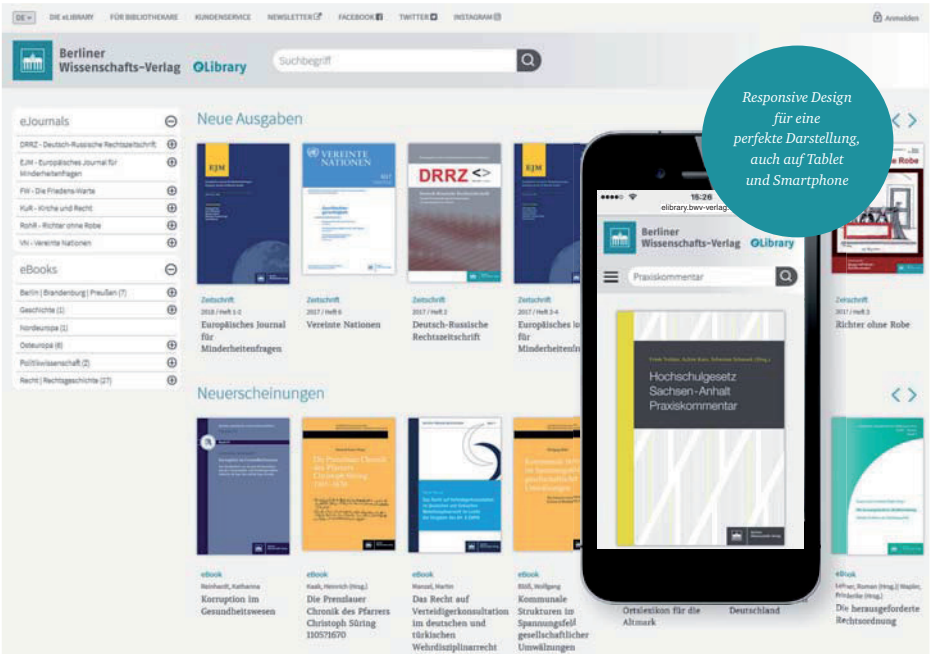


Berliner Wissenschafts-Verlag eLibrary

Das neue eJournal- & eBook-Angebot im Berliner Wissenschafts-Verlag

Mit dem Launch der eLibrary 2018 steht Ihnen eine vollständig überarbeitete digitale Bibliothek zur Verfügung – mit zahlreichen technischen Neuerungen und Vorteilen für Bibliotheken und Ihre Nutzer. Überzeugen Sie sich von unserer eJournal- und eBook-Lösung für Ihre Bibliothek!

- Kaufmodell: dauerhafter & unbegrenzter Zugang
- Soziales DRM ohne Einschränkungen für die Nutzer
- Einfache Metadatenlieferung über OCLC
- Intelligente, Google-ähnliche Suchfunktion



Machen Sie sich selbst ein Bild unter elibrary.bwv-verlag.de

Für ein individuelles Angebot steht Ihnen Paul Osborn gerne zur Verfügung.
Tel.: +49 (0)30 54880853 | Mobil: +49 (0)1703229373
E-Mail: osborn@bwv-verlag.de

Für alle Fragen rund um die Bestell-Abwicklung steht Ihnen Paul Anrather gerne zur Verfügung.
Tel.: +49 (0)30 841770-0 | E-Mail: vertrieb@bwv-verlag.de

Achenbach, Hans 65
Albrecht, Peter-Alexis 3, 4
Allenhöfer, Anke 17
Antoine, Jörg 71
Arendt, Rieke 56
Augustin, Julian 55

Baller, Oesten 20, 64
Bazzani, Tania 34
Bergmann, Wilfried 21
Bergmans, Bernhard 2
Birke, Rainer 19
Böttcher, Jörg 38
Brandt, Edmund 6, 23, 29, 37, 38, 39, 40, 51
Breig, Burkhard 20
Büstgens, Johanna 29

Clausmeier, Dirk 36

Dammer, Florian O. 27
Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V. Bonn 21
Deutsch-Russische Juristenvereinigung e. V. 70
Diener, Lisa 28
Dieterich, Thomas 7
Dorschfeldt, Dorian 35
Driftmann, Christian 49
Drößler, Bernd Th. 71
Dubovitskaya, Elena 21

Fabig, Philine 69
Felk, Arthur 66
Fiedler, Malte 40
Fisahn, Andreas 8
Friedery, Réka 63

Gawron, Thomas 28, 29
Gerdsmeier, Katrin 71
Geßner, Janko 38
Glorius, Dominik 14
Graver, Hans Petter 31
Gunnarsson, Logi 56, 57
Günter, Bernd 39

Hagebölling, Lothar 23, 50, 51, 52
Hahn, Anne-Marie 67
Hehn, Marcus 68
Heintze, Hans-Joachim 58, 59, 70
Helleberg, Max 8
Heuser, Christian 16
Hilpold, Peter 32
Hobe, Stephan 12
Hohlstein, Gary 41
Horrer, Veronika 20
Hüpers, Bernd 12

Immermann, Dimitri 30
Institut für Bankrecht und Bankwirtschaft an der Universität Rostock e.V. 68

Jagau, René 46
Jaus, Albrecht 26
Jeschke, Mareike 5
Josipovic, Neven 41, 42, 52, 53

Kahmen, Alexandra 36
Kämper, Burkhard 71
Kettisch, Richard 69
Keul, Liudmila 15
Klees, Andreas 23, 49
Kloepfer, Michael 27
Kockert, Svenja 23
Koehler, Ulrich 61
Kolakowski, Uwe 23
König, Claudia 47
Kreikebohm, Ralf 23
Kreikebohm, Wibke 22
Krüger, Philipp-Lennart 26
Küçükdağlı, Ayşegül 33
Kurz, Achim 25
Kutscha, Martin 8

Lehner, Roman 62
Lieber, Hasso 9, 71
Linzbach, Moritz 71
Lohse, Eva Julia 30
Louis, Hans Walter 23
Lülf, Charlotte 70

Manca, Luigino 63
Manzel, Martin 31
Menges, Evelyne D. 71
Mestad, Ola 31
Meyfarth, Ina 33
Montag, Heike 59
Müller-Graff, Peter-Christian 31

Nagl, Thomas 53
Nolden, Frank 25

Oelfke, Christian 10
Oppelland, Torsten 64
Ortlieb, Birgit Käthe 43
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin 21
Ott, Konrad 46
Paulus, Christoph G. 11
Poto, Margherita Paola 30
Pröpstl, Thomas 10

Raasch, Holger 10
Rade, Phyllis 18
Reinhardt, Katharina 35
Rinke, Stefan 58
Rodewald, Jürgen 23
Roggemann, Herwig 21
Rogowski, Ralf 28
Roßkopf, Ralf 63

Sack, Fritz 3
Safoklov, Yury 16
Scharfe, Matthias 11
Schilberg, Arno 71
Schlimme, Hauke Christian 53
Schmidt-Tedd, Bernhard 12
Schmidt, Torsten 32
Schmuck, Sebastian 25

Schnetter, Martin 54
Schröder, Christian 65
Schröder, Rainer 27
Schrogl, Kai-Uwe 12
Schweizer, Adrian 68
Seiring, Olaf 57
Sens, Ursula 9, 71
Senti, Richard 32
Singer, Reinhard 34
Smeddinck, Ulrich 23, 29, 45, 46, 47, 48
Sólyom, László 21
Spiller, Philipp 13
Steckler, Brunhilde 54, 55, 66
Stockebrandt, Patrick 18
Stolz, Armin 22
Sydow, Gernot 71

Thielbörger, Pierre 59, 70
Thiele, Jan 39

Voßberg, Annabelle 3

Wagner-Kern, Michael 6
Wagner, Niklas 10
Wapler, Friederike 62
Wedde, Rainer 19
Weiß, Norman 56
Werle, Gerhard 27
Werz, Katharina 14
Wiedenfels, Uta 13
Wieser, Bernd 22
Willmann, Sebastian 43

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Warenlieferungen und Dienstleistungen einschließlich Widerrufsbelehrung und Pflichtangaben des Berliner Wissenschafts-Verlags

1. VORBEMERKUNG

1.1 Diese Geschäftsbedingungen gelten für sämtliche Warenlieferungen (Bücher, Zeitschriften, Loseblattwerke, Ergänzungslieferungen, Tabellen, Broschüren, CD-ROM und DVD u. ä.) Ihres Vertragspartners, der Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH.
1.2 Abweichende Bedingungen bedürfen zu ihrer Geltung der ausdrücklichen Zustimmung.
1.3 Für Online-Produkte, deren Nutzung ausschließlich im Wege der Datenfernübertragung über das Internet erfolgt, gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Online-Produkte (AGB Online-Produkte).
1.4 Bei Lieferung von Software (CD-ROM, DVD, Download von Applikationen) gelten ergänzende Bestimmungen (Software-Lizenzbedingungen).

2. VERTRAGSSCHLUSS

2.1 Bei einer Bestellung schließen Sie den Vertrag mit der Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH, Markgrafenstraße 12–14, 10969 Berlin, Telefon: 030 84 17 70 0, Telefax: 030 84 17 70 21, E-Mail: bwv@bwv-verlag.de, Umsatzsteuer-ID: DE136766998, Handelsregister: Registergericht Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Registernummer HRB 32 640, vertretungsberechtigte Geschäftsführer: Dr. Christian Rotta und André Caro.
2.2 Die Präsentation unserer Waren stellt kein bindendes Angebot unsererseits dar. Erst die Bestellung einer Ware durch Sie ist ein bindendes Angebot nach § 145 BGB. Sie werden über den Eingang Ihrer Bestellung, bei telefonischer Bestellung telefonisch und bei schriftlicher Bestellung jeweils schriftlich informiert. Der Kaufvertrag kommt dadurch zustande, dass wir das in Ihrer Bestellung liegende Angebot zum Abschluss eines Kaufvertrages durch eine Auftragsbestätigung oder durch die Lieferung der Ware an Sie annehmen.
2.3 Ihre elektronische Bestellung wird ausgelöst, indem Sie den Button „Zahlungspflichtig bestellen" anklicken. Mit der Bestellung erklären Sie verbindlich, die Ware erwerben zu wollen. Den Bestellvorgang leiten Sie ein, indem Sie den Button „Zur Kasse" anklicken. Ihre Angaben werden dann noch einmal angezeigt, damit Sie Änderungswünsche ausführen oder mögliche Eingabefehler korrigieren können. Durch Anklicken des Buttons „Zahlungspflichtig bestellen" wird Ihre Bestellung ausgelöst und an uns weitergeleitet. Mit Ihrer Bestellung erklären Sie verbindlich, die Ware erwerben zu wollen. Sie werden über den Eingang Ihrer Bestellung umgehend per E-Mail informiert. Bitte beachten Sie, dass diese E-Mail nur der Bestätigung des Eingangs Ihrer Bestellung dient und noch keine Annahme Ihres Angebotes auf Abschluss eines Kaufvertrages darstellt. Der Kaufvertrag kommt dadurch zustande, dass wir das in Ihrer Bestellung liegende Angebot zum Abschluss eines Kaufvertrages durch die Lieferung der Ware annehmen. Der Vertragstext wird nach dem Vertragsabschluss von uns gespeichert und ist auf Ihren Wunsch jederzeit bei unserem Kundenservice abrufbar.
2.4 Alle Loseblattwerke und Softwareprogramme sind bis zum Liefertermin aktualisiert. Damit Loseblattwerke oder Software stets aktuell bleiben, nehmen Sie am vertragsgemäßen Aktualisierungs-Service teil, sofern Sie nichts anderes angeben.

3. PREISE

3.1 Unsere Preise verstehen sich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer.
3.2 Unsere Preise verstehen sich bei Lieferung in Deutschland zuzüglich der in Ihrer Bestellung ausgewiesenen Versandkosten.
3.3 Beim Auslandsversand wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von EURO 7,95 pro Versandstück berechnet.

4. ZAHLUNGS- UND LIEFERUNGSBEDINGUNGEN

4.1 Sofern nicht anders vereinbart, erfolgt die Lieferung durch unsere Verlagsauslieferung an die von Ihnen angegebene Lieferadresse.
4.2 Die Lieferzeit beträgt in der Regel bis zu 4 Werktage, nachdem wir Ihre Bestellung durch unsere Auftragsbestätigung angenommen haben.
4.3 Sie können den Kaufpreis entweder per Kreditkarte, mittels Überweisung oder im Lastschriftverfahren bezahlen.
4.4 Für den Fall der Rückgabe oder Nichteinlösung einer Lastschrift ermächtigt der Besteller die Bank mit Abgabe der Bestellung unwiderruflich, dem Verkäufer seinen Namen und seine aktuelle Anschrift mitzuteilen.
4.5 Für Neukunden besteht eine Höchstgrenze, bis zu welcher der Kauf auf Rechnung möglich ist. Diese Grenze gilt für das gesamte Kundenkonto und berücksichtigt auch noch offene Beträge aus früheren Rechnungsstellungen.
Die Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH behält sich vor, im Einzelfall bestimmte Zahlungsweisen nicht anzubieten.
4.6 Lieferung an eine von Ihnen angegebene Packstation ist nicht gegen offene Rechnung möglich. In diesem Fall muss der Kaufpreis per Lastschrift, Vorkasse oder Kreditkarte bezahlt werden.
4.7 Wird das Zahlungsziel überschritten, werden sämtliche offenen Forderungen ohne Rücksicht auf vorher eingeräumte Zahlungsziele sofort fällig und wir sind berechtigt, Mahnkosten für die erste Mahnung in Höhe von Euro 1,50, Euro 6,50 für die zweite Mahnung und Euro 26,50 für die dritte Mahnung und Verzugszinsen in banküblicher Höhe zu erheben. Der Zahlungsverzug tritt ohne weitere Mahnung mit der Zielüberschreitung ein.

5. WIDERRUFSRECHT

5.1 Als Verbraucher steht Ihnen ein gesetzliches Widerrufsrecht zu. Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu einem Zweck abschließt, der weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann (§ 13 BGB).
5.2 Hinsichtlich der Voraussetzungen und Rechtsfolgen des Widerrufs wird auf die Widerrufsbelehrung außerhalb der AGBs verwiesen.

6. RÜCKSENDEKOSTEN

Die Kosten der Rücksendung trägt der Besteller im Falle eines Widerrufs.

7. KÜNDIGUNG | MINDESTLAUFZEIT

7.1 Zeitschriftenabonnements – dies gilt auch für Loseblattwerke – gelten unbefristet, sind aber jeweils jährlich kündbar. Die Kündigung ist bis 31.12. eines jeden Jahres möglich und muss bis spätestens 15.11. des laufenden Jahres beim Verlag eingetroffen sein.
7.2 Etwaige nach der Kündigung noch erhaltene Lieferungen sind zurückzugeben. Gleiches gilt für den Aktualisierungs-Service bei Loseblattwerken.

8. EIGENTUMSVORBEHALT

8.1 Wir behalten uns bei allen Lieferungen das uneingeschränkte Eigentum bis zur vollständigen Erfüllung aller Zahlungsverpflichtungen durch den Kunden vor.
8.2 Bei Lieferung an Weiterverkäufer ist dieser zur Weiterveräußerung im ordentlichen Geschäftsgang berechtigt. Er ist grundsätzlich ermächtigt, die Forderungen einzuziehen. Der Weiterverkäufer tritt uns sicherheitshalber alle Forderungen gegen seine Abnehmer in Höhe des Rechnungswertes der Ware ab (verlängerter Eigentumsvorbehalt).

9. GEWÄHRLEISTUNG/HAFTUNG

9.1 Es gilt das gesetzliche Gewährleistungsrecht.
9.2 Für Fragen, Reklamationen und Beanstandungen erreichen Sie unseren Kundenservice telefonisch unter 030 84 17 70 0 montags bis donnerstags von 8.30 h bis 17.00 h und freitags von 8.30 h bis 15.30 h oder per E-Mail an vertrieb@bwv-verlag.de. Für Kaufleute gelten diesbezüglich §§ 377, 378 HGB.

10. NICHTVERFÜGBARKEIT

10.1 Wir behalten uns vor, von einer Ausführung Ihrer Bestellung abzusehen, wenn wir den bestellten Titel nicht vorrätig haben, der nicht vorrätige Titel beim Verlag vergriffen und die bestellte Ware infolgedessen nicht verfügbar ist.
In diesem Fall werden wir Sie unverzüglich über die Nichtverfügbarkeit informieren und einen gegebenenfalls von Ihnen bereits gezahlten Kaufpreis unverzüglich rückerstatten.

11. DATENSCHUTZ

11.1 Sämtliche von Ihnen mitgeteilten personenbezogenen Daten (wie z. B. Anrede, Name, Anschrift, Geburtsdatum, E-Mailadresse, Telefon- und Telefaxnummer, Bankverbindung, Kreditkartennummer) werden wir ausschließlich gemäß den Bestimmungen des deutschen Datenschutzrechts erheben, verarbeiten und speichern.
11.2 Wir nutzen Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich für Zwecke rund um Ihre Bestellung, so z. B. für die Information zu Ihrem Bestellstatus und/oder Lieferstatus und für interne Kundenanalysen. Persönliche Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und an Dritte nur in Rahmen der Zustellung und Bezahlung weitergegeben. Bitte lesen Sie auch unsere Datenschutzerklärung.
11.3 Ich erteile meine Einwilligung in die Speicherung, Verarbeitung und Weitergabe meiner personenbezogenen Daten gemäß den gesonderten Datennutzungsbestimmungen.

12. ANWENDBARES RECHT/GERICHTSSTAND

12.1 Soweit der Kunde nicht Verbraucher ist, gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
12.2 Ist der Kunde Kaufmann oder juristische Person des öffentlichen Rechts, ist ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis das für unseren Firmensitz Berlin zuständige Gericht.

13. ONLINE-SHOP-BESTELLUNG

Soweit Sie beim Besuch auf unserer Homepage Ware bestellen, möchten wir Sie auf Folgendes hinweisen:
1. Die für den Vertragsabschluss zur Verfügung stehende Sprache ist ausschließlich Deutsch.
2. Die wesentlichen Merkmale der von uns angebotenen Waren sowie die Gültigkeitsdauer befristeter Angebote entnehmen Sie bitte den einzelnen Produktbeschreibungen im Rahmen unseres Internetangebotes.
3. Die Präsentation unserer Waren stellt kein bindendes Angebot unsererseits dar. Erst die Bestellung einer Ware durch Sie ist ein bindendes Angebot nach § 145 BGB. Sie werden über den Eingang Ihrer Bestellung umgehend per E-Mail informiert. Die Eingangsbestätigung erfolgt sofort und automatisch und stellt keine Vertragsannahme dar. Der Kaufvertrag kommt dadurch zustande, dass wir das in Ihrer Bestellung liegende Angebot zum Abschluss eines Kaufvertrages durch die Lieferung der Ware annehmen. Die Lieferung der Ware erfolgt innerhalb 4 Werktage nachdem Ihre Bestellung bestätigt wurde, vorausgesetzt die Ware ist verfügbar.
4. Sollte die von Ihnen bestellte Ware nicht verfügbar sein, behalten wir uns vor, die Leistung nicht zu erbringen. In diesem Fall werden wir Sie unverzüglich über die Nichtverfügbarkeit informieren und einen ggf. bereits bezahlten Kaufpreis unverzüglich zurückerstatten.
5. Etwaige Eingabefehler bei Abgabe Ihrer Bestellung können Sie bei der abschließenden Bestätigung vor der Kasse erkennen und mit Hilfe der Lösch- und Änderungsfunktion vor Absendung der Bestellung jederzeit korrigieren.
6. Die von uns angegebenen Preise verstehen sich inklusive Steuern zuzüglich der ggf. ausgewiesenen Versandkosten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.
7. Der Kaufpreis wird 14 Tage nach Rechnungsstellung fällig. Die Zahlung der Ware erfolgt nach Ihrer Wahl per Kreditkarte oder mittels Banküberweisung. Unsere Bankverbindung lautet: Postbank Berlin, IBAN DE39 1001 0010 0028 8751 01, BIC PBNKDEFFXXX
8. Der Vertragstext einschließlich Ihrer Bestellung wird von uns gespeichert und wird Ihnen auf Wunsch zusammen mit unseren Allgemeinen Geschäftsbedingungen zugesandt.

14. SCHLICHTUNGSSTELLE

Die EU-Kommission stellt eine Internetplattform zur Online-Beilegung von Streitigkeiten (sog. „OS-Plattform") bereit. Die OS-Plattform soll als Anlaufstelle zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten betreffend vertragliche Verpflichtungen, die aus Online-Kaufverträgen erwachsen, dienen. Die OS-Plattform ist unter folgendem Link erreichbar: http://ec.europa.eu/consumers/odr/.
Information nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG)
Der Berliner Wissenschafts-Verlag nimmt nicht an einem Streitbeilegungsverfahren einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teil.

– ENDE DER ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN – Stand: 31.07.2017

WIDERRUFSRECHT

Als Verbraucher steht Ihnen ein gesetzliches Widerrufsrecht zu.
Widerrufsbelehrung bei der Bestellung von gedruckten Büchern und anderen körperlichen Waren
Verbrauchern steht ein gesetzliches Widerrufsrecht zu. Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können (§ 13 BGB).

WIDERRUFSBELEHRUNG

WIDERRUFSRECHT

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag, an dem Sie oder ein von Ihnen benannter Dritter, der nicht der Beförderer ist, die letzte Ware in Besitz genommen haben bzw. hat.
Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns

Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH
vertreten durch die Geschäftsführer: Dr. Christian Rotta und André Caro
Markgrafenstraße 12–14
10969 Berlin
Tel.: +49 30 84 17 70 0
Fax: +49 30 84 17 70 21
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de

mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden. Die Rücksendung ist zu richten an:

Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH
Markgrafenstraße 12–14
10969 Berlin

FOLGEN DES WIDERRUFS

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.
Wir können die Rückzahlung verweigern, bis wir die Waren wieder zurückerhalten haben oder bis Sie den Nachweis erbracht haben, dass Sie die Waren zurückgesandt haben, je nachdem, welches der frühere Zeitpunkt ist.
Sie haben die Waren unverzüglich und in jedem Fall spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag, an dem Sie uns über den Widerruf dieses Vertrags unterrichten, an uns zurückzusenden oder zu übergeben. Die Frist ist gewahrt, wenn Sie die Waren vor Ablauf der Frist von vierzehn Tagen absenden. Die Kosten der Rücksendung der Waren tragen Sie.
Sie müssen für einen etwaigen Wertverlust der Waren nur aufkommen, wenn dieser Wertverlust auf einen zur Prüfung der Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise der Waren nicht notwendigen Umgang mit ihnen zurückzuführen ist.

– ENDE DER GESETZLICHEN WIDERRUFSBELEHRUNG –

AUSSCHLUSS BZW. VORZEITIGES ERLÖSCHEN DES WIDERRUFSRECHTS

Ein Widerrufsrecht besteht nicht bei Lieferungen von Ton- oder Videoaufnahmen (z.B. CD, Musik- oder Videokassetten) oder von Computersoftware in einer versiegelten Verpackung, wenn die Versiegelung nach der Lieferung entfernt wurde.
Ein Widerrufsrecht besteht ferner nicht bei Waren, die nicht vorgefertigt sind und für deren Herstellung eine individuelle Auswahl oder Bestimmung durch den Verbraucher maßgeblich ist oder die eindeutig auf die persönlichen Bedürfnisse des Verbrauchers zugeschnitten sind.
Ein Widerrufsrecht besteht außerdem nicht bei Verträgen zur Lieferung von Zeitungen, Zeitschriften oder Illustrierten mit Ausnahme von Abonnement-Verträgen.

WIDERRUFSFORMULAR

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.)

An:
Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH
vertreten durch die Geschäftsführer: Dr. Christian Rotta und André Caro
Markgrafenstraße 12–14
10969 Berlin
Fax: +49 30 84 17 70 21
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (*)/ die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*):

.....

Bestellt am (*) / erhalten am (*):

.....

Name des/der Verbraucher(s):

.....

Anschrift des/der Verbraucher(s):

.....

Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier):

.....

Datum

.....

(*) Unzutreffendes streichen.

Hiermit bestelle ich* (inkl. MwSt.)
Das Porto übernehmen wir!**

..... Ex. ..... ISBN 978-3-8305-..... je ..... €

..... Ex. ..... ISBN 978-3-8305-..... je ..... €

..... Ex. ..... ISBN 978-3-8305-..... je ..... €

..... Ex. ..... ISBN 978-3-8305-..... je ..... €

..... Ex. ..... ISBN 978-3-8305-..... je ..... €

Sie haben auch die Möglichkeit, Titel aus unserem Verlagsprogramm über unseren Onlineshop zu bestellen; E-Books sind ausschließlich dort erhältlich: www.bwv-verlag.de.

ZAHLUNGSART

☐ Vorausrechnung

☐ SEPA-Lastschrift

Ich/Wir ermächtige(n) die Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH, Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen:***

.....
Kontoinhaber (Name, Vorname)

.....
Anschrift (falls abweichend)

.....

.....
IBAN

.....
BIC

*** Es gelten die unter https://www.bwv-verlag.de/shop/bwv/cms/texte.sepa/ aufgeführten Konditionen. Gläubiger-Identifikationsnummer: DE89ZZZ00000672614.

.....
Datum/Unterschrift

ABSENDER

.....
Name Vorname

.....
Institution

.....
Straße Hausnr./Zusatz

.....
Postleitzahl Ort

.....
E-Mail

* Sie haben das Recht, die Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Lieferung zu widerrufen. Der Widerruf bedarf keiner Begründung, hat jedoch in Textform (Brief, E-Mail oder Fax) und durch Rücksendung der Ware an den Berliner Wissenschafts-Verlag zu erfolgen. Die Kosten der Rücksendung trägt der Besteller. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs oder der Ware (Datum des Poststempels). Unsere AGB finden Sie auf https://www.bwv-verlag.de/shop/bwv/cms/stage.agb/.

** Lieferung erfolgt bei Bestellungen direkt beim BWV innerhalb Deutschlands versandkostenfrei. Lieferung ins Ausland zuzüglich Versandkostenpauschale von 7,95 € pro Versandstück.

☐ Ich bin damit einverstanden, vom Berliner Wissenschafts-Verlag über aktuelle Titel per E-Mail informiert zu werden.

.....
Datum/2. Unterschrift

BESTELLINFORMATIONEN

Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH
Markgrafenstraße 12–14
10969 Berlin

Tel. 030 84 17 70 –0
Fax 030 84 17 70 –21
vertrieb@bwv-verlag.de
www.bwv-verlag.de

VN: 10520
UST-IDNr.: DE 136 766 998

Auslieferung
Südost Service GmbH
Am Steinfeld 4
94065 Waldkirchen

Tel. 08581 9605–0
Fax 08581 754
info@suedost-service.de

Abonnieren Sie unseren monatlichen Newsletter mit aktuellen Veröffentlichungen, interessanten Veranstaltungen und Neuigkeiten von unseren Autoren:
https://www.bwv-verlag.de/shop/bwv/newsletter/

Über die Produkte unserer Schwesterfirmen

- Franz Steiner Verlag
- Hirzel Verlag
- Deutscher Apotheker Verlag
- Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft Stuttgart

informieren Sie gesonderte Kataloge, die wir Ihnen gerne zusenden.

Redaktionsschluss: 15.05.2018
Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten.

Vernetzen Sie sich mit uns!

Osteuropa | Nordeuropa

Berlin | Brandenburg | Preußen

Recht

Öffentliche Verwaltung

Politikwissenschaft

Geschichte

Wirtschaft

Wissenschaft | Bildung

Kulturwissenschaft

BWV | BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Markgrafenstraße 12–14 | 10969 Berlin
Tel. 030 84 17 70-0 | Fax 030 84 17 70-21
www.bwv-verlag.de | bwv@bwv-verlag.de